

# Plenarprotokoll

103. Sitzung

Donnerstag, 19. November 2015

Regierungserklärung zur Grund- satzeinigung mit der Europäischen		Umsetzung der Resolution des XIII. Parlamentsforums Südliche	
<b>Kommission zur HSH Nordbank</b>	8651	Ostsee in Hamburg	8681
Monika Heinold, Finanzministerin	8651, 8676	Antrag der Fraktionen von SPD,	
Daniel Günther [CDU]	8654	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und	
Thomas Rother [SPD]	8656	der Abgeordneten des SSW	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS		Drucksache 18/3535	
90/DIE GRÜNEN]	8659	w	
Wolfgang Kubicki [FDP]	8662, 8675,	Änderungsantrag der Fraktionen von	
	8680	CDU und PIRATEN	
Torge Schmidt [PIRATEN]	8668, 8678	Drucksache 18/3586 (neu)	
Lars Harms [SSW]	8671	Jette Waldinger-Thiering [SSW]	8681
Tobias Koch [CDU]	8673, 8679	0 0 2	
		·	
Tobias Koch [CDU]	8673, 8679	Volker Dornquast [CDU] Regina Poersch [SPD]	8682 8683

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]Oliver Kumbartzky [FDP]Angelika Beer [PIRATEN]	8684 8685 8686	Oliver Kumbartzky [FDP]	8699 8700
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa	8688	Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss	8702
Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/3586		Gemeinsame Beratung	
(neu) 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3535	8690	a) Stärkung des ehrenamtlichen Engagements - Freiwilligendien- ste weiterentwickeln - Migran- ten besser integrieren	8703
a) Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.04.2015 bis 30.06.2015	8690	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3459	
Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/3516		Stärkung des bürgerschaftli- chen Engagements	8703
b) Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.07.2015 bis zum 30.09.2015	8690	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/3525		Drucksache 18/3589	
Uli König [PIRATEN], Berichter-statter	8690	b) Einrichtung eines Ausschusses für Integrations- und Flücht- lingspolitik	8703
Beschluss: Kenntnisnahme der Berichte Drucksachen 18/3516 und 18/3525 sowie Bestätigung der Erledigung der Petitionen	8691	Antrag der Fraktion der PIRA- TEN Drucksache 18/3531	
Gemeinsame Beratung	0071	c) Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Krons-	
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung des		forder Landstraße, für die Er- richtung einer Erstaufnahme- einrichtung für Asylbewerber	8703
Verfassungsauftrags zur Stär- kung der autochthonen Minder- heiten	8691	Antrag der Landesregierung Drucksache 18/3507	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-	6071	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3546	
NEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3536		d) Flüchtlingshilfe in Schleswig- Holstein koordinieren	8703
b) Handlungsplan Sprachenpolitik	8692	Antrag der Fraktion der PIRA- TEN	
Torsten Albig, Ministerpräsident	8692	Drucksache 18/3413	
Lars Harms [SSW] Astrid Damerow [CDU]	8693, 8701 8696	Bericht und Beschlussempfehlung	
Birte Pauls [SPD] Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS	8697	des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3550	
90/DIE GRÜNEN]	8698		

e)	Rechtsfreie Räume verhindern	8703		Menschenwürdige Unterbrin-		
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3421	8703		gung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2190		
	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3551				8	8703
f)	Für eine neue Flüchtlingspolitik					
	- "unsichere Herkunftsländer" festlegen			Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		
	Antrag der Fraktion der PIRA- TEN		Drucksache 18/3556  k) Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge			
	Drucksache 18/3342				8703	
	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3552			Antrag der Fraktion der PIRA- TEN Drucksache 18/3396		
	Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik	8703		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses		
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3353			Drucksache 18/3557  Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-		
h)	Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften	8703	erstatterin		8704 8704	
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3426				8704 8705 8707	
	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3554			Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] Wolfgang Kubicki [FDP] Lars Harms [SSW]		, 8721 8710 8716
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3591			Astrid Damerow [CDU]  Jette Waldinger-Thiering [SSW]  Stefan Studt, Minister für Inneres  und Bundesangelegenheiten		8718 8722 8722
i)	Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein	8703				
	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/2160					
	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3556					

Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/3342, 18/3396, 18/3421, 18/3459 und 18/3531 2. Annahme der Anträge		* * * *
Drucksachen 18/3507 und 18/3589		Regierungsbank:
3. Antrag Drucksache 18/3413 mit Zustimmung der An-		Torsten Albig, Ministerpräsident
tragsteller für erledigt erklärt  4. Annahme des Antrags		Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs bildung
Drucksache 18/3353 in der Fassung der Drucksache 18/3553 5. Annahme des Antrags		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul
Drucksache 18/3426 in der durch den Änderungsantrag Drucksache		tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
18/3591 geänderten Fassung 6. Kenntnisnahme der Antwort der Landesregierung		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes angelegenheiten
Drucksache 18/2160 und des Berichts Drucksache 18/2190	8727	Monika Heinold, Finanzministerin
Berichtsantrag - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum	8728	* * * *
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3523		
Hans-Jörn Arp [CDU], zur Ge-		
schäftsordnung Stefan Studt, Minister für Inneres	8728	
und Bundesangelegenheiten	8728	
Christopher Vogt [FDP]	8730	
Peter Lehnert [CDU]	8732	
Thomas Hölck [SPD] Detlef Matthiessen [BÜNDNIS	8733	
90/DIE GRÜNEN]	8734, 8739	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]	8736	
Flemming Meyer [SSW]	8738	
Beschluss: Antrag Drucksache 18/		
3523 mit der Berichterstattung der		
Landesregierung erledigt	8739	

# Beginn: 10:06 Uhr

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und wünsche Ihnen allen einen guten Morgen.

Zunächst teile ich Ihnen mit, dass der Kollege Dr. Kai Dolgner erkrankt ist, dem wir von dieser Stelle aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Weiterhin teile ich Ihnen mit, dass der Kollege Ekkehard Klug beurlaubt ist. Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen sind ebenfalls beurlaubt Ministerin Alheit, Minister Habeck sowie Minister Meyer.

Bevor ich den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, bitte ich Sie, mit mir zusammen Schülerinnen und Schüler des Regionalen Bildungszentrums Eckener-Schule aus Flensburg auf der Tribüne zu begrüßen. - Ein herzliches Willkommen Ihnen und euch hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

# Regierungserklärung zur Grundsatzeinigung mit der Europäischen Kommission zur HSH Nordbank

Das Wort hat die Finanzministerin Monika Heinold.

#### Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der "Landeszeitung" vom 27. August 2011 war zu lesen:

"Darstellungen von Grünen, SSW und Der Linken über angebliche Milliardenverluste für Schleswig-Holstein durch die HSH Nordbank wies de Jager als nicht richtig zurück. "Das ist Kleine-Leute-Erschrecken.""

So der damalige für die HSH Nordbank zuständige Wirtschaftsminister.

Meine Damen und Herren, heute wissen wir, dass die Befürchtung, es könne zu Milliardenverlusten für unser Land kommen, kein "Kleine-Leute-Erschrecken" war. Hauptverantwortlich für die Vernichtung von Milliarden an Steuergeldern sind ehemalige **Vorstände** der **HSH Nordbank**, die in abenteuerlicher Höhe Risiken eingegangen sind und weltweit, auch in Steueroasen, unverantwortlich mit der staatlichen Gewährträgerhaftung spekuliert haben -

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, PIRATEN und SSW)

und das, ohne ein entsprechendes Risikomanagement aufzubauen. So etwas nennt man Verantwortungslosigkeit.

Mehrere Vorstandsmitglieder wurden wegen Bilanzfälschung und Untreue angeklagt. 2014 sprach sie das Hamburger Landgericht frei, weil eine gravierende Pflichtverletzung nicht zu belegen war. Damit bleibt der eingetretene Schaden bei den Anteilseignern der Bank hängen, bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Das ist schwer verdaulich

Meine Damen und Herren, kommen wir zur politischen Verantwortung von SPD, CDU, Grünen, FDP und SSW.

Rot-Grün ist dafür verantwortlich, dass die alte Landesbank 2003 in eine international agierende Aktiengesellschaft umgewandelt und mit der Hamburger Landesbank fusioniert wurde. Schwarz-Rot trägt die Verantwortung für den Rettungsschirm 2009 mit einer Eigenkapitalaufstockung von 3 Milliarden € und einer 10-Milliarden-€-Garantie für faule Kredite. Regierungsmitglieder von CDU wie SPD saßen 2003 bis 2009 im Aufsichtsrat der HSH Nordbank. Schwarz-Gelb war in Regierungsverantwortung, als die Bank mit Zustimmung der Garantiegeber den Risikoschirm der Länder auf 7 Milliarden € reduzierte, um kurz danach festzustellen, dass die Eigenkapitalbasis nun nicht mehr ausreichte und wir ins neue Beihilfeverfahren mussten. Die rot-grün-blaue Landesregierung ist es, die nun dafür wirbt, die Bank erneut zu restrukturieren, faule Kredite der Bank auf eine Länderanstalt zu übertragen und den Verkauf beziehungsweise die Abwicklung der Bank vorzubereiten.

Am 19. Oktober 2015 haben Ministerpräsident Albig und der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg mit der EU-Kommissarin Vestager eine informelle Vereinbarung über eine Abwicklungsbeihilfe mit Privatisierungsauflage geschlossen und zugesagt, sich gegenüber ihren Gremien für diese Vereinbarung einzusetzen. In Folge hat das Kabinett am 10. November 2015 einen Staatsvertrag beschlossen, der die Grundsätze der getroffenen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Spitzen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein und der EU-Kommission umsetzt. Die Vereinbarung mit der

Europäischen Kommission enthält folgende wesentliche Punkte:

Die Wiedererhöhung der Garantie auf 10 Milliarden € wird abschließend genehmigt.

Die Bank wird in Mutter- und Tochtergesellschaft umstrukturiert, und die Garantieprämie wird auf beide Gesellschaften aufgeteilt - mit dem Fokus auf der Entlastung der operativen Einheit.

Die Bank darf vor Endfälligkeit notleidende Kredite im Umfang von rund 8 Milliarden € "exposure at default" verkaufen, davon bis zu 6,2 Milliarden € an die Länder. Verluste werden im Rahmen der 2009 gegebenen Sunrise-Garantie zulasten der Länderanstalt hsh finanzfonds abgerechnet.

Die Länder verpflichten sich, die Bank spätestens 2018 zu verkaufen beziehungsweise abzuwickeln, wenn der Verkauf nicht gelingt.

Für die Bank heißt das: Die **neu zu gründende Tochter**, die später verkauft werden soll, übernimmt fast vollständig das bisherige Geschäft der HSH Nordbank. Sie wird um einen großen Teil ihrer faulen Kredite entlastet und zahlt zukünftig nur noch 2,2 % auf die noch nicht in Anspruch genommene Garantie. Sie bekommt damit eine enorme Entlastung und die Chance, sich am Markt zu bewähren. Die Landesregierung erwartet, dass sich die Bank jetzt anstrengt. Denn ein Verkauf der Bank 2018 ist für uns vermögensschonender als eine Abwicklung.

Für das Land heißt die mit der EU getroffene Vereinbarung: Wir müssen eine Abwicklungsanstalt gründen, um faule Kredite aufzunehmen. Die schon bestehende Länderanstalt hsh finanzfonds muss vermutlich bereits 2016 hohe Kredite aufnehmen, um ihre Verpflichtungen aus der 2009 gegründeten Sunrise-Garantie zu erfüllen, und die hsh finanzfonds erhält weniger laufende Einnahmen als bisher, da der Teil der Garantieprämie, der zukünftig von der Mutter zu bezahlen ist, wahrscheinlich größtenteils gestundet und erst bei einem erfolgreichen Verkauf der Tochtergesellschaft abgegolten wird. Bei einer Abwicklung hätten wir allerdings gar keine Garantieprämie mehr bekommen.

Meine Damen und Herren, nach den Aussagen unserer juristischen und ökonomischen Berater ist diese Lösung im Vergleich zu anderen Szenarien wirtschaftlicher. Nach einem monatelangen Prozess und der Prüfung unzähliger Modelle gab es am Ende zwei Varianten, die dem Anspruch der Europäischen Zentralbank als neue Aufsicht der HSH genauso gerecht werden wie dem engen Rahmen des

Wettbewerbsrechts, den die Europäische Kommission setzt. Die Umstrukturierung der Bank - wie oben beschrieben - und alternativ eine sofortige Abwicklung.

Mein Ziel war es immer, das für das Landesvermögen schonendste Ergebnis zu erreichen. Nach den Zahlen unserer ökonomischen Berater ist das die **Umstrukturierung**. Dies trifft selbst für den Fall zu, dass später kein Verkauf erfolgen könnte und dass zum Beispiel ab 2018 eine Abwicklung erforderlich wäre. Bei einer **sofortigen Abwicklung** hätte sich insbesondere die Gewährträgerhaftung negativ ausgewirkt. Diese lag im Oktober 2015 bei 12,2 Milliarden €; im November sind es noch rund 10,9 Milliarden €.

Aber letztendlich handelt es sich bei allen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen immer nur um Prognosen, unter anderem in starker Abhängigkeit von der Entwicklung des Dollarkurses und den Charterraten der Schiffe. Erst wenn sich die Länder von der Bank getrennt haben und die beiden Länderanstalten wieder aufgelöst sind, werden wir die genaue Höhe der Rechnung kennen. Abgerechnet wird zum Schluss.

Mein Blick gilt Schleswig-Holstein als Ganzes. Bei der Abwägung der Alternativen war es der Landesregierung deshalb auch wichtig, dass auf unsere Sparkassen in Schleswig-Holstein kein neues Risiko zukommt. Das wäre bei einer sofortigen Abwicklung der Fall gewesen. Als ehemaliger Anteilseigner der Landesbank ist der schleswig-holsteinische Sparkassen- und Giroverband mit etwa 18 % an der Gewährträgerhaftung beteiligt. Eine Abwicklung hätte zwangsläufig zu einer Beteiligung von Investoren geführt. Die Folgen eines solchen sogenannten Bail-In hätten wegen des Sicherungssystems zudem nicht abschätzbare Risiken für die gesamte Sparkassenlandschaft in Deutschland gehabt. Auch deshalb empfiehlt die Landesregierung dem Parlament die Zustimmung zur Vereinbarung mit der EU-Kommission.

Für mich war und ist es wichtig, dass mit der Verkaufsauflage ein Schlussstrich unter das Kapitel "Landesbeteiligung an der HSH Nordbank" gezogen wird. Es ist nicht Aufgabe einer Landesregierung, für eine international tätige Aktiengesellschaft Verantwortung zu tragen. Natürlich weiß die Landesregierung um die Sorge der 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier in Kiel, die bei der HSH Nordbank arbeiten, aber auch hier gilt: Eine sofortige Abwicklung wäre für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die schlechtere Variante gewesen.

Meine Damen und Herren, ich weiß um die Komplexität und um die Schwere der zu treffenden Entscheidung. Ich habe ein hohes Interesse daran, dass der Landtag so transparent, offen und zeitnah wie möglich informiert wird. Letzte Woche haben wir Ihnen - zusammen mit den Staatsverträgen einen umfangreichen Gesetzentwurf mit ausführlicher Erläuterung übersandt, und in vertraulicher Sitzung haben wir im Beteiligungsausschuss unsere Berechnungen erläutert. Weitere Termine für die Ausschussberatungen wurden verabredet, und das Angebot steht, dass Staatssekretär Nimmermann und ich nochmals in alle Fraktionen kommen und bei Fragen und Informationsbedarf Antworten zur Verfügung stellen.

Letztendlich ist es aber der Landtag, sind Sie es, die entscheiden. Deshalb ist es wichtig, dass ich auch hier erläutere, welche neuen **rechtlichen Verbind-lichkeiten** Schleswig-Holstein eingeht, wenn eine weitere Anstalt öffentlichen Rechts gegründet wird, die der Bank Portfolien in Höhe von bis zu 6,2 Milliarden € EAD abkauft und anschließend verwaltet, und wie das Ganze ablaufen soll.

Die Bank stellt ein Paket zu verkaufender notleidender Kredite zusammen, die in Verzug geraten sind oder wertberichtigt wurden und die allesamt von der 2009 beschlossenen Sunrise-Garantie bereits abgesichert sind. Der Kaufpreis wird von unabhängigen Dritten ermittelt und durch die EU-Kommission überprüft und abschließend genehmigt.

Liegt der Marktwert des Kredits unter dem ursprünglich durch die Garantie abgesicherten Wert, wird der bei der Bank entstehende Verlust aus diesem Geschäft gegen die alte Sunrise-Garantie abgerechnet und von unserer Länderanstalt FinFo getragen. Bis zum Geschäftsjahr 2014 hat die hsh finanzfonds AöR trotz Prämienzahlungen der HSH Nordbank bereits einen Fehlbetrag von 1,65 Milliarden €, der dort aufgelaufen ist.

Ein vereinfachtes Rechenbeispiel für den Portfolioankauf: Der ursprünglich unter der Garantie abgesicherte Betrag eines Kredits würde bei 5 Milliarden € liegen, der aktuelle Marktwert bei 3 Milliarden €. Die neue Abwicklungsanstalt würde entsprechend der Bank den Marktwert, also 3 Milliarden €, zahlen, die Länderanstalt hsh finanzfonds den Verlust, also 2 Milliarden €. Die Länder zahlen also letztendlich entweder in Form eines Verlustausgleichs oder in Form des Kaufpreises. Nach der Entscheidung darüber, welche Portfolien verkauft werden, wird feststehen, ob ein Teil der Verluste identisch ist mit der von der Bank bereits prognostizierten Inanspruchnahme der Garantie.

Die eigentliche Frage für das Vermögen des Landes ist, wie sich die gekauften Portfolien in den nächsten Jahren entwickeln. Steigt ihr Wert, macht die neue Anstalt Gewinne, sinkt ihr Wert, macht sie Verluste. Genaueres werden wir erst in einigen Jahren wissen. Eine erhebliche weitere Verschlechterung der Portfolien würde sich unter der Garantie allerdings auch dann nachteilig auswirken, wenn sie jetzt nicht in die Ländersphäre übernommen würden.

Ohne ein zusätzliches finanzielles Risiko ist für uns der Verkauf von 2 Milliarden € notleidender Kredite an den Markt. Auch hier handelt es sich um Kreditportfolien, die bereits unter der Sunrise-Garantie abgesichert wurden. Nach dem erfolgten Verkauf tragen aber die neuen Eigentümer dieser Portfolien das Risiko und nicht das Land.

Das ist der Preis für die Vereinbarung mit der Europäischen Kommission.

Sehr geehrter Herr Koch, Ihre Darstellung, wir würden 16 Milliarden € an Kreditverpflichtungen eingehen, ist schräg. Für den größten Teil davon, 10 Milliarden €, bürgen Hamburg und Schleswig-Holstein bereits seit 2009. Auch das gehört zu einer ehrlichen Debatte. Sie suggerieren etwas anderes, Herr Koch, und das wissen Sie ganz genau. Wenn man sich fragt, warum dieser Kreditrahmen 2009 nicht gegeben wurde, dann liegt das vielleicht am Optimismus der damals Verantwortlichen. Ich zitiere Tobias Koch aus der Debatte vom 26. August 2011:

"Es besteht nach wie vor die Chance auf eine positive Entwicklung der Bank, sodass am Ende sogar ein Überschuss für den Steuerzahler entstehen kann."

Schön wäre es gewesen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle beim Bundesfinanzministerium, bei der Bundesbank und bei der Bundesbankenaufsicht bedanken. Sie haben uns hervorragend beraten und begleitet in dem gemeinsamen Interesse an einer guten Lösung im Sinne der Stabilität des deutschen Finanzmarktes.

Zur Sicherung dieser Stabilität dient auch das **Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz**, welches allerdings 2016 durch europäisches Recht ersetzt wird. Deshalb sollten wir schnell handeln, wenn wir rechtssicher die Möglichkeit des deutschen Rechts zur Gründung einer Landesabwicklungsanstalt nut-

zen wollen, die ohne Eigenkapitalanforderung und ohne Banklizenz die Portfolien managen kann. Eine für uns gute Lösung.

Ob diese Möglichkeit auch 2016 mit dem neuen europäischen Recht noch besteht, ist rechtlich unklar. Da die Landesregierung kein zusätzliches Risiko eingehen will, habe ich die Fraktionsvorsitzenden und den Beteiligungsausschuss darüber informiert und darum gebeten, dass das Parlament dem Staatsvertrag noch in diesem Jahr zustimmt.

Die Opposition schlägt alternativ vor, über die Gründung der Abwicklungsanstalt und über den Kauf von Portfolien in zwei unterschiedlichen Landtagstagungen abzustimmen, um dem Parlament mehr Zeit für die Beratung zu geben. Aber auch dieser Weg ist risikobehaftet. Würde das Parlament Teile der Verständigung mit der Europäischen Kommission erst im nächsten Jahr beschließen, könnte der Eindruck entstehen, dass die informelle Verständigung nicht vollständig umgesetzt würde. Deshalb werbe ich dafür, dass das Parlament noch in diesem Jahr über den kompletten Staatsvertrag beschließt.

Da dem Parlament der Staatsvertrag bereits seit letzter Woche vorliegt, hat es fünf Wochen Zeit für die inhaltliche Beratung, auch wenn beide Lesungen in derselben Landtagstagung im Dezember stattfinden.

Meine Damen und Herren, damit 2016 eine endgültige und formelle Entscheidung der EU-Kommission über die Wiedererhöhung der Garantie erfolgen kann, müssen Hamburg und Schleswig-Holstein die nächsten Monate nutzen, um die in Brüssel vereinbarten Grundsätze auszugestalten und umzusetzen. Auch darüber werden Staatssekretär Nimmermann und ich das Parlament weiterhin regelmäßig informieren.

Die HSH Nordbank ist und bleibt das größte Haushaltsrisiko des Landes. Jeder Euro schmerzt. Aber wir können Vergangenes nicht ungeschehen machen. Wir können allerdings versuchen - und das tun wir -, mit den Altlasten verantwortungsvoll umzugehen.

Alle, die seit 2002 in Regierungsverantwortung an Entscheidungen über die HSH Nordbank beteiligt waren, können beim Aufräumen helfen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Unsere Aufgabe ist es nicht, kleine Leute zu erschrecken, sondern großen Leuten reinen Wein einzuschenken.

Ich würde mich freuen, wenn das Parlament der Verständigung mit der Europäischen Kommission mit breiter Mehrheit zustimmt; denn es geht um eine Entscheidung - und wir alle wissen das -, deren Auswirkung weit über diese Legislaturperiode hinausgeht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

# **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam den ehemaligen Landtagspräsidenten Martin Kayenburg auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen, Herr Kayenburg, hier in Ihrer alten Wirkungsstätte.

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Thomas Rother von der SPD-Fraktion. - Sie haben sich offenbar anders verständigt. Ich dagegen habe eine andere Ansage. Wer möchte nun sprechen?

(Daniel Günther [CDU]: Das ist eine Regierungserklärung!)

- Dann hat das Wort jetzt selbstverständlich der Herr Kollege Daniel Günther von der CDU-Fraktion.

# **Daniel Günther** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Heinold, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede noch einmal minutiös aufgelistet, wer wann politisch dafür Verantwortung getragen hat, dass wir uns heute in dieser Situation befinden. Ich glaube, Sie haben auch weitestgehend richtig beschrieben, wann welche Entscheidung getroffen worden ist. Sie haben auch Herrn de Jager zitiert. Ich könnte jetzt umgekehrt das Gleiche machen; denn wir haben auch eine richtig spannende Zitatsammlung über das, was Sie früher einmal als Parlamentarierin und finanzpolitische Sprecherin alles gesagt haben. Das aber hat, ehrlich gesagt, relativ wenig mit dem zu tun, was Sie heute als Ministerin verantworten müssen. Aber ich möchte sehr bewusst darauf verzichten, das jetzt hier alles aufzuzählen, denn ich glaube, im Kern hilft uns das überhaupt nicht weiter.

Wir wissen alle miteinander, dass viele Verantwortung dafür tragen, zumindest diejenigen, die in dem genannten Zeitraum Regierungsverantwortung ge-

# (Daniel Günther)

tragen und natürlich auch ihren Beitrag dazu geleistet haben. Deswegen ist es unsere **gemeinsame Verantwortung**, jetzt das Beste daraus zu machen - im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Das, was Sie über die **HSH-Nordbanker** gesagt haben, unterstütze auch ich. Dabei muss man auch immer über die Verantwortung der **Aufsichtsräte** reden, denn auch das gehört dazu. Aber ich glaube, es macht uns alle wütend, wenn man nun sieht, welche Milliardensummen im Moment im Raum stehen und man sich vor Augen führt, was man mit dieser Summe Besseres für unser Land hätte machen können.

# (Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Wir reden in der gegenwärtigen Flüchtlingskrise darüber, dass wir im kommenden Jahr zu diesem Zweck 800 Millionen € ausgeben werden. Das ist der größte Haushaltsposten, und das ist nur ein Bruchteil dessen, was an Risiken wegen der Spekulationslust von Bankern im Augenblick im Raum steht. Aber genau dieses Geld wird uns in Zukunft nicht zur Verfügung stehen.

Alles das bestätigt uns in unserer Auffassung, wie falsch die Entscheidung gewesen ist, dass sich ein Land wie Schleswig-Holstein überhaupt solchen Risiken ausgesetzt hat. Nun sind wir heute alle schlauer, ich weiß das. Wir haben ja auch alle miteinander über die jeweiligen Verantwortungen gesprochen. Auch anhand dessen, wie wir als Parlament informiert werden können, können wir dieses durchaus beurteilen. Ich sage dies bewusst nicht als Vorwurf, zumal wir auch wissen, dass Sie, Frau Heinold, uns in vertraulichen Gesprächen über das, was rechtlich überhaupt möglich ist, informiert haben. Aber allein daran merkt man schon, wie wichtig es ist, dass Transparenz gegeben ist, dass die Öffentlichkeit in Kenntnis darüber ist, was wir entscheiden - was wir eigentlich zum Grundsatz des Parlamentarismus machen -, wenn man sich schon solche Banken als Land Schleswig-Holstein anlacht. Aber wir können als Land keinen einzigen Anspruch an diese Transparenz erfüllen. Dies macht umso deutlicher, wie falsch der Weg damals gewesen ist, solche Risiken überhaupt einzugehen.

Jetzt liegt immerhin ein **Lösungsvorschlag** auf dem Tisch, der uns zumindest einen Weg aufzeichnet, wie diese Bank zu einem Ende geführt werden kann, zumindest zu einem solchen Ende, dass das

Land Schleswig-Holstein an ihr nicht mehr beteiligt ist.

Es bleibt trotz alledem so, dass das **Geschäftsmodell** in Wahrheit keines ist. Wenn überhaupt jemand noch etwas Interesse an einer solchen Bank hat, ist es eher Hamburg als Schleswig-Holstein. Aus schleswig-holsteinischer Sicht gibt es eigentlich überhaupt kein Interesse daran.

Wir müssen offen sagen, dass die **Bewertung der Altlasten** heute überhaupt noch nicht seriös vorgenommen werden kann. Frau Heinold, Sie haben auch am 21. Oktober 2015 gesagt: Die Höhe der entstehenden Verluste hängt von der Weiterentwicklung der übernommenen Portfolios ab. - Aber das Problem ist: Nach den Vorstellungen der Landesregierung wird der Landtag im Jahr 2015 eine Entscheidung treffen, obwohl die Risiken überhaupt noch nicht absehbar sind.

Frau Ministerin, ich bin Ihnen dankbar. Sie haben uns gestern um kurz vor 20:00 Uhr eine E-Mail mit einer Argumentationsveränderung in Bezug auf den Vorschlag geschickt, den Tobias Koch von der Union unterbreitet hat, nämlich warum wir nicht eigentlich eine Zweiteilung der Beschlussfassung machen: Im Jahr 2015 das entscheiden, was wir im Moment seriös überblicken können, nämlich eine restliche Aufspaltung in Holding und Tochter - den Weg könnten wir heute mitbeschreiten. Natürlich ist es auch richtig, die Reduzierung der Garantieprovision auf 2,2 % mitzumachen. Auch das können wir heute beurteilen, und auch darüber können wir im Jahr 2015 eine Abstimmung herbeiführen. Aber wir können mit Sicherheit zum 31. Dezember 2015 nichts dazu sagen, was die Übernahme der 6,2 Milliarden € angeht und schon darüber entscheiden, dass wir diese Altlasten ankaufen, ohne dass die Wertgutachten vorliegen. Da haben Sie uns gestern einen entscheidenden Hinweis gegeben, nachdem auch Ihre Rechtsauffassung lautet, dass über diesen zweiten Schritt bis zum 31. März 2016 im Landtag abgestimmt werden muss. Wenn jetzt die einzige Begründung dafür ist, dass wir das so nicht machen können, weil die Wertgutachten erst in der ersten Hälfte des Monats April vorliegen, sage ich in aller Deutlichkeit: Das können wir uns als Parlamentarier nicht gefallen lassen, dass wir wegen einer solchen kurzen Frist, weil vielleicht die Wertgutachten nicht früh genug eingeholt worden sind - - Ich kann das gar nicht beurteilen. Aber es muss doch möglich sein, dass man es hinbekommt, dass die Wertgutachten bis März 2016 vorgelegt werden, damit der Landtag seriös auf dieser Grund-

# (Daniel Günther)

lage dann auch eine abschließende Entscheidung treffen kann, Frau Ministerin.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Ohne diese Zahlen, Frau Ministerin, können wir die drei unterschiedlichen Varianten, die auf dem Tisch liegen, überhaupt nicht seriös beurteilen. Daher können wir nicht sagen, was die größten Ausfallrisiken sind.

Das einzige Interesse, was wir doch in diesem Prozess in diesem Moment haben können, ist, die Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler möglichst zu minimieren. Das dem entsprechenden Modell muss genommen werden, und alles andere ist aus meiner Sicht völlig irrelevant.

Die drei Modelle liegen auf dem Tisch. Sie sind völlig eindeutig. Was Sie vorgeschlagen haben, ist das eine Modell. Wir wissen: Bei den 6,2 Milliarden € wird es nicht bleiben, weil die Ländergarantien mit 2 Milliarden € noch dahinterstehen. Deswegen ist Ihre Korrektur mit Blick auf die Ausführungen von Tobias Koch minimal gewesen, denn de facto gehen wir 16 Milliarden € Kreditverpflichtungen ein - ob die nun alle neu sind oder nicht. Aber zu dem Zeitpunkt werden sie auf 16 Milliarden € Kreditverpflichtungen erhöht. Das müssen wir in dem Bereich miteinander beschließen, obwohl wir überhaupt nichts dazu wissen, was die geplante Auslagerung angeht.

Dabei gibt es das Risiko, dass wir am Ende überhaupt einen **Käufer finden**. Denn dieses Modell müssen wir auch mit in die Kalkulation einbeziehen, nicht nur Ihren Vorschlag, nicht nur heute Abwicklung der Bank, sondern Sie wissen auch, dass es genauso sein kann, dass wir im Jahre 2018 den gleichen Schritt einer Abwicklung machen werden, weil wir eben keinen Käufer finden.

Im Moment spricht natürlich erheblich gegen eine sofortige Abwicklung das Risiko, das auch die **Sparkassen** in Schleswig-Holstein haben. Das darf man dabei nicht vergessen. Denn sie sind immer noch mit 18 % in der Haftung dabei.

So ganz einfach wird das nicht sein, einen Käufer zu finden, der einen Kaufpreis zahlen muss, obwohl wir wissen, dass nicht nur 8 Milliarden € schwierige Kredite in der Bilanz sind, sondern in Wahrheit 19 Milliarden €. Das heißt, 11 Milliarden € bleiben auch bei der neuen Bank, die dort ausgegründet wird. Dafür einen Käufer zu finden, ist natürlich nicht leicht. Deswegen muss man diese drei Modelle seriös nebeneinander legen. Wir sind bereit, die-

sen Weg mit zu gehen. Ich will heute nicht sagen, dass der Vorschlag den Sie unterbreitet haben, für uns im März 2016 nicht auch zustimmungsfähig sein wird, aber ich möchte schon für meine Fraktion in Anspruch nehmen, dass wir Parlamentarier diese drei Modelle nebeneinanderlegen können müssen, um dann auf dieser seriösen Grundlage eine abschließende seriöse Entscheidung zu treffen. Das erwarten wir als Minimum.

(Beifall CDU und FDP)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Nun hat der Kollege Thomas Rother von der SPD-Fraktion das Wort.

### **Thomas Rother** [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Die Krise der Finanzmärkte vor gut sieben Jahren hat die Risiken des international verflochtenen Bankensystems offengelegt. Die Politik - leider ist es so - hat insgesamt diese Banken- und Finanzkrise weder vorhergesehen noch abgewendet. Die Regeln für die Kontrolle der Finanzmärkte sowie die Anforderungen an die Risikovorsorge und die Kapitalstruktur der Banken sind seither verständlicherweise verschärft worden. Das regulatorische Umfeld ist ein anderes als noch vor sieben Jahren.

Die **HSH Nordbank** ist wie viele andere Banken erheblich von der Krise der Finanzmärkte getroffen worden und hat sich trotz schmerzlicher Einschnitte im Rahmen der Restrukturierung und trotz Hilfsmaßnahmen der Eigentümer nicht nachhaltig erholen können. Sie unterliegt nun eben diesen erhöhten Anforderungen an Risikovorsorge und an Kapitalstrukturen der Kreditinstitute.

Durch die voreilige **Senkung** der von Hamburg und Schleswig-Holstein abgesicherten **Garantiesumme** von 10 auf 7 Milliarden € zur Reduzierung der Avalgebühr wurde ein neues EU-Beihilfeverfahren notwendig, um die alte Garantiesumme zu erreichen und die Kapitalstruktur abzusichern. Doch dabei wurde offenkundig - das ist hier auch dargestellt worden -, dass die **bisherige Konstruktion zur Rekonstruktion der Bank** aufgrund der hohen Avalgebühren und der hohen Kreditausfallrisiken aus Schiffsfinanzierungen und der Währungsrisiken trotz Abbaubank das Institut nicht dauerhaft trägt.

Ohne ein Handeln an dieser Stelle wäre die Bank über kurz oder lang wohl nicht mehr lebensfähig. Denn wer würde mit einer durch die Ratingagentu-

# (Thomas Rother)

ren infolgedessen immer schlechter bewerteten Bank Geschäfte machen, mit einer Bank, deren Lebensfähigkeit infrage steht?

# (Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich bin mir sicher, dass die Ergebnisse des Geschäftsverlaufs des letzten Quartals dieses Jahres diese unsichere Situation schon widerspiegeln werden.

Es ist dem Hamburger Senat und unserer Landesregierung zu danken, dass nunmehr eine **Vereinbarung mit den EU-Institutionen** gefunden wurde, die nicht nur unser Landesvermögen tunlichst schont, sondern eine Perspektive - nicht nur eine Abwicklungsperspektive - für die Bank, ihre Mitarbeiter und ihre Kunden eröffnet.

#### (Vereinzelter Beifall SPD)

Es ist bei diesen nicht ganz alltäglichen Verhandlungen wirklich Großartiges von Ministerpräsident Albig, Finanzministerin Monika Heinold und ihrem Staatssekretär Philipp Nimmermann geleistet worden, für das wir ihnen nicht nur Dank schulden, sondern unsere Anerkennung aussprechen sollten.

# (Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wäre gut, wenn diese Anerkennung auch praktisch umgesetzt worden wäre und wenn wir die Gesetzentwürfe zu den Staatsverträgen mit der Freien und Hansestadt Hamburg im Zuge der Beratungen der Regierungserklärung bereits in erster Lesung hätten beraten können. Der Vorschlag des Vorsitzenden der Piratenfraktion, Torge Schmidt, zu einer raschen Aufnahme des Verfahrens war richtig. Leider ist er nicht bei seinem eigenen Vorschlag geblieben, sondern hat sich der Haltung von CDU und FDP angeschlossen. So ist uns jetzt schon wertvolle Beratungszeit zu den Inhalten verloren gegangen, die von **Formaldebatten** aufgefressen wurde.

# (Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Dennoch sollten wir aber nicht so tun, als ob wir nun genau diese Gesetzesvorlagen nicht schon zum Gegenstand unserer Debatte machen würden - das tun wir doch schon -, nur um die weiteren Beratungen in die Länge zu ziehen.

Die Notwendigkeit einer Entscheidung in Bezug auf die Errichtung einer Landesabwicklungsanstalt noch in diesem Jahr ergibt sich aus den Regelungen des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes, nach welchem Maßnahmen des Bundes - da geht es um die Befreiung vom Erfordernis einer Banklizenz sowie Anforderungen an das Eigenkapital - zum Ende dieses Jahres auslaufen und die schlichte Übertragung auf landesrechtliche Regelungen in Zweifel gezogen werden könnte. Hinzu kommt, dass zu Beginn des kommenden Jahres europarechtliche Regelungen in Kraft treten, die ebenso eine landesrechtliche Kompetenz in Frage stellen.

Ich habe Verständnis für das, was Herr Günther zum Nebeneinanderstellen der Beträge gesagt hat, um sich entscheiden zu können. Aber ein Stück weit ist es tatsächlich so, wie es Frau Heinold gesagt hat: Abgerechnet wird am Schluss. Trotz aller Wertgutachten haben wir auch in der Vergangenheit immer mit Unsicherheiten leben müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das weist darauf hin, worum es eigentlich geht.

Ich sage ein paar Worte dazu, warum ich glaube, dass wir es schaffen können: In der **Hamburgischen Bürgerschaft** ist eine entsprechende Debatte für die Dezember-Tagung angesetzt. Nach meiner Kenntnis ist es so, dass sich dort bislang nur die Linken diesem Verfahren verweigern. Auch das sollte vielleicht zu denken geben.

Natürlich geht es bei all diesen Dingen in erster Linie um Geld. Bei der Gründung der HSH Nordbank wurden 3,2 Milliarden € Eigenkapital bilanziert. 2007 kamen durch die Umwandlung stiller Einlagen in Eigenkapital 2,2 Milliarden € hinzu, und 2009 - das wissen die meisten hier auch - wurden 3 Milliarden € Eigenkapital nachgelegt. Das macht in der Summe 8,4 Milliarden €. Bei 42,08 % Landesanteil sind das rund 3,5 Milliarden €, die wir eigentlich gern in der Kasse hätten. Hinzu kommen die Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung und der Bereitstellung der Garantie.

Auch wenn es aus der Sicht der Bank zu begrüßen ist, dass die vorgeschlagene Lösung die Senkung der Avalgebühr auf 2,2 % der Bürgschaftssumme umfasst und damit die finanzielle Handlungsfähigkeit des Instituts gestärkt wird, so geht das natürlich - die Ministerin hat es dargestellt - zulasten der Einnahmen des Finanzfonds von Hamburg und Schleswig-Holstein, für dessen Verluste wir geradezustehen haben und die dadurch steigen werden. Ob die zu gründende Holding ihren Teil der Garantieprämie dann noch zu zahlen vermag, ist ebenfalls fraglich und hängt letzten Endes am Erfolg der Tochtergesellschaft beziehungsweise am Erlös aus ihrem Verkauf.

Eine **sofortige Abwicklung** der Bank würde die Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung bedeuten, also teuer für uns werden, da diese immer noch

# (Thomas Rother)

über 10 Milliarden € liegt. Allerdings wird wahrscheinlich auch kein potenzieller Erwerber der Bank diese Haftung ohne Gegenleistung übernehmen, sodass wir auf dem Rest dieser Summe wahrscheinlich bis zum Ablauf der Haftungsfristen sitzenbleiben werden.

Hinzu kommt bald die Übernahme von so genannten Non-Performing-Loans - faule Kredite in Höhe von 6,2 Milliarden € -, die verwaltet und verkauft werden sollen, zu einem Preis, über den wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt - da haben Sie recht - tatsächlich nur spekulieren können. Die Preisdifferenz wird dann über die Garantie abzurechnen sein; das hat die Ministerin dargestellt.

Wir können davon ausgehen, dass vonseiten der Bank wohl nicht die Papiere mit den größten Chancen zur Wertaufholung in das Portfolio eingestellt werden - ganz im Gegenteil. Daher sind mögliche Wertsteigerungen, die zu einer Reduzierung des genannten Differenzbetrags führen würden, wohl eher Wunschdenken. Das bringt uns dann in der Summe, mit dem schleswig-holsteinischen Anteil, zu dem Betrag des zu schützenden Landesvermögens. Es bringt uns aber hinsichtlich der einzelnen Positionen - da haben Sie recht - zu einem Vergleich und einer Bewertung der verschiedenen Alternativen, beispielsweise, was eine sofortige Abwicklung der Bank anbelangt. Aber die Vertraulichkeit des Vorgangs verbietet es, an dieser Stelle die Zahlen zu nennen, die wir im Beteiligungsausschuss schon gehört haben.

Ich kann nur alle Abgeordneten auffordern und einladen, sich an der Sitzung des Finanzausschusses in der kommenden Woche zu beteiligen, um die Entstehung dieser Situation nachvollziehen zu können, um die Vorlage mit den Gesetzentwürfen zu den Staatsverträgen, die im Rahmen einer Unterrichtung zur Kenntnis gebracht wurden, nachvollziehen zu können und die Alternativen bewerten zu können.

Es geht - darauf ist hingewiesen worden - auch um **Arbeitsplätze**. Bei der Bank sind über 2.000 Menschen beschäftigt, davon rund 1.000 in Kiel. Auch wenn es immer mehr zu einer Verlagerung von Arbeitsplätzen im sogenannten nicht bankenspezifischen Backoffice-Bereich nach Kiel kam, ist die Beschäftigungssituation im Bankensektor alles andere als erfreulich; das wissen Sie. Und es sind eben nicht immer nur die "bösen" Investmentbanker, die dort tätig sind, sondern ganz normale Arbeitnehmer, die einen guten Job machen möchten. Wir haben eine besondere Verantwortung für diese

Menschen und ihre Familien, weil die Bank eben zu einem guten Teil noch dem Land gehört.

(Beifall SPD und vereinzelter Beifall BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf das, was Sie zum Geschäftsmodell der Bank gesagt haben, Herr Günther, möchte ich festhalten: Es geht tatsächlich auch um Kunden. Es sind in erster Linie tatsächlich Geschäftskunden, die das Know-how der Bank schätzen, die zu einem guten Teil aus der maritimen Wirtschaft stammen und ihre Geschäfte mit der HSH Nordbank finanzieren und durchführen. Es sind nicht nur institutionelle Großanleger, sondern auch viele Kleinanleger, die ihr Geld bei einer Bank in überwiegend öffentlichem Eigentum sicher angelegt haben wollten und zu Recht keine Gläubigerbeteiligung im Rahmen einer Schuldnerfinanzierung wollen. Auch wegen dieser Kunden ist die HSH Nordbank für einen potenziellen Käufer interessant. Die Zukunft der HSH Nordbank hat daher eine soziale, aber auch eine gesamtwirtschaftliche Dimension.

Die vonseiten der EU-Kommission vorgegebene Aufspaltung der Bank in eine Holding und eine operativ tätige Tochtergesellschaft dient in dem Übergangszeitraum der Vorbereitung der Veräußerung der Tochtergesellschaft; ich habe schon darauf hingewiesen. Es ist zu hoffen, dass in diesem Zeitraum die Beteiligung aller Anteilseigner an der Holding herbeigeführt werden kann und dass eine Verständigung mit den Sparkassen und J. C. Flowers erfolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als 2003 die Landesbank Schleswig-Holstein mit der Hamburgischen Landesbank zur HSH Nordbank verschmolzen wurde, war die HSH anfangs sehr erfolgreich. Sie wurde Weltmarktführer in der Schiffsfinanzierung und machte sich auch international einen Namen. Sie hat in den Jahren 2003 bis 2007 ausgezeichnete Ergebnisse erzielt und 1,3 Milliarden € an die Eigentümer ausgeschüttet. Davon hat unser Landeshaushalt stark profitiert. Es gab bis dahin immer positive Prüfvermerke und Ratings. Das Bilanzvolumen belief sich in den besten Zeiten auf rund 180 Milliarden € - damals rund das 20-fache unseres Landesetats.

Auch die Hälfte, das 10-fache des Landeshaushalts, war schon zu viel; ein solcher Betrag bedeutete ein viel zu hohes Risiko, und zwar insbesondere - man muss es tatsächlich sagen -, weil all diejenigen, die dort tätig gewesen sind, viel zu wenig Know-how für Krisenzeiten hatten. Insofern ist die von der EU-Kommission ausgesprochene **Auflage** der **Privati-**

(Thomas Rother)

sierung der Bank nachvollziehbar - eine Bank, die ihre Landesbankfunktion lange verloren hat und sich künftig hoffentlich mit neuen Eigentümern ohne staatliche Beihilfen dem Wettbewerb stellen kann.

Um das alles in Gang zu setzen, ist die **Zustimmung** der beiden Landesparlamente erforderlich. Erst dann können die Landesregierungen die mit den EU-Institutionen getroffenen Vereinbarungen wirkungsvoll ausgestalten. Über diese Maßnahmen müssen wir im Ausschuss und im Parlament natürlich regelmäßig durch die Landesregierung unterrichtet werden. Das ist bislang hervorragend gelungen. Frau Ministerin, dafür herzlichen Dank!

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir sind da sehr umfassend informiert und einbezogen worden.

Es wäre gut, wenn wir alle Beratungsmöglichkeiten nutzten, um noch in diesem Jahr eine Entscheidung herbeiführen zu können. Damit können Rechtsunsicherheiten vermieden werden. Die Bank erhielte auch die notwendige Rückendeckung, um am Markt als gesicherter Partner bestehen zu können und genau die Erfolge zu erzielen, die Kunden, Mitarbeiter und Eigentümer von ihr erwarten und die nötig sind, damit wir letzten Endes unsere Haushalte so gering wie möglich belasten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

# **Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der 19. Oktober 2015 war ein ziemlich entscheidender Tag für unser Land. An diesem Tag wurde die **Vereinbarung** zwischen den **Haupteignern** der HSH Nordbank, Hamburg und Schleswig-Holstein, und der **EU-Kommission** geschlossen. Das Beihilfeverfahren kann damit beendet werden. Die Wiedererhöhung der Garantie wird als Abwicklungsbeihilfe genehmigt, doch wir entgehen einer sofortigen, unkontrollierten Abwicklung, die für das Land nach allem, was wir zumindest bisher wissen, teurer gewesen wäre. Die Priva-

tisierungsauflage der Kommission bietet die Chance, einen Käufer zu finden und somit die Vermögenspositionen des Landes zu schützen.

Zunächst möchte auch ich mich bei unserer Finanzministerin Monika Heinold, bei ihrem Staatssekretär Philipp Nimmermann, bei ihrem Team und auch beim Ministerpräsidenten für die in den letzten Monaten geleistete Arbeit bedanken. Die Verhandlungen mit der EU und mit der Bank waren sicherlich schwierig, zäh und nervenaufreibend. Umso besser ist es, dass wir solch ein gutes Team haben, das sehr vertrauensvoll und gut im Interesse des Landes handelt

# (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nach der Einigung steht nun fest, dass die Bank Altlasten von 8 Milliarden € abstoßen kann, davon mindestens 6,2 Milliarden € an die Länder. Zudem wird die Bank in eine Bad Bank und einen gesunden Teil aufgespalten. Die Garantiegebühren, die die Bank an das Land zahlen muss, sinken erheblich. Dadurch wird das operative Geschäft gestärkt und die Lebensfähigkeit der Bank erhöht. Innerhalb von maximal zweieinhalb Jahren nach Festschreibung dieser Einigung muss eine Stabilisierung der Bank eintreten, um sie endgültig zu privatisieren. Diese Einigung kann uns vorerst durchatmen lassen. Es hätte schlimmer kommen können.

Doch gleichzeitig war dieser Montag im Oktober auch ein bitterer Tag für dieses Land, denn an diesem Tag sind wir der **Realisierung der Verluste** aus dem HSH-Desaster einen großen Schritt näher gekommen. Obwohl die Verluste vorher schon beim Land lagen - die Finanzministerin und der Kollege Rother sind darauf eingegangen -, ist jetzt die Situation so, dass immer konkreter wird, was da eigentlich auf uns zukommen kann.

Die Verluste sind nicht am 19. Oktober 2015 entstanden, sondern bereits vor Jahren. Schon 2008 geriet die HSH Nordbank im Zuge der Finanzkrise in eine Schieflage, deren Grundlage schon Jahre vorher durch falsche Beschlüsse gelegt wurde. Ich glaube, dass unsere ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis recht hat, wenn sie davon spricht, dass man damals von dem Erfolg "besoffen gequatscht" worden ist.

2009 fiel dann die Entscheidung, der Bank eine Garantie in Höhe von 10 Milliarden € zu gewähren. Rückblickend war es ein gravierender Fehler, das Rettungsprogramm 2011 so zu modifizieren, dass die Zweitverlustgarantie der Länder von 10 auf 7 Milliarden € gesenkt wurde. Zu diesem Zeitpunkt

# (Rasmus Andresen)

wurde die Lage der Bank zu optimistisch eingestuft, denn sie war nicht stabil und hatte kein tragfähiges Geschäftsmodell.

Es lässt sich jedoch auch feststellen, dass die Tatsache, dass das Land nun Verluste zu tragen hat, eben keine Überraschung ist, und sich die Situation, in der wir und die Bank uns nun befinden, schon seit vielen Jahren abgezeichnet hat. Wer das Gegenteil behauptet oder diesen Aspekt ausblendet, hat ein Kurzzeitgedächtnis.

Für mich als jüngerer Politiker sind auch viele Entscheidungen aus der Vergangenheit unfassbar und sehr schwer nachvollziehbar. Aber das nützt alles nichts, denn wir müssen jetzt mit den Konsequenzen aus den **Fehlern der Vergangenheit** leben, auch wenn es schmerzt.

Durch die **Privatisierung** der Bank steht sie unter dem Druck, ein **tragfähiges Geschäftsmodell** vorzuweisen vielleicht noch viel stärker als bisher. Mit dem Verkauf der Schrottpapiere an das Land und zum Teil auch auf dem Markt wird oder kann dafür die Grundlage gelegt werden. Es wird in Zukunft keine HSH Nordbank im Eigentum der Länder geben, und das ist aus grüner Sicht gut so.

Risiken durch undurchsichtige Garantiekonstrukte weiter auf unser Land und damit auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu übertragen, lehnen wir ab. Wir wollen kein drittes Beihilfeverfahren, wir wollen nicht spekulieren, wir wollen nicht noch einmal aus Selbstüberschätzung Bankgeschäfte eingehen, deren Tragweiten unüberschaubar sind. Wir werden uns nicht noch einmal besoffen quatschen.

Auch wenn der Abbau der Schrottpapiere noch viele Jahre dauern wird, können wir durch die Einimit der EU-Kommission eine Schlussstrich unter dieses unrühmliche Kapitel der Landesgeschichte ziehen. Auch das finden wir Grüne richtig. Wir vermeiden vorerst ein unkontrolliertes Szenario, in dem die Garantie der Länder vollends gezogen wird, die Gewährträgerhaftung zur Geltung kommt und weitere Risiken unkontrolliert auf den Landeshaushalt einprasseln. Gleichzeitig müssen wir auch immer die durch eine unkontrollierte Abwicklung entstehenden Verluste und negativen volkswirtschaftlichen Effekte in Bezug auf andere, beispielsweise in Bezug auf Sparkassen oder Versicherungen mitdenken. Auch dieser Aspekt ist in der Debatte um die Ausrichtung der HSH Nordbank ziemlich wichtig.

In vielen Medienberichten wurde die Privatisierungsauflage als Verhandlungserfolg der EU gewertet, aber sie bleibt aus unserer Sicht inhaltlich auch für uns als Land richtig. Natürlich droht am Ende, sofern sich kein Käufer findet, eine Abwicklung. Aber wir haben eine realistische Perspektive, die Bank in andere Hände zu geben und unser Risiko dadurch weiter zu minimieren.

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass der vereinbarte Weg mit vielen **Unsicherheiten** verbunden ist, denn wir wissen jetzt schlichtweg nicht, zu welchen Preisen und in welchem Umfang die Papiere auf dem Markt oder wie auch die Bank selbst veräußert werden können. Insofern ist es immer wichtig, auch im Beteiligungsausschuss konkret über Zahlen zu reden und auch **unterschiedliche Modelle** zu rechnen. Das sehen wir genauso, wie das auch die Kollegen der CDU bereits gesagt haben. Aber nichtsdestotrotz werden wir jetzt nicht alles in abschließenden Modellen berechnen, nebeneinanderlegen und dann sagen können, das eine kostet so viel, und das andere kostet so viel.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Warum nicht?)

So einfach geht es auch nicht.

Ich habe das nicht als Kritik gesagt, sondern ich verstehe den Punkt. Ich sage nachher auch noch etwas zum parlamentarischen Verfahren, aber mir ist eben auch wichtig, hier zu sagen, dass es mit der Rechnung nicht so einfach ist, dass man klare Modelle mit klaren unterschiedlichen Kosten hat, die dann nur nebeneinandergestellt werden müssen. So einfach ist es leider nicht. Das hat uns zum Beispiel auch die Erfahrung mit der WestLB gezeigt. Die Erfahrung mit der WestLB hat uns auch gezeigt, dass Zeitdruck beim Verkauf von Wertpapieren nicht immer ein guter Ratgeber ist. Denn es geht auch darum, den richtigen Zeitpunkt zu finden.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine Schwierigkeit, vor der wir alle oder diejenigen, die sich damit dann konkret zu beschäftigen haben, stehen.

Es wird entscheidend sein, den richtigen Zeitpunkt zum Verkauf von Wertpapieren zu wählen und beispielsweise auch Wechselkurse und Konjunktur miteinzubeziehen. Das sind weitere Faktoren, die in dieser Debatte eine Rolle spielen; denn ein Marktpreis, so ähnlich hat es unser Staatssekretär Dr. Nimmermann einmal formuliert, gibt es immer, nur wo wir landen werden, das kann man eben seriös nicht genau prognostizieren.

Die Zustimmung zur besten Lösung darf nicht am **Verfahren** scheitern, aber - auch das gehört dazu - wir müssen uns ehrlich machen, und wir müssen

#### (Rasmus Andresen)

auch als Parlament ehrlich sein und sagen, dass wir als Abgeordnete vor einer sehr schwierigen Aufgabe stehen und dass uns dieser Prozess - das will ich ehrlich sagen - an die Grenze der Handlungsfähigkeit und an die Grenze dessen bringt, was wir beurteilen können, weil die Thematik so komplex ist, wie sie ist.

Die Entscheidung, vor der wir stehen, ist milliardenschwer und hat viele rechtliche und ökonomische Konsequenzen für unser Land. Dies gilt beispielsweise auch für die Gründung und die Ausgestaltung der AöR zum Abbau der Wertpapiere, zur Veräußerung der Wertpapiere auch in Bezug auf aufsichtsrechtliche Bestimmungen. Hinzu kommt, dass wir als Mitglieder des Beteiligungsausschusses wichtige Informationen bekommen, die für die Entscheidung sehr zentral sind, aber die wir weder in öffentlichen Debatten noch in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen verwenden dürfen. Auch das ist ein Problem. Auch darüber müssen wir uns Gedanken machen, weil das eine Konsequenz für das parlamentarische Verfahren in den nächsten Wochen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir wissen auf der anderen Seite aber auch, dass die Einigung mit der EU vorläufig ist und dass wir auch davon abhängig sind, was auf den Finanzmärkten passiert und wie die Ratingagenturen die Bank beurteilen. Sie können mir glauben, dass ich bestimmt nichts davon halte, dass wir in einem Bankensystem leben, in dem wir sehr stark davon abhängig sind, wie Ratingagenturen unsere Bank oder Banken generell bewerten. Aber wir können es auf der anderen Seite auch nicht ausblenden.

Die **Transparenz**, die die Regierung von Tag eins an - und wahrscheinlich auch schon davor - an den Tag gelegt hat, ermöglicht uns, dass wir so viel Zeit für den parlamentarischen Beratungsprozess haben, wie eben nur möglich. Wir sind sehr früh informiert worden, sowohl in Telefonaten als auch in Ausschusssitzungen, wir haben die Unterlagen bekommen, wir haben die Möglichkeit, Unterlagen einzusehen, die nicht verschickt werden können, und so weiter. Die Landesregierung tut hier bei der Information sehr viel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Uns als Grüne überzeugt eben auch, dass Ende 2015 der letzte Zeitpunkt ist, um unter dem Finanz-

**marktstabilisierungsfondsgesetz** die Abwicklungsanstalt zu gründen.

Der Kollege Günther hat gerade etwas zu der Aufteilung beispielsweise auch von Abstimmungen gesagt. Dazu will ich sagen: Das ist sicherlich ein Aspekt, den wir noch einmal ernst in den Gremien und im Finanzausschuss beraten können und müssen, weil wir glauben, dass dazu zumindest noch ein größerer Austausch stattfinden kann. Uns ist auch sehr wichtig, dass Sie da mit im Boot bleiben.

Auf der anderen Seite müssen wir auch bedenken, dass es nicht nur um formale Fragen und Fristen geht, sondern eben auch um die Finanzmärkte, die durch Ratingagenturen da auch unter Druck stehen. Wenn Sie das als Argument anerkennen, sind wir Grüne gern bereit, darüber mit Ihnen im parlamentarischen Prozess zu beraten.

Denn zur Wahrheit gehört auch dazu, dass die Ausgestaltung der Abwicklung ab 2016 unsicherer wird. Das heißt nicht, dass alles komplett anders werden muss, aber es gibt viele Aspekte, bei denen wir einfach nicht wissen, wie sich das entwickelt. Dazu gehört beispielsweise das Thema Befreiung von der Bankenlizenz, das auch bei der WestLB ein zentraler Punkt für die Abwicklungsanstalt gewesen ist, oder zum Beispiel auch in Bezug auf Eigenkapitalanforderungen; das sind wesentliche Aspekte, das können wir nicht ausblenden. Wenn wir da jetzt eine Sicherheit haben, die wir danach nicht mehr haben, dann sollten wir auch dementsprechend verantwortungsbewusst handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wie müssen aber auch generell - so glaube ich - in der parlamentarischen Beratung darüber reden, wie wir Transparenz und auch parlamentarische Kontrolle sicherstellen können; denn dadurch, dass der Weg einer Anstalt des öffentlichen Rechts gewählt wird, ist das Parlament nur sehr indirekt beteiligt. Wenn man sich dann einmal die Staatsverträge durchliest und sich ansieht, was dazu darin steht, stellt man fest, dass es zwar eine Berichtspflicht an das Parlament oder an die zuständigen Ausschüsse in Hamburg und in Schleswig-Holstein gibt, aber nichtsdestotrotz ist die Situation so, dass wir auch da jetzt wieder vor großen Entscheidungen stehen, im Endeffekt aber keinen Einfluss mehr auf den konkreten Weg haben und dann nur durch Informationsrechte beteiligt werden. Das ist sicherlich auch eine Schwierigkeit, dort lohnt es sich, noch einmal genauer hinzuschauen, und dort müssen wir uns überlegen, was das eigentlich für uns

# (Rasmus Andresen)

als Parlamentarier bedeutet, so hohe Verpflichtungen einzugehen und auf der anderen Seite dann danach ziemlich stark an Einfluss zu verlieren. Auch das ist eine Erfahrung, die wir mit Garantiekonstrukten und anderen Dingen gemacht haben.

Wir als Landtag stehen vor einer sehr, sehr schweren Entscheidung, und ich glaube, man kann für alle sprechen, wenn man sagt, dass es niemandem hier leichtfällt, diese Entscheidung zu treffen, egal für welches Modell man sich entscheidet. Das haben auch die Redner vor mir schon deutlich gemacht. Ich glaube auch, dass wir hier noch nicht abschließend die Fragestellung kommentieren können, weil wir uns in den nächsten Wochen wirklich intensiv die Zeit nehmen müssen, um auch mit Externen über diese Fragen zu diskutieren und diese zu prüfen - nicht weil ich Misstrauen der Regierung gegenüber hätte, da bin ich wirklich einer der Letzten hier im Haus, der das hätte, aber es ist einfach auch unsere Aufgabe als Abgeordnete, diesen Prozess absolut ernst zu nehmen

#### (Zuruf Uli König [PIRATEN])

und uns vor diesen Entscheidungen in vielerlei Richtungen gut zu informieren. Für mich gehören dazu auch - dazu hat der Kollege Rother schon etwas gesagt - Gespräche mit den Personalvertretungen, die vielleicht jetzt nicht in den Fragen des Verkaufs oder des Marktpreises die entscheidenden Ansprechpartner sind, aber für die es da auch um sehr viel geht. Da hat der Kollege Rother vollkommen recht: Es sind Menschen, die sich zum Teil oder zum sehr großen Teil sehr engagiert mit der Bank befassen, in der Bank arbeiten und darunter leiden, dass die Bank insgesamt in Verruf geraten ist, weil Fehlentscheidungen an der Spitze getroffen wurden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich in die Sache einsteige, möchte ich Ministerin Heinold und Staatssekretär Nimmermann für die offene und vertrauensvolle Kommunikation und den Austausch von Meinungen danken. Ich gehe jetzt nicht auf die Daten ein. Wir beide - das wissen wir, seitdem wir finanzpolitische Sprecher waren -

liegen in der Einschätzung von Situationen gar nicht so weit auseinander, und ich unterstelle nicht, dass Sie oder die Landesregierung bewusst etwas Schädigendes für das Land in Kauf nähmen, auch wenn uns die Antworten auf verschiedene Fragen trennen.

Wenn der Kollege Andresen jetzt erklärt, wir müssten uns ehrlich machen, frage ich: Wer muss sich ehrlich machen? Sie sich vielleicht? - Denn die Tatsache, dass es sich um eine **Abwicklungsbeihilfe** handelt, ist der sichtbare Beweis dafür, dass die Europäische Kommission die Überlebensfähigkeit der Bank nicht mehr sieht. Sonst wäre es eine Sanierungsbeihilfe. Abwicklungsbeihilfe heißt: Wir glauben nicht an die Überlebensfähigkeit der Bank. Die Ratingagenturen wissen das ohnehin - egal, was wir hier erklären oder nicht erklären.

Wer die HSH Nordbank gegenwärtig verstehen will, kommt an der bewegten Geschichte der Bank nicht vorbei, und wer eine weitreichende Entscheidung über die Zukunft der Bank und das Geld der schleswig-holsteinischen Steuerzahler treffen will nur darum geht es -, sollte die HSH gegenwärtig verstehen. Deshalb müssen wir in diesem Hohen Haus auch über verschüttete Milch reden. Wir müssen darüber sprechen, wie viel Steuergeld dieser Landtag für die Stützung der Bank bisher aufgewendet hat, und wir müssen auch darüber reden -Kollege Andresen, wir reden über zweistellige Milliardenbeträge -, auf welcher Informationsgrundlage viele Abgeordnete in der Vergangenheit ihre jeweilige Entscheidung für die Milliardenstützung der HSH Nordbank getroffen haben. Dies alles kann Schlüsse darauf zulassen, wie wir in diesen Wochen mit der HSH umgehen sollten.

Wenn wir über verschüttete Milch sprechen, sollten wir das in jedem Fall ehrlich tun. Dass die Finanzministerin die Chuzpe besitzt und die FDP als parlamentarisch Mitschuldige für das milliardenschwere HSH-Dilemma definiert, hat eine besondere Qualität. Wenn die damaligen regierungstragenden Fraktionen unsere Forderung bei Aufstellung des Landeshaushalts 2006, die Anteile der HSH Nordbank abzustoßen, mitgetragen hätten, hätte das Land Schleswig-Holstein Geld in nennenswerter Höhe erhalten - 1,6 Milliarden € - und nicht in Milliardenhöhe versenkt, wie wir es später erleben mussten.

#### (Beifall FDP)

Frau Finanzministerin, dass Sie in Ihrer Rede erklärt haben, unter der Regierungsverantwortung von Schwarz-Gelb sei die **Absenkung der Garan**-

tiesumme von 10 Milliarden auf 7 Milliarden erfolgt, kann ja nur bedeuten: CDU und FDP seien an dieser Entscheidung schuld. Aber diese Entscheidung ist von der Bank getroffen worden. Wir hatten gar keine Möglichkeit, das abzulehnen, weil die Bank erklärt hat, ihr Geschäft sei mittlerweile so tragfähig, dass sie den Garantierahmen von 10 Milliarden € nicht mehr brauche.

#### (Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Fakt ist, dass die **FDP** zu keinem Zeitpunkt **Einfluss auf diese Entscheidung** hatte. Das wissen Sie auch. Ich finde es unerhört und unredlich, dass Sie uns in Mithaftung nehmen wollen, weil Sie Ihre Verantwortung damit kleinerreden wollen. Das Einzige, was wir bewirkt haben, war die Entlassung von Herrn Dr. Nonnenmacher. Das war - finde ich nicht nur für die Bank ganz gut, sondern auch für das Erscheinungsbild der Bank.

# (Beifall FDP)

Das hat bei uns damals übrigens zu einer Koalitionskrise zwischen CDU und FDP geführt. Wir wollen einmal abwarten: Das Verfahren wegen Untreue der Bankvorstände ist noch nicht zu Ende, die Revision liegt beim 5. Strafsenat. Wir schauen uns einmal an, wie der Strafsenat über diese Frage entscheiden wird.

Zur Wahrheit gehört dazu, dass die Krise der Bank unter Regierungsverantwortung von SPD und Grünen begonnen hat - hierüber haben Sie kein einziges Wort gesagt -, und zwar schon deshalb, weil sie es zugelassen haben, dass sich die Landesbank unter Wegfall der Gewährträgerhaftung bis zu diesem Zeitpunkt mit Krediten so vollgesogen hatte, die mit der Garantie belegt worden sind, dass sie in dem Wahn gar nicht mehr wusste, wohin mit dem Geld: Wenn wir jetzt günstige Kredite aufnehmen unter der Gewährträgerhaftung, können wir auch Geschäfte generieren - was sich später als falsch herausgestellt hat.

Dass die Grünen schon einmal etwas selbstkritischer mit ihrer finanzpolitischen Vergangenheit umgegangen sind, beweist das Votum von Bündnis 90/Die Grünen im Abschluss des Untersuchungsausschusses. Herr Kollege Andresen, auf Seite 301 von Drucksache 17/1675 können wir lesen:

"Im Vorfeld der Mitte 2005 auslaufenden Gewährträgerhaftung deckte sich die HSH in Erwartung höherer Zinsen nochmals in großem Umfang mit billigem Kapital ein."

Auf derselben Seite zitieren die Grünen zur Bekräftigung ihrer eigenen Position die Wirtschaftsprü-

fungsgesellschaft KPMG wie folgt - auch hier zitiere ich -:

"Die Analyse der Entwicklung des CIP hat ergeben, dass ... nicht von einem 'Aufbau' der Bestände über den Untersuchungszeitraum zu sprechen ist, sondern vielmehr Umschichtungen innerhalb des Portfolios festzustellen sind. Hierbei sind insbesondere die Verschiebung des Anteils der Investments ... hin zu ABS-Transaktionen zu nennen: ... Innerhalb der Produktart ABS-Transaktionen haben die insbesondere ab 2004 erworbenen komplexen Strukturen wie z. B. die synthetischen CDO's ... einen hohen Anteil an den in den Jahren 2007 und 2008 aus dem CIP-Portfolio insgesamt realisierten Verlusten, die sich auf EUR 1.331 Mio in 2007 und EUR 1.583 Mio in 2008 belaufen ... ."

Das Faszinierende daran ist, dass uns die Bankvorstände, die "Leuchten der Finanzwelt", erklärt haben - Herr Berger im Untersuchungsausschuss -, dass sie die Geschäfte, die sie damit verbunden haben, überhaupt nicht verstanden haben, sondern sich nur daran orientiert haben, dass auch andere Banken das machen. - Das ist doch ein Ausweis von Vertrauen in die Bank, wie er besser nicht sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion hat einmal dokumentiert, dass die großartigen Prognosen der führenden Vertreter der HSH Nordbank jedes Jahr über **positive Geschäftsausblicke** meistens innerhalb kürzester Zeit von der Realität eingeholt wurden.

Am 9. April 2008 erklärte die Bank per Pressemitteilung beispielsweise wie folgt - ich zitiere -:

"Für das Jahr 2008 geht die HSH Nordbank weiter von einer hohen Unsicherheit an den Finanzmärkten aus. "Wir haben jedoch gezeigt, dass wir ein erfolgreiches und krisenfestes Geschäftsmodell haben", sagte Vorstandsvorsitzender Hans Berger. "Daher werden wir unseren Wachstumskurs fortsetzen." Das Neugeschäft entwickelt sich auch 2008 erfreulich."

Am 8. September 2008 - kein halbes Jahr später - hieß es dann:

", "Wir rechnen damit, dass die Finanzmarktkrise länger andauert. Mit unserem Programm verbessern wir unsere Wettbewerbsposition und machen unser Haus wetterfest', sagte Hans Berger, Vorstandsvorsitzender

der HSH Nordbank, anlässlich der Vorlage der Halbjahreszahlen."

Am 24. September - 14 Tage später - desselben Jahres erklärte die Bank:

"Ungeachtet der Turbulenzen an den Finanzmärkten hat sich das Geschäftsmodell der HSH Nordbank als robust erwiesen. … Mit den jüngsten Kapitalmaßnahmen über zwei Milliarden Euro"

- die FDP hat übrigens dagegen gestimmt -

"und dem bereits der Öffentlichkeit vorgestellten Maßnahmenpaket zur weiteren Stärkung der Finanzkraft sieht sich die Bank gut gerüstet, ihr Geschäftsmodell weiter zu fokussieren."

Am 15. Januar 2009 berichtete die "Bild"-Zeitung, dass der Verlust der HSH höher sein wird als erwartet. Unter Berufung auf das Umfeld der Bank dürfte das Minus bei bis zu 2 Milliarden € liegen. Es werde zudem geprüft - so die "Bild"-Zeitung -, ob ein Einstieg des Bundes, ähnlich wie bei der Commerzbank, möglich sei.

Im Interview mit der "Bild"-Zeitung sagte Aufsichtsratschef Peiner am selben Tage:

"Die Bank ist strukturell gesund … Es wurden und werden keine Steuern hinterzogen.

(Vereinzeltes Lachen)

... Ich denke, dass die Bank 2011 wieder dividendenfähig ist."

Wir wissen heute, dass jeder dieser drei Sätze entweder zu diesem Zeitpunkt schon falsch war oder sich später als falsch herausgestellt hat. Eine schlechtere Trefferwahrscheinlichkeit gibt es nicht.

Es geht weiter. Im März 2010 erklärte Dirk Jens Nonnenmacher gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung", dass die Bank im Jahr 2011 endlich die Verlustzone verlassen werde. Obwohl der Kurs, der im Jahr 2009 eingeschlagen wurde, laut Pressemitteilung vom 2. März 2011 "konsequent" gehalten wurde, wurde nun ein neues Zieldatum angekündigt, an dem die HSH Nordbank wieder voll dividendenfähig sein sollte: 2014. - Wir wissen, dass auch das nicht gehalten werden konnte.

Dass die HSH selbst hieraus keine Schlüsse gezogen hat, konnten wir bei der Halbjahrespressekonferenz feststellen. Ich erspare mir, die Worte des Kollegen Rother von vor einem halben Jahr zu zitieren.

(Serpil Midyatli [SPD]: Schade!)

- Ja, das ist wirklich schade. Seine Einschätzung der Bank muss sich innerhalb eines so kurzen Zeitraums um 180 Grad gedreht haben.

Per Presseerklärung teilte die HSH Nordbank am 28. August 2015 mit, die Bank befinde sich "auf einem guten Weg" - was nachweislich falsch war. Denn ausweislich der aktuellen Halbjahresbilanz sprechen wir von 23 % notleidenden Krediten - fast ein Viertel -, Tendenz steigend. Dies ist geschehen, obwohl sich die Bank durch die Umstrukturierung angeblich auf einem "guten Weg" befunden hat. Können wir das tatsächlich noch glauben?

So könnten wir eine Reihe weiterer Beispiele nennen. Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Bank stets nach dem Motto verfährt: Wir verlegen die Beseitigung unseres Problems in die Zukunft, also haben wir heute kein Problem.

Ich sage Ihnen aus eigener Kenntnis, dass alle Vorstände der HSH Nordbank bis heute nach wie vor das Gefühl haben, ihnen gehöre das Land Schleswig-Holstein, sie könnten hier in die Steuerkasse hineingreifen, sie seien nicht Bank des Landes, das Land sei für die Bank da.

(Beifall FDP)

Im Lichte dieser leuchtenden **Zukunftsprognosen** von Vertretern der Bank haben die Landesregierung und der Landtag mit Mehrheit mehrfach Entscheidungen gefällt, die sich später als falsch und als finanzpolitisch fatal herausgestellt haben. Mittlerweile sprechen wir von mehreren Milliarden Euro, die wir seit 2008 in die Bank gesteckt haben. Wir müssen im schlimmsten Fall mit einem zweistelligen Milliardenbetrag rechnen, der in den kommenden Jahren auf den Landeshaushalt zurollt. Ertrag für das Land bisher: null.

Ich habe schon früher erklärt und erkläre heute noch einmal: Wir sollten die vollmundigen Erklärungen der Bank kritisch hinterfragen. Es liegt doch auf der Hand, dass die Vertreter der HSH nicht aus altruistischen Motiven heraus agieren und den Schutz des Landesvermögens im Blick haben, sondern dass sie eigene Interessen verfolgen, was man ihnen im Zweifel nicht vorwerfen kann. Den Schutz des Landesvermögens aber müssen wir als Parlamentarier in diesem Hohen Haus verantworten.

Auch aus diesem Grund ist es unausweichlich, dass wir über die Zukunft der HSH Nordbank nicht nach dem Hauruck-Prinzip, sondern unter Hinzunahme von kritischen Stimmen in einem geordneten parlamentarischen Verfahren mit Expertenanhörungen

beraten. Kollege Andresen, ich freue mich, dass diese Bereitschaft besteht. Wir können die Zeit bis Dezember nutzen, um dieser Forderung zu entsprechen.

Denn wir wollen uns nicht einer sinnvollen Lösungsmöglichkeit versperren. Ich komme darauf noch einmal zurück. Die bisherigen Argumente aber, warum das alles bis zum 31. Dezember 2015 passieren müsse, sind falsch.

Eine Entscheidung über Milliarden von Euro sollten wir uns niemals leicht machen und keinesfalls übers Knie brechen, zumal sich diese Schulden in einem strukturellen Defizit niederschlagen werden, das mindestens 150 Millionen € betragen wird. Das strukturelle Defizit, was wir damit machen, wird mindestens jedes Jahr 150 Millionen € betragen, und auch hier ist die Tendenz eher steigend, wenn wir davon ausgehen, dass die Zinsen in den nächsten Jahren wieder nach oben gehen werden.

Um wie viel Geld es insgesamt geht, haben Sie, Frau Finanzministerin, in Ihrer Rede ganz bewusst ausgeklammert. Als Parlamentarier können wir das nicht akzeptieren. Ich werde jedenfalls einem Modell nicht meine Zustimmung geben, dessen **finanzpolitische Tragweite** entweder unbekannt ist oder aus bestimmten Gründen verschwiegen wird. Und ich erwarte auch von den Abgeordneten der anderen Fraktionen, dass sie die Ministerin hier nicht aus ihrer Pflicht entlassen.

Das Ergebnis, für das sich Olaf Scholz und Torsten Albig feiern lassen wollen, ist alles andere als ein Erfolg, auch wenn ich verstehen kann, dass die Koalitionäre mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einen Jubelsturm zu entfachen versuchen. Vielmehr ist die angebliche Einigung mit Brüssel ein Oktroi, es ist eine **Abwicklung auf Zeit**. Es ist die kontrollierte Abwicklung, von der wir reden.

Übrigens, Herr Kollege Andresen, der Begriff der unkontrollierten Abwicklung soll ja suggerieren, dann würde hier das Chaos ausbrechen. Die WestLB wird in einem kontrollierten Verfahren abgewickelt, aber auch unkontrolliert, weil die Weiterbeschäftigung der Bank am Markt schlicht und ergreifend von der Europäischen Kommission untersagt worden ist. Das gleiche Verfahren wie bei der WestLB würde auch im Fall einer von Ihnen sogenannten unkontrollierten Abwicklung der HSH angewandt.

Faktisch hätte das Brüsseler Ergebnis nicht schlechter ausfallen können. Denn eine kontrollierte Abwicklung heißt doch, dass wir gezwungen sind, die Bank in jedem Fall zu jedem Preis zu veräußern,

weil ansonsten die Bank aufhört zu existieren. Das wissen potenzielle Käufer doch auch. Ich finde es genial, wenn man den Marktpreis auf diese Art und Weise nach oben treibt, indem man dem Käufer - wenn es überhaupt einen gibt - suggerieren kann: Du kannst in aller Ruhe warten, denn das Land muss zu jedem Preis veräußern.

Das grundlegende Problem bleibt, dass die Bank noch immer keine **Zukunftsperspektive** hat. So erklärte die Ratingagentur Fitch - Herr Kollege Andresen, vielleicht hören Sie einmal zu! - unmittelbar nach der Einigung mit der EU-Kommission, im Hinblick auf die vereinbarten mittelfristigen Privatisierungsbemühungen müsse die Langfristperspektive von "BBB-stable" auf "BBB-negativ" verändert werden. Fitch spricht in seinem Bericht von einem schwachen, also kaum tragfähigen Geschäftsmodell.

Vor dem Hintergrund dieser Perspektive erleben wir jetzt aber, wie flexibel manch ein verantwortlicher Abgeordneter seine Argumentationslinie zeichnet. Ich erinnere daran, dass es in der Vergangenheit immer von SPD, Grünen und SSW geheißen hat, einen sogenannten Weißen Ritter werde es für die HSH Nordbank nicht geben, was ja letztlich nur bedeuten kann, dass die Werte der Bank doch nicht so gut waren, wie immer erklärt wurde.

Jetzt aber müssen wir feststellen, dass die Aussichten, einen Weißen Ritter zu gewinnen, aktuell offenbar sehr gut sind - zumindest wenn wir den öffentlichen Bekundungen der Koalitionsvertreter Glauben schenken. Wo der herkommen soll, wenn er maximal eine Bilanz, nämlich die des Jahres 2014, zur Kenntnis nehmen kann, erschließt sich momentan nicht.

Warum sich die Situation jetzt fundamental verändert haben sollte, zumal sich die HSH in den letzten Monaten mit der Immobilienfinanzierung weitere schwere Klumpenrisiken ans Bein gebunden hat, hat mir bisher niemand plausibel erklären können.

Und wenn es jetzt realistisch sein sollte, einen solventen Käufer zu finden, weil die Bank jetzt konkurrenz- und dividendenfähig ist, wäre es dann nicht sinnvoller, wir diskutierten bereits in diesem Plenum über die HSH Nordbank, damit noch mehr potenzielle Käufer von diesem großartigen Geschäft erfahren? Müssen wir nicht die Zeit nutzen und weltweit Werbung für diese Bank machen, damit wir die größten finanziellen Risiken für den Landeshaushalt abwenden können? - Vielleicht sollten Sie Ihre Argumentation an dieser Stelle noch einmal überdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Sie nur dringend davor warnen, sich wegen eines Mangels an Informationen dazu verleiten zu lassen, den Einschätzungen weniger anderer über angebliche fiskalische Auswirkungen blind zu vertrauen. Beispielsweise ist die Behauptung, § 8 b Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz könne nach dem 31. Dezember 2015 nicht mehr angewandt werden, falsch. Ja, ich würde als Anwalt auch in meine Begutachtung reinschreiben: "es besteht ein gewisses Risiko". Was die Eintrittswahrscheinlichkeit angeht, ist dazu nichts gesagt worden, schon aus Haftungsgründen, aber das ist wie bei den Atomkraftwerken: Es gibt ein gewisses Risiko, und trotzdem ist erklärt worden, die Eintrittswahrscheinlichkeit gehe gegen null.

Sie sollten gelegentlich vielleicht auch einmal auf einen Juristen hören. Der Kollege Peters ist auch Jurist. Wir würden das immer so machen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Ja, aber doch nicht immer auf Sie, Herr Kollege! Es gibt ganz viele Juristen, Sie sind nicht der einzige Jurist!)

- Das müssen Sie gar nicht, aber Sie müssen vielleicht ein paar Sachen verstehen. Die Behauptung, die uns nachgeliefert worden ist, die Wirtschaftsprüfer würden darauf bestehen, dass das bis zum 31. Dezember 2015 geschieht und nicht erst zum 31. März 2016, ist deshalb falsch, weil in der Wertaufhellungsphase Wirtschaftsprüfer von Gesetzes wegen die Entwicklung berücksichtigen müssen.

Hören Sie damit auf, mit falschen oder unzureichenden Erklärungen den Versuch zu unternehmen, das bis zum 31. Dezember 2015 durchzudrücken. Das schafft doch mehr Misstrauen als Vertrauen.

# (Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich möchte noch einige andere Dinge ansprechen. Möglicherweise hat die Tatsache, dass die Wertgutachten, die Marktwertgutachten, erst im April 2016 erstellt werden sollen, etwas damit zu tun, dass noch eine Frage geklärt werden muss. 6,2 Milliarden € bezahlen wir, völlig egal, was wir dafür bekommen. Das heißt, wenn die Marktwerte der Portfolio dann gegen null gehen, investieren wir trotzdem 6,2 Milliarden €. Das Problem bestände dann nur darin, dass wenn die Marktwerte der Portfolien gelegentlich gegen null gehen, die Bank, weil sie andere Buchwerte hat, riesige Probleme bekommt, denn der Verlustausgleich muss sofort erfolgen. Das ist ein riesiges Problem, vor dem wir stehen, und das müssen wir intensiv diskutieren,

weil es sein kann, dass uns sonst bereits im April der Stecker gezogen wird, und zwar deshalb, weil die Differenz zwischen den Buchwerten bei der Bank und den jetzt zu ermittelnden Marktwerten so riesig ist, dass das über die bisherige Garantie nicht mehr aufgefangen werden kann. Das müssen wir doch erörtern, und wir müssen gucken, was in diesem Fall passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Hinweis, wieso extrem große Zweifel angebracht sind, gibt die Pressemitteilung des Kollegen Lars Harms vom 19. Oktober 2015 zur Einigung mit Brüssel. Das ist wohlgemerkt derjenige Abgeordnete des SSW, der als Mitglied des Beteiligungsausschusses am besten informiert sein sollte und der in der Vergangenheit immer davon gesprochen hat, wie gut unsere Bank aufgestellt ist. In dieser Erklärung heißt es - und das kann man der deutschen Öffentlichkeit nicht verheimlichen;

(Lars Harms [SSW]: Das ist ja auch eine Presseerklärung!)

- ja, bisher ist das leider nur nicht transportiert worden, aber wenn ich das jetzt sage, wird es vielleicht transportiert -, dort heißt es in einer erschreckenden Schlichtheit:

"Mit der neuen Konstruktion wurde … eine Lösung vereinbart, die das Landesvermögen so gut wie möglich schont, da sich die Lasten über mehrere Jahre und nicht nur auf die Länder, sondern auch auf den freien Markt verteilen."

(Lars Harms [SSW]: Ja, das ist so!)

- Ja, ein Abgeordneter, der so etwas formuliert, ist auch der richtige Entscheidungsträger! Warum die Akteure, lieber Kollege Harms, auf dem freien Markt ein Interesse daran haben sollten, finanzielle öffentliche Lasten zu übernehmen und nicht gewinn orientiert zu handeln, habe ich bis heute nicht verstanden.

# (Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Da kommen jetzt also reiche Hedgefonds und helfen dem Land Schleswig-Holstein dabei, Verluste auszugleichen? - Das ist doch so komisch wie nur irgendwas. Die euphorisch vorgetragene Idee, der freie Markt rette das schleswig-holsteinische Landesvermögen, ist so absurd und naiv, dass die Menschen in Schleswig-Holstein mit gutem Grund glauben können, hier mangele es vielen Entscheidungsträgern mindestens an Informationen.

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter!

#### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Jederzeit und gern.

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich wollte Sie darauf hinweisen, einmal die Uhr in den Blick zu nehmen.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, ich wäre auch fast fertig gewesen. (Heiterkeit)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das beruhigt mich. Dann frage ich Sie, ob Sie eine Bemerkung des Kollegen Harms zulassen.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja.

Lars Harms [SSW]: Lieber Herr Kollege Kubicki, die Schlichtheit der Pressemitteilung ist richtig, ich bin ja manchmal auch ein schlichtes Gemüt. Es geht mir darum, noch einmal deutlich zu machen: Wenn wir uns als Politiker dieses Landes öffentlich äußern, ist es äußerst klug, auch mit Blick auf das Landesvermögen, die Bank nicht schlechtzureden. Das ist der erste Punkt.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Der zweite Punkt ist, wenn ich sage, dass sich auch Private beteiligen, bezieht sich das auf die Einigung mit der EU-Kommission, dass von diesen 8,2 Milliarden €, die veräu-Bert und auf andere übertragen werden sollen, 6,2 Milliarden € durch das Land beziehungsweise die Länder getragen werden sollen, und 2 Milliarden € sollen am freien Markt verkauft werden. Wenn dieses dann geschieht - das ist zumindest der Plan, den sowohl EU-Kommission als auch die beiden Länder haben -, dann ist das mittelbar auch eine Beteiligung des freien Marktes. Sollte es so sein, dass sich der freie Markt ein Portfolio zu für ihn günstigem Preis kauft, um damit langfristig Gewinne zu machen, hätte ich persönlich nichts dagegen, Hauptsache das Land Schleswig-Holstein wird entlastet und das Vermögen des Landes wird geschont.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

- Zunächst einmal, Kollege Harms, vielen Dank für diese Zwischenbemerkung, die das ja noch schlimmer gemacht hat - um das einmal freundlich zu formulieren. Der Markt wird sich an Verlusten des Landes Schleswig-Holstein nicht beteiligen, sondern die Käufe werden getätigt werden, um Gewinne zu generieren. So einfach ist Latein. Wenn Ihnen das aufgrund Ihrer inneren Haltung nicht einleuchtend erscheint, werden Sie feststellen, dass Sie keine Käufer finden werden. Es geht dabei nicht um Verluste des Landes, Herr Kollege Harms, sondern es geht um Verluste der Bank. Die Bank wird Verluste bei der Veräußerung dieser Geschichten einfahren und nicht das Land Schleswig-Holstein. Das Land Schleswig-Holstein muss dann nur die Verluste der Bank ausgleichen.

Wenn Sie jemanden finden, der bereit ist, Schrottpapiere für 2 Milliarden € zu kaufen, wunderbar. Ich kann Ihnen aber garantieren, dass niemand diese Papiere mit dem Ziel ankaufen wird, selbst eigene Verluste zu generieren, um damit dem Land Schleswig-Holstein zu helfen. Das ist illusorisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss.

(Wortmeldung Lars Harms [SSW])

- Na gut.

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Also dann hat noch einmal Lars Harms zu einer weiteren Bemerkung das Wort.

Lars Harms [SSW]: Nur ein zarter Hinweis, dass das auch nicht in meiner Pressemitteilung steht, dass ein privater Investor freiwillig Schulden für uns macht, sondern er entlastet uns dadurch, dass er uns entsprechende Engagements abkauft. Wie gesagt, ob er damit Gewinne macht oder nicht, das ist der freie Markt - davon sind wir doch eigentlich auch Freunde, lieber Kollege Kubicki -, das möge sich dann in der Zukunft entscheiden. Aber im Übrigen können sich auch Unternehmen verschätzen und damit Minus machen. Das Risiko gehen die ein, und dieses Risiko nehmen sie uns ab.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

- Herr Kollege Harms, ich versuche zum letzten Mal, es zu erklären. Es macht sonst keinen Sinn.

Wenn die Bank für 2 Milliarden € Papiere verkauft, generiert der freie Markt bei der Bank Verluste und nimmt ihr keine Verluste ab. Das ist der Sinn der Veranstaltung. Der freie Markt entlastet die Bank mittelfristig nur von einem Portfolio, das sie sonst selbst wertberichtigen müsste. Das macht sie jetzt sofort, und ich garantiere Ihnen, dass bei der Veräußerung von 2 Milliarden € am freien Markt - wenn sie überhaupt gelingen kann - die bei der Bank sofort eingestellten Verluste durch das Land Schleswig-Holstein und Hamburg ausgeglichen werden müssen, in welcher Form auch immer.

Der Eindruck, der durch öffentliche Äußerungen entsteht, ist ein Grund mehr, warum wir mehr Informationen brauchen, als derzeit vorliegen. Er ist ein Grund mehr, eine ordentliche parlamentarische Beratung durchzuführen - das können wir auch schnell machen; ich habe zugesagt, dass wir das tun werden - und auch andere Stimmen zu hören als diejenigen der Bank oder der Landesregierung. In der Vergangenheit haben wir von der Landesregierung, von Vertretern, von Juristen und von Ökonomen Expertisen bekommen, die sich seit 2007 alle als komplett falsch und unrichtig herausgestellt haben und zur Vermögensschädigung beim Land Schleswig-Holstein beigetragen haben.

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie wollten zum Schluss kommen.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das ist ein Grund mehr, dass wir uns gegen den zeitlichen Druck wehren, den die Landesregierung auf das Parlament ausübt.

Noch einmal: Die Behauptung, es muss bis zum 31. Dezember 2015 alles unter Dach und Fach sein, ist unzutreffend. Es gibt möglicherweise Gründe dafür, aber sie sind rechtlich unzutreffend und können das Parlament nicht binden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

# **Torge Schmidt** [PIRATEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ministerin Heinold! Heute ist nur eine Sache ganz sicher. Das ist die Tatsache, dass sich die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein von der HSH Nordbank trennen werden. Heute debattieren wir hier zum ersten Mal über das Thema mit dem Wissen, dass die Bank entweder verkauft oder dass sie abgewickelt wird. Das ist gut so. Allerdings ist das auch die einzige Gewissheit, die wir heute haben.

Aber gestatten Sie mir erst einmal einen Blick zurück in die Vergangenheit, denn dieser wird uns helfen, die jetzige Situation im Kontext zu bewerten. 2008 ist die Bank während der Finanzkrise in Schieflage geraten. Man hatte sich mit Geld vollgepumpt, für das die Länder über die Gewährträgerhaftung geradestehen mussten. Man hatte sich mit diesem Geld sprichwörtlich verzockt. Das war so gewollt, denn es brachte immer schön Dividende in den Landeshaushalt. Die Bank versprach den Ländern Reichtum, und die Länder hatten Haushaltslöcher zu stopfen. Das Versprechen ist mit der Finanzkrise zum Sanierungsfall geworden.

Man entwickelte daraufhin einen Plan, wie man die Bank retten kann. Das Konstrukt der Sunrise-Garantie wurde entwickelt. Die Länder übernahmen Garantien in Höhe von 10 Milliarden €. Die Bank musste sich restrukturieren. Das war das Ergebnis des Beihilfeverfahrens. Den Ländern wurde versprochen, dass sich alles zum Guten wenden werde: Die notleidenden Kredite würden sich erholen, der Schiffsmarkt werde wieder anziehen, und es werde ein Happy End geben. Die Garantie wurde dann schrittweise im Jahr 2011 auf 7 Milliarden € reduziert.

Aber auch dieses Versprechen konnte die Bank nicht halten. Alle Planungen und Erwartungen sind nicht eingetroffen. Alle Szenarien, die die Bank entwickelt hat, sind nicht Realität geworden. Die Bank konnte im Jahr 2013 die von der Bankenaufsicht geforderte Eigenkapitalquote nicht mehr auf Dauer halten. Die HSH Nordbank musste ihre Planungen über die Entwicklung ihrer Geschäfte mehrmals nach unten korrigieren. Der Schiffsmarkt hat sich nicht erholt. Das hat die Länder dazu bewegt, im Juni 2013 die Wiedererhöhung der Garantie von 7 Milliarden € auf 10 Milliarden € zu beschließen und somit ein zweites Beihilfeverfahren anzustoßen. In diesem Beihilfeverfahren prüft die EU, ob die Bank lebensfähig ist und ihr Geschäftsmodell überhaupt tragfähig ist.

Das Konzernergebnis im Jahr 2013 belief sich auf ein sagenhaftes Minus von 769 Millionen €. Die Bank musste trotz der staatlichen Garantien hohe Belastungen der Risikovorsorge auf sich nehmen, wohl wissend, dass im Jahre 2014 der EZB-Stresstest auf die Bank warten würde - eine Hürde, die

# (Torge Schmidt)

die Bank nehmen musste, um ihre Lebensfähigkeit zu gewährleisten. Die Bank wurde also mit Liquidität vollgepumpt und hatte Glück, dass die staatlichen Garantien akzeptiert wurden.

Die HSH Nordbank hat den Stresstest der EZB bestanden. Man möchte meinen, dass dieses Testat ausdrückt, dass es sich um eine kerngesunde Bank handelt. Dies ist keinesfalls der Fall. Der große Klumpen an Schiffskrediten liegt immer noch im Bauch der Bank und lässt sich nicht so leicht verdauen. Zum einen wird das Geschäft in der Regel in Dollar abgerechnet, und die Entwicklung des Dollarkurses hat der Bank in keiner Weise geholfen. Zum anderen sind die Schiffe, die hinter diesen Krediten versteckt sind, alles andere als nachgefragt. Das bedeutet, dass ein Großteil der Kredite gar nicht oder nicht vollständig bezahlt wird, im Fachjargon Non-Performing-Loans. Die HSH Nordbank hat eine Non-Performing-Loan-Quote von etwa 23 %. Das heißt, 23 % der ganzen Bilanz ist nicht wirklich gesund. Das muss man sich tatsächlich einmal auf der Zunge zergehen lassen: 23 %! Im Durchschnitt liegt diese Quote im niedrigen zweistelligen Bereich. Es springt einem also quasi ins Gesicht, dass diese Bank nicht kerngesund

Die HSH Nordbank stöhnt auch noch unter einer weiteren Belastung - das ist die Liebe der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, die die Bank quasi zu erdrücken scheint. Mit 10 Milliarden € Garantie kommen auch für 10 Milliarden € Garantie-prämien. 4 % sind vereinbart. Somit sind es 400 Millionen € jährlich, die auf die Bilanz der Bank drücken. Das ist natürlich gut für die Länder, schlecht für die Bank. Aus der Sicht des Bankenvorstandes sind die Belastungen zu groß. Die HSH Nordbank kann Gewinne nicht thesaurieren. Das heißt, sie kann ihre Gewinne nicht dazu nutzen, die Bank zu kapitalisieren und somit zu stabilisieren.

Fassen wir also zusammen: Alle gemachten Versprechen der Vergangenheit haben sich nicht bestätigt. Die Bank ist alles andere als gesund, die Garantieprämien kann sich die Bank nicht leisten, und es gibt ein Beihilfeverfahren mit der EU aufgrund der Wiedererhöhung der Garantie.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Europäischen Kommission "per Handschlag" auf Eckpunkte verständigt, wie man aus dem ganzen Schlamassel herauskommen möchte. Die Eckpunkte sehen vor, dass die HSH Nordbank umstrukturiert werden muss. Die Bank soll in eine Holding und in eine Tochtergesellschaft aufgeteilt werden. Die Anteilseigner der

Holding sollen im Idealfall diejenigen sein, die auch jetzt an der HSH beteiligt sind. Die Tochter soll für das operative Geschäft zuständig sein. Hier ist schon der erste Haken. Warum sollten sich alle Anteilseigner an der Umstrukturierung beteiligen? Hier wird die Landesregierung Überzeugungsarbeit leisten müssen, damit ihr Plan aufgeht.

Die Holding wird dann eine sehr einfache Bilanz haben, auf der einen Seite Eigenkapital und die Anteile an der Bank und auf der anderen Seite die Verbindlichkeiten und der Geschäftsbetrieb. Einkommen wird die Holding dann eventuell durch Gewinnausschüttungen der Tochter bekommen, falls die Tochter überhaupt Gewinn erwirtschaftet.

Die Tochter soll nach den vereinbarten Eckpunkten dann in 48 Monaten verkauft werden. Es gibt noch eine Option, diese Frist um ein halbes Jahr zu verlängern - falls irgendetwas passiert, was die Länder nicht zu verschulden haben. Über diesen Punkt freue ich mich sehr, denn der Verkauf ist genau das, was wir PIRATEN im Vorfeld gefordert haben.

# (Beifall PIRATEN)

Dabei ist offen, ob wir überhaupt einen Käufer finden werden. Selbst die Kommission ist sich dabei nicht ganz so sicher und hat aus eben den genannten Gründen deutlich gemacht, dass, wenn dieser Fall eintrifft, wir also keinen Käufer finden, eine Abwicklung angeordnet wird.

Auch die Ratingagentur Fitch betrachtet diesen Punkt sehr kritisch. Gerade aus der Sicht der Investoren ist dies schwer einzuschätzen. Warum sollte ich mein Geld in einer Bank anlegen, von der ich weiß, dass sie unter Umständen abgewickelt werden soll?

Weiter ist vorgesehen, dass die Garantieprämien neu strukturiert werden. Ziel ist es, die operative Tochtergesellschaft von der Garantie zu entlasten, damit die Bank wieder in der Lage ist, Gewinne zu thesaurieren. Die Tochter soll künftig nur 2,2 % der Garantieprämie auf die noch nicht in Anspruch genommene Garantie zahlen. Das ist tatsächlich eine sehr starke Entlastung der operativen Bank. Die EU-Kommission sagt jedoch zu Recht, dass es in absoluter Höhe keine Änderung der Garantieprämie geben darf. Denn das wäre eine neue Beihilfe. Deswegen trägt die Holding die Differenz zu der bisherigen Garantie. Diese wird natürlich nicht aus den Einnahmen der Holding bezahlt werden können, und somit werden sich in der Holding Verbindlichkeiten anhäufen. Seitens der Holding entsteht das Versprechen, dass die Garantieprämien irgendwann

# (Torge Schmidt)

durch den Verkauf der Tochter gezahlt werden können.

Um das operative Geschäft der Bank zusätzlich zu entlasten, geht man dann noch an die **Non-Performing-Loans** heran. Wie ich bereits erwähnte, ist die Quote von 23 % sehr erschreckend. In Zahlen sind das weit über 15 Milliarden €. Dass hier etwas geschehen muss, ist klar. Die Frage ist nur, wie.

Die Vereinbarung sieht vor, dass mehr als die Hälfte, also 8,2 Milliarden €, aus der Bank herausgelöst werden sollen. Davon sollen 6,2 Milliarden € von den Ländern aufgekauft werden. Der Rest soll am Markt veräußert werden, falls man überhaupt einen Käufer findet. Die aus dem Verkauf entstandenen Verluste werden gegen die Sunrise-Garantie gegengerechnet. Somit tragen dies ebenfalls die Länder.

An diesen Punkten möchte ich den Kollegen Günther ansprechen. Ich denke, die Frage, die wir im März oder in den nächsten Monaten entscheiden müssen, ist gar nicht, zu welchem Preis wir dieses Portfolio kaufen. Das ist nicht die entscheidende Frage. Denn ob wir dafür 2 Milliarden € oder 4 Milliarden € zahlen - wir tragen die Verluste sowieso. Sie werden entweder gegen die Garantie gerechnet, oder wir haben das Risiko in der AöR. Das ist zumindest nach meiner Meinung nicht die entscheidende Frage in dem Plan.

An diesem Punkt entstehen die ersten konkreten sichtbaren **Schäden**, die die **Länder** zu tragen haben, zum einen, wie gesagt, in der Garantie, zum anderen müssen die Länder Geld in die Hand nehmen, um die Schrottpapiere zu kaufen.

Man kann also zu Recht die Frage stellen, ob der Staat wirklich geeignet ist, Kredite und Wertpapiere in der Größenordnung von 6,2 Milliarden € zu besitzen. Ganz nüchtern würde ich sagen: Nein. Allerdings würde ich auch sagen, dass wir keine Bank brauchen, die solche Geschäfte macht. Das Problem ist jedoch: Eigentum verpflichtet. So oder so müssen wir für diesen Kram haften.

Um die 6,2 Milliarden € in Schrottpapieren zu verwalten, soll eine **Abwicklungsanstalt** gegründet werden. Diese Entscheidung treffen wir mit dem Staatsvertrag. Diese Abwicklungsanstalt soll nach dem Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds errichtet werden. Da dieses Gesetz vom Bundestag bewusst bis zum 31. Dezember 2015 befristet wurde, drückt die Landesregierung nun etwas auf die Tube und will ihren ganzen Plan noch dieses Jahr durchpeitschen.

Ich halte dies für brandgefährlich. Die Landesregierung will aufgrund von Sachzwängen eine schnelle Entscheidung herbeiführen, ohne zu wissen, ob ihr Plan aufgeht, und ohne die offenen Fragen adäquat klären zu können.

Dies ist vermutlich die größte finanzwirksame Entscheidung, die das Land treffen wird. Wir Abgeordnete sollen darüber innerhalb weniger Wochen entscheiden. Ich kann in der kurzen Zeit nicht mit Gewissheit beurteilen, ob der Plan der Landesregierung sinnvoll ist.

All das sollen die Länder tun, damit die EU die Erhöhung der Garantie auf 10 Milliarden € genehmigt. Was passiert denn, wenn wir diesem Plan nicht zustimmen, wenn wir als Parlament dem ganzen Staatsvertrag nicht zustimmen? - Das würde bedeuten, dass die Abwicklung der Bank angeordnet wird. Auch das ist Neuland für uns. Die neuen Gesetze und Regeln, die für die Abwicklung von Banken gemacht wurden, sind noch nie angewendet worden. Im Detail wird es zu einigen Rechtsrisiken und Streitereien kommen. Die Gewährträgerhaftung wird in diesem Fall gezogen werden. Die Sunrise-Garantie wird stark belastet werden, und es werden hohe Kosten auf das Land zukommen. Auch die Auswirkungen auf den Sparkassensektor in Schleswig-Holstein können groß ausfallen. Unser Eigenkapital, das wir in der Bank haben, ist dann auch futsch. Die große Frage ist, inwieweit wir dann noch Kapital nachschießen müssen.

Dennoch ist zu prüfen, ob das Horrorszenario Abwicklung nicht doch die bessere Alternative ist. Denn am Ende könnte eine **Abwicklung** immer noch günstiger sein. Denn eines muss man in aller Klarheit sagen: Mit dem Plan der Landesregierung schaffen wir uns auch zusätzliche Risiken, und zwar im Tausch gegen das Versprechen, dass wir die Bank verkaufen können und die Gewährträgerhaftung ausläuft. Wie es aber mit Versprechen bei der HSH Nordbank aussieht, hat uns bereits die Vergangenheit gelehrt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor wir in der Aussprache fortfahren, möchte ich mit Ihnen gemeinsam weitere Schülerinnen und Schüler des Regionalen Berufsbildungszentrums Eckener-Schule aus Flensburg hier im Landeshaus begrüßen. - Herzlich willkommen in Kiel!

(Beifall)

# (Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Nun hat der Herr Abgeordnete Lars Harms für die Kolleginnen und Kollegen des SSW das Wort.

# Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns heute über eine weitere Rettungsaktion unterhalten, die das Vermögen des Landes so gut wie möglich schützen soll, dann reden wir vor allem über weitere Schutzmaßnahmen, die auf Entscheidungen von 2009 aufbauen. Es ist mitnichten so, dass wir hier ein gänzlich neues Maßnahmebündel beraten. Es geht vielmehr darum, jetzt Dinge, die schon vor sechs Jahren beschlossen wurden, konkret umzusetzen.

Vor sechs Jahren hat die damalige Landesregierung eine Entscheidung getroffen, die von uns und von den anderen damaligen **Oppositionsfraktionen**, von FDP und Grünen, scharf kritisiert wurde. Dabei ging es um vier Hauptpunkte, die sich bis heute auf die Bank auswirken und die damals von der Landesregierung, ohne sich im Detail mit der EU-Kommission einigen zu müssen, im Rahmen der deutschen Gesetzgebung umgesetzt werden konnten. Schon das ist ein erheblicher Unterschied zu unserer Situation heute, in der wir auf eine Detaileinigung mit der EU-Kommission angewiesen sind.

Was waren nun die vier Punkte, die sich bis heute auf die Bank auswirken?

Zum einen ist es das Geschäftsmodell. In der Tat wurde damals von der EU-Kommission ein nachhaltiges Geschäftsmodell eingefordert. Allerdings hatte man damals weitreichende Spielräume, wie dieses neue Geschäftsmodell aussehen sollte. Man stieß lukrative Geschäftsbereiche ab und wollte die HSH Nordbank unter anderem als Geschäftsbank für Unternehmen aus dem Norden weiterentwickeln. Ob das wirklich gelungen ist, sei einmal dahingestellt, da sich die Bank natürlich auch außerhalb der norddeutschen Region tummelt. Aber es ging hier insbesondere darum, Geschäftsbereiche zu bearbeiten, die schon jetzt auch von den Sparkassen und Genossenschaftsbanken in der Region bearbeitet wurden. Wir haben das damals kritisiert.

Man kann heute sicherlich konstatieren, dass die Bank der Unternehmer funktioniert, wenn sie auch nicht dazu führt, dass dieses Geschäft die Altlasten absichern kann. Das, meine Damen und Herren, war aber seinerzeit die Grundlage für die Etablierung des Geschäftsmodells. Es sollte dazu führen, dass faule Kredite durch gute Geschäfte abgesichert werden. Damals ist aber nicht im Entferntesten dar-

an zu denken gewesen, dass dies auch gelingen konnte.

Ein zweiter Bereich, der sich negativ auf die Bank auswirkt, war das unbedingte Festhalten an dem Schiffsportfolio. Man behielt die faulen Kredite und wollte das Geschäft noch ausbauen und als den Schwerpunkt der Bank erhalten. Das war eine grandiose Fehleinschätzung der damaligen Landesregierung. Schon damals ging die Bank selber von einer Kreditausfallrate von 40 % bei den garantieunterlegten Engagements aus. Schon bei einer Ausfallrate von 5 % geht man von extremen Problemen bei einer Bank aus. Wie wir heute alle wissen und wie wir damals schon alle ahnten, passierte in den Folgejahren genau das, was uns auch der Verband für Schiffbau und Meerestechnik in einer Anhörung prophezeite: Die Kreditausfälle, die sogenannten Non-Performing-Loans, wurden immer mehr, und die Bank brauchte immer wieder Unterstützung durch den Staat und seine Bürger.

Punkt drei ist, dass man bewusst die Hilfe des Bundes ausgeschlagen hat. Während wir damals im Parlament noch bis in den März 2009 hinein um Bundesmittel und die Unterstützung des SoFFin gerungen haben, hatte die damalige Landesregierung schon vor November 2008 den Entschluss gefasst, die Bundesebene nicht in die Lösung des Problems einzubeziehen. Dies wurde dem Parlament damals übrigens nicht mitgeteilt, sondern der Landtag wurde bewusst in Unkenntnis darüber gelassen. Von dieser Vorgehensweise hebt sich die offene Kommunikation und Information durch unsere heutige Finanzministerin deutlich positiv ab.

# (Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man wollte also das Geschäft selber machen und erhoffte sich allen Ernstes sogar mittelfristig Überschüsse aus dem Schiffsgeschäft, an denen man den Bund dann natürlich nicht beteiligen wollte. Dass die Schiffe, die durch die Kredite finanziert wurden, immer älter und somit nicht lukrativer wurden und dass in Asien moderne Schiffsneubauten mit massiven staatlichen Subventionen gefördert wurden, blendete man einfach aus. Irgendwie wird es schon gutgehen, hat man sich damals gedacht. Dieses Denken, meine Damen und Herren, müssen wir heute teuer bezahlen.

Der vierte Punkt ist eng mit diesem Punkt verknüpft. Da das Geschäftsmodell von den Regierenden damals als so toll eingeschätzt wurde, hat man **Garantien** in Milliardenhöhe ausgesprochen. Man ging davon aus, dass die Zinszahlungen für die Ga(Lars Harms)

rantiegewährung die Kosten der Garantien, wenn sie denn gezogen werden, auffangen würden. Der Rest wird durch das tolle Geschäftsmodell erledigt, und schwuppdiwupp haben wir eine super Bank. - Das war natürlich völliger Blödsinn. Man gibt keine Garantien, wenn man sich nicht darauf einstellt, dass diese auch gezogen werden können, zumindest sollte man dieses nicht tun. Damals, meine Damen und Herren, hat man allerdings auf die Zukunft gezockt wie schlechte Banker, was von der damaligen Opposition ebenfalls scharf kritisiert wurde.

Mit genau diesem Dilemma haben wir es nun zu tun. Man entschied sich beim Geschäftsmodell für die schlechtere Variante. Man ging mit der Garantiegewährung bewusst eine Verpflichtung und ein Risiko in der Zukunft ein, ohne dass der Bund mit ins Boot genommen worden wäre, um diese Verpflichtungen abzumildern. Das sind die Gründe, warum wir heute über ein Holdingmodell mit Tochterbank zu den anstehenden Bedingungen reden müssen. Jetzt, meine Damen und Herren, bügeln wir das aus, was schon 2009 versemmelt wurde. Wir machen das bei voller Transparenz.

Auch hier sei ein Vergleich zu 2008/2009 erlaubt. Die Bank brach 2008 zusammen, und man hielt als Landesregierung die Karten ganz dicht am Körper. In internen Runden wurde eine Strategie ohne formelle Beteiligung des Parlaments festgelegt, und schon im Herbst 2008 hatte die damalige Regierung entschieden, wie sie vorgehen wollte. Das Parlament wurde dann in Unkenntnis davon gelassen und erst im März 2009 hiervon in Kenntnis gesetzt, also rund ein halbes Jahr nach der Entscheidung. Dann ging alles ganz schnell. Am 25. März erste Befassung im Landtag und eine Woche später, am 3. April, die zweite Lesung.

Das ist jetzt in der Tat anders. Schon seit Anfang des Jahres gibt es eine Vielzahl von Informationen seitens des Finanzministeriums, welche Alternativen es geben könnte. Auch der Beteiligungsausschuss hat regelmäßig Informationen über den Stand der Verhandlungen mit der EU-Kommission bekommen, und selbst die parlamentarische Befassung läuft zeitlich entzerrter, als es damals im Jahr 2009 der Fall war. Seit Mitte Oktober wissen wir, welche Lösung zwischen EU, Land Schleswig-Holstein und Hamburg ausgehandelt wurde. Danach hat sich der Beteiligungsausschuss hiermit zweimal befasst. Vertretern der Fraktionen ist Einsicht in die Verhandlungsunterlagen gewährt worden, und wir beraten schon heute über den zukünftigen Staatsvertrag, der nach dem Parlamentsinformationsgesetz ebenfalls schon vorgelegt wurde. Hiernach haben wir einen Monat Zeit, nicht eine Woche, das Ganze zu beraten, und erst dann wird Mitte Dezember endgültig entschieden. Alles in allem ist dies eine wesentlich transparentere Situation, als wir sie bei der eigentlichen Entscheidung 2009 gehabt haben.

Formal gesehen haben wir derzeit noch zwei Möglichkeiten, nach denen wir unsere Entscheidung fällen können, wenn ich eine Abwicklung der Bank in diesem Jahr einmal ausschließe, eine Lösung nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz, das bis 31. Dezember 2015 befristet ist - hier wäre eine landesrechtliche Lösung möglich - oder eine Lösung nach der SRM-Verordnung auf europäischer Ebene, die seit dem 1. Januar 2015 gilt. Wer eine landesrechtliche Lösung will, muss noch in diesem Jahr entscheiden, weil wir nicht wissen, ob dies im neuen Jahr noch möglich sein wird. Wer dies ausschließen oder auf eine Wahlmöglichkeit zwischen beiden Systemen verzichten will, kann sich noch bis ins nächste Jahr Zeit lassen. Welche Lösung besser ist, mag jeder für sich selbst entscheiden.

Letztendlich können aber nur Banken unter den EU-Schirm, was entsprechende Eigenkapitalanforderungen mit sich bringt. Es mag auch hier jeder selbst beurteilen, ob dies sinnvoll ist und ob wir diese Auflagen erfüllen können. Auf jeden Fall können wir derzeit feststellen, dass das, was zwischen der EU und den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein verhandelt wurde, ein sehr enger Kompromiss ist. Ob es klug ist, diesen wieder aufzuschnüren, muss ebenfalls jeder für sich selbst entscheiden. Ja, meine Damen und Herren, auch ein Zögern in der Sache kann sich am Markt auswirken und die Einschätzung von Rating-Agenturen beeinflussen. Auch hier muss jeder Abgeordnete selbst entscheiden, ob er dieses Risiko eingehen will.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, eine Holdinglösung hat nicht diese strengen Eigenkapitalbestimmungen, wenn auch eine solche Holding natürlich insolvenzsicher sein muss. Der Charme der vorgeschlagenen Lösung ist der, dass es für einen Teil der Bank, wohlgemerkt einen Teil, nämlich der Tochterbank, die Möglichkeit geben wird, Überschüsse in das Eigenkapital zu überführen, um dieses zu stärken. Je stärker das Eigenkapital der Tochterbank, desto besser sind die Verkaufschancen und der Verkaufspreis der Tochterbank. Die Lösung sieht ja einen Verkauf der Tochterbank bis 2018 vor, und ein solcher Verkauf kann nur vorteilhaft gelingen, wenn

(Lars Harms)

das Eigenkapital dieser Tochterbank hoch genug ist. Damit wäre eine Abwicklung dieses Teils der HSH Nordbank kontrolliert und unter Schonung des Landesvermögens möglich. Übrigens ist auch dies eine Lösung, die wir politisch schon 2009 diskutiert hatten. Damals gab es allerdings noch keine politische Mehrheit für einen solchen Schritt.

Betrachtet man die Schonung des Landesvermögens, also die Minimierung des Schadens, der uns durch die Fehleinschätzungen aus 2009 eingebrockt wurde, haben wir eine vernünftige Lösung, über die wir heute diskutieren. Mit dieser Lösung schaffen wir es, dass die Gewährträgerhaftung nicht ausgelöst wird. Bekäme die HSH Nordbank heute nicht diese Perspektive für einen Neuanfang, müsste sie abgewickelt werden. Neben den Garantien in Höhe von 10 Milliarden € käme auch die Gewährträgerhaftung in Höhe von rund 12 Milliarden € zum Tragen, was im Übrigen auch die Sparkassen des Landes hart treffen würde. Außerdem wäre es klar, dass es einen enormen Wertverlust des Wertes der Bank geben würde. Somit wären auch gute Geschäfte beeinträchtigt.

All das zusammen zeigt, dass eine sofortige Abwicklung der gesamten Bank nur eine schlechte Lösung für das Land sein kann. Es kann also nur eine **Aufteilung der Bank** geben, und die Landesregierung hat hierfür gemeinsam mit Hamburg einen Kompromiss mit der EU ausgehandelt. Ich glaube, dass dieser Kompromiss das Beste ist, was man aus dieser misslichen Situation herausholen konnte.

Wir wissen, dass wir noch nicht am Ende des Weges sind. Wir werden die Portfolien am Ende gegen die Garantien rechnen, und somit muss der schleswig-holsteinische Steuerzahler hier das vollständig allein bezahlen, was man 2009 schon falsch entschieden hatte. Dass wir zahlen müssen, wussten wir mit der Entscheidung für die Garantiegewährung durch die Länder im Jahr 2009. Dass das wahrscheinlich die gesamten Garantien treffen würde, war auch klar, nachdem man sich für das Geschäftsmodell entschieden hatte. Das ist somit alles nichts Neues und nichts Zusätzliches. Hier von zusätzlichen Lasten zu sprechen, wäre völlig verfehlt. Im Gegenteil, man tut jetzt das, was wahrscheinlich schon viel früher hätte getan werden müssen. Man verschafft der Tochterbank so gute Chancen wie möglich, und den Rest wickelt man ab. Ob wir jetzt allerdings für die Tochterbank innerhalb von nur zwei Jahren noch einen so guten Start hinbekommen, wie wir es 2009 hätten schaffen können, weiß niemand, aber wir werden alles daran setzen, dass uns das gelingt.

Am Ende steht, dass wir die Geschäftsbereiche, die tragfähig sind, verkaufen und dass wir mit den Einnahmen den Schaden vom Land so gering wie möglich halten wollen. Außerdem sollen die schwierigen Portfolien abgerechnet werden, so wie es die Lösung von 2009 auch vorsieht. Schon damals wusste man, dass man volles Risiko fährt und dass die Erholung des Schifffahrtsmarktes auch ausbleiben kann. Dafür zahlen wir in Zukunft, und wir wollen als Land Schleswig-Holstein, dass wir so wenig wie möglich dafür zahlen müssen. Das muss das Ziel sein. Ich glaube, die Finanzministerin und ihr Staatssekretär haben bewiesen, dass das auch ihr Ziel ist und dass das Land, was das angeht, in ihren Händen wirklich in guten Händen ist. Dafür bin ich wirklich sehr dankbar, und ich hoffe, dass wir im Dezember zu einer vernünftigen Lösung kommen. -Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Ich teile Ihnen nun mit, dass es noch Restredezeiten gibt: Für die CDU-Fraktion sind es 7 Minuten, für die SPD-Fraktion sind es 6 Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind es 4 Minuten. Die FDP hat keine Restredezeiten mehr, für die Piratenfraktion sind es 4 Minuten und für den SSW sind es ebenfalls noch 4 Minuten Restredezeit. Ich frage Sie: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Der Kollege Tobias Koch von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

# Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Oppositionsführer, mein Fraktionsvorsitzender, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es uns nicht weiterhilft, wenn wir vergangenheitsbezogene Debatten über Schuld oder Verantwortung führen. Da die Ministerin dies aber als Einstieg in ihre Rede gewählt hat, gestatten Sie mir einen Hinweis: Frau Heinold, Sie hätten sich gar nicht die Mühe machen müssen, Zitate aus dem Jahr 2011 herauszusuchen. Sie hätten auch aus dem Bericht der Landesregierung vom Juni dieses Jahres zitieren können, in dem Sie dem Haus mitgeteilt haben, dass die **finanziellen Belastungen** für die Steuerzahler erst in den Jahren 2019 bis 2025 eintreten werden und sich dann auch nur auf einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag belaufen werden.

#### (Tobias Koch)

Was hilft uns das jetzt in der Debatte? - Ich glaube, es hilft uns gar nicht, denn das Einzige, das wir daraus lernen können, ist, dass die Entscheidungsträger zu den unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedliche Erwartungen, Hoffnungen und Prognosen gehabt haben und dass sich, wie schon mehrere Redner es betont haben, alle diese Erwartungen, Hoffnungen und Prognosen im Nachhinein als falsch erwiesen. Deshalb müssen wir heute darauf achten, dass wir diese Debatte nicht wieder mit falschen Hoffnungen für die Zukunft führen.

# (Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Daniel Günther [CDU])

Ich will einen zweiten Aspekt ansprechen, der auch einen Vergangenheitsbezug hat und in der Rede des Kollegen Harms heute wieder eine Rolle gespielt hat. Das ist die Beteiligung des Bundes. Der Abgeordnete Lars Harms und die Abgeordnete Monika Heinold haben 2009 gegen den Rettungsschirm gestimmt mit der Begründung, der Bund müsse sich beteiligen. Heute hätten wir diese Möglichkeit. Statt eine Abwicklungsanstalt nach § 8 b zu gründen, könnten wir auch eine Abwicklungsanstalt in Bundesobhut nach § 8 a gründen. Jetzt, wo Sie die Möglichkeit haben, machen Sie selbst davon keinen Gebrauch, weil Sie zu Recht darauf hinweisen: Auch bei einer solchen Lösung würden wir alle Verluste tragen und nicht der Bund. Auch daraus lernt man also nicht wirklich etwas, höchstens, dass es damals vielleicht richtig gewesen wäre, zuzustimmen, oder dass es heute richtig wäre, zuzustimmen. Ich glaube nicht, dass uns solche Debatten wirklich weiterhelfen.

Worauf es ankommt, das ist die Frage, die wir immer wieder gemeinsam gestellt haben: Welches ist die Lösung, die das Landesvermögen am besten schont und schützt? Dieser Nachweis ist bislang noch nicht erbracht.

Wir haben in der letzten Woche eine fast dreistündige intensive **Debatte im Beteiligungsausschuss** geführt. Bei allen deprimierenden Zahlen, die wir hin und her gewälzt haben - ich glaube, es war eine der besten und intensivsten Debatten in diesem Gremium, die wir in den letzten zehn Jahren geführt haben -, sind wir noch nie so tief in die Thematik eingestiegen. Mein Dank gilt der Regierung für die Aufbereitung der Zahlen und dafür, dass sie uns für die Beratungen zur Verfügung gestanden hat

Es gibt aber noch zwei oder drei Punkte, bei denen wir auseinanderliegen. Einen Punkt haben Sie heute selber deutlich gemacht, weil Sie zum ersten Mal Zahlen für die **Gewährträgerhaftung** genannt haben, die in der Diskussion bisher noch nie eine Rolle gespielt haben. Noch vor einer Woche haben Sie auf Basis der bis dahin bekannten öffentlichen Zahlen mit 12,5 Milliarden € Gewährträgerhaftung gerechnet. Heute - dafür danke ich Ihnen - haben Sie ausgeführt, im November seien es nur noch 10,9 Milliarden €. Schon von daher sieht die Rechnung, die wir noch in der letzten Woche angestellt haben, wieder ein Stück anders aus. Weil das meines Erachtens noch nicht öffentlich ist, wäre meine Bitte, dass Sie uns noch einmal den Verlauf der Gewährträgerhaftung auf den Tag genau bis zum Jahresende und gerne auch darüber hinaus zukommen lassen.

Der zweite und noch viel entscheidendere Punkt ist die Risikoeinschätzung bei der Übernahme der Altlasten. Sie haben erst heute dargestellt, dass es egal sei, ob die Verluste der Altlasten in der Bank selber anfallen oder in der Abwicklungsanstalt. An dieser Stelle trifft das nicht zu, Frau Ministerin Heinold. Es ist ein Unterschied, ob die Verluste in der Bank anfallen, dann nämlich durch die Garantie abgedeckt sind, oder ob sie in der Abwicklungsanstalt anfallen und damit außerhalb des Garantieschirms. Es ist ein Unterschied, Herr Kollege Schmidt, ob wir 2, 3 oder 4 Milliarden € kaufen; denn die Verluste aus der Abwicklungsanstalt tragen wir zusätzlich. Es können ja trotzdem bis zu 10 Milliarden € Garantie in Anspruch genommen. Wenn dann Verluste in der Abwicklungsanstalt anfallen, weil sich die Schiffskredite in den nächsten Jahren schlechter entwickeln als gedacht, dann entstehen zusätzliche Verluste, und die müssen wir zusätzlich tragen, und diese liegen dann je nach Kaufpreis bei 11, 12, 13 oder 14 Milliarden € Belastung. Deshalb müssen wir genau diese Frage der Bewertung der Altlasten und des Preises, den wir dafür zahlen, vorher klä-

# (Beifall CDU und FDP)

Deswegen, Herr Kollege Andresen, geht es gar nicht so sehr um Parlamentsfristen und Beratungszeiten, sondern es geht darum, dass man Entscheidungen erst dann treffen kann, wenn man alle relevanten Fakten vorliegen hat. Diese entscheidenden Fakten, welche Portfolien wir übernehmen, welchen Wert diese haben und welchen Preis wir dafür zahlen, kennen wir nicht. Das können nicht wir als CDU-Fraktion entscheiden, das kann eigentlich kein Abgeordneter in diesem Hause zum jetzigen Zeitpunkt entscheiden, solange diese Zahlen nicht vorliegen.

(Beifall CDU)

# (Tobias Koch)

Heute ist hoffentlich zur Kenntnis genommen worden - das ist auch in der Rede von Daniel Günther sehr deutlich geworden -, dass wir, soweit es geht, auf die Regierung zukommen. Wir haben schon in der letzten Woche erklärt: Wir sind bereit, die Abwicklungsanstalt in diesem Jahr zu gründen, um bei dem Aspekt des Auslaufens des Finanzmarktkonsolidierungsgesetzes, wie man das auch immer richtig einschätzen mag, Herr Kollege Kubicki, auf der sicheren Seite zu sein. Auf jeden Fall können wir noch in diesem Jahr die Abwicklungsanstalt gründen.

Der Herr Kollege Winter hat ausgeführt, dass wir auch die Entscheidung, die ja Teil der EU-Vorgabe ist, die HSH Nordbank in eine Holding und in eine Tochter aufzuspalten, noch in diesem Jahr treffen können, weil sich an unserer Rechtsposition nichts ändert. Wir hätten dann den gleichen Anteil an der **Holding**, und die **Tochter** gehört zu 100 % dazu.

Wir können auch über die **Reduzierung der Garantieprovision** auf 2,2 % entscheiden, die die EU-Kommission für die operative Tochter vorsieht. Das geht mit Verlusten bei Garantieprämien für uns einher; aber daran führt so oder so kein Weg vorbei.

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter, als mein Fraktionsvorsitzender das vorhin getan hat. Wir können in diesem Jahr auch darüber entscheiden, der HSH finanzfonds AöR eine **Kreditermächtigung** für die Aufnahme von bis zu 10 Milliarden € Krediten zu geben. Es ist richtig, Frau Ministerin, dass natürlich diese Inanspruchnahme der Garantie zwangsläufig und folgerichtig auf uns zukommt. Denn wenn man eine Bürgschaft ausspricht, kann sie auch in Anspruch genommen werden. Auch an dieser Stelle gibt es nichts mehr zu entscheiden. Auch diese Kreditermächtigung können wir noch in diesem Jahr aussprechen.

Wir können in diesem Jahr aber nicht mehr darüber entscheiden, die **Altlasten** zu übernehmen, solange wir nicht wissen, welchen Wert sie haben und welchen Preis wir dafür bezahlen. Weil eben noch kein Bewertungsergebnis vorliegt, schlägt die Regierung ja vor, eine Blankovollmacht von 6,2 Milliarden € auszustellen. Deswegen die maximale Obergrenze. Über genau diesen Punkt, die Übernahme der Altlasten und die dafür erforderliche Kreditermächtigung, können wir erst im nächsten Jahr entscheiden. Ich glaube, es ist deutlich ausgeführt worden: Dies kann nicht an dem Zeitrahmen der Gutachten mangeln.

Nun komme ich zu meinem letzten Gedanken und danach auch zum Schluss. Wir haben im Jahre 2009

als CDU-Fraktion Verantwortung übernommen, als es darum ging, 65 Milliarden € Gewährträgerhaftung zu vermeiden. In den letzten Jahren sind wir auch als verantwortungsvolle Opposition nie der Versuchung erlegen, zulasten der Bank politisches Kapital daraus zu schlagen, weil uns immer bewusst war: Jede politische Aktion zulasten der Bank schadet auch dem Land. Dankenswerterweise hat sich die Landesregierung bei uns mehrfach für diesen fairen Umgang mit der HSH Nordbank bedankt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das wollen wir auch gerne in Zukunft so handhaben. Das setzt aber voraus, dass wir jetzt über die gravierendste **Entscheidung**, die dieser Landtag wahrscheinlich für alle Zeiten treffen wird, auf **solider Faktenbasis** entscheiden. Keinem Abgeordneten sollte eine Entscheidung abverlangt werden, die zu diesem Zeitpunkt niemand von uns guten Gewissens treffen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder schön, dass wir jetzt den Infokanal Parlament haben; denn mich hat gerade eine Mitteilung eines Bürgers von Schleswig-Holstein erreicht, der die bisherige Debatte verfolgt hat und sich darüber wundert, wie wir über den Ankauf der Papiere der HSH Nordbank diskutieren. Mir wurde eine Information Ihres Hauses - Sie können das gleich sehen - zur HSH Nordbank vom 26. Oktober an mich weitergeleitet, in der es wie folgt heißt:

"Nach der am 19. Oktober 2015 zwischen den Ländern und der EU-Kommission geschlossenen Vereinbarung darf die Bank notleidende Kredite im Umfang von rund 8 Milliarden € verkaufen. Damit geht ein wesentlicher Teil der Altlasten insbesondere im Bereich der Schiffsfinanzierungen an Dritte über und belastet die Bank nicht mehr."

# Jetzt kommt es:

"Wenn ein Verkauf direkt an dem Markt nicht möglich ist, werden die Länder Portfo-

lienvolumen von 6,2 Milliarden € zum Marktwert übernehmen."

Das ist ja zunächst der Ansatz, nicht 8 Milliarden € am Markt zu platzieren. Wenn das nicht möglich ist, dürfen die Länder die restlichen 2 Milliarden € übernehmen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das heißt nicht: Der Prozess wird der Bank dahin gehend abgenommen, dass wir von vornherein 6,2 Milliarden € übernehmen und nur die anderen 2 Milliarden € nachplatziert werden sollen. Ihr Staatssekretär Dr. Nimmermann hat erklärt - ich habe gerade versucht, das anhand der offiziellen Erklärungen Ihres Hauses an die EU-Kommission zu verifizieren, was mir vielleicht gelungen ist; aber Sie werden dem sicher noch einmal nachgehen -, es gebe immer einen **Marktwert**. Wenn ich am Markt zu den Preisen, die der Markt hergibt, verkaufe, dann ist die Konsequenz daraus, dass ich unter Umständen im Jahr 2016 Verluste sofort realisiere, die dann bei der Bank ausgeglichen werden müssen und damit eine unmittelbare Belastung darstellen.

Die Intention der EU-Kommission ist offensichtlich nicht die, dass das Land übernehmen darf, sondern lediglich die, das Land darf nur dann übernehmen, wenn der Markt nicht in der Lage ist, die 8 Milliarden € aufzunehmen. Das ist aber etwas anderes, und das ändert die Diskussionslage.

Nun zu einem anderen Punkt, Frau Ministerin. Sie haben ja gesagt, wenn ich noch Fragen hätte, könnte ich die hier stellen.

Wir in meiner Fraktion, die wir juristischen Sachverstand haben, sind im Zweifel darüber, ob es auf den Zeitpunkt der Gründung der juristischen Person ankommt, um die Frage **Eigenkapitalunternehmen** und **Banklizenz** zu beantworten. Wahrscheinlich kommt es darauf an, zu welchem Zeitpunkt die Geschäfte vollzogen werden. Das leuchtet im Zweifel durchaus ein, weil die Frage der Durchführung eines Geschäftes nur dann relevant ist, wenn man dieses Geschäft auch tatsächlich durchführt. Nur dann ist auch die Frage relevant, ob ich eine Lizenz dafür brauche, ja oder nein.

Wenn das der Fall ist, dann spricht überhaupt nichts dagegen, das im Zweifel auch noch in das nächste Jahr hinein zu verlagern, jedenfalls was die konkreten Transaktionsüberlegungen angeht; denn sonst würden wir rechtlich ohnehin nichts anderes bewirken.

Meine Bitte ist also diese: Sie haben alle Informationen und haben ja auch Ihre juristischen Berater befragt.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Herr Kollege Harms, auch Sie hatten große Probleme, zu begründen, warum sich etwas von dem realisieren soll, was Sie als mögliches Risiko beschrieben haben. Wir brauchen in den nächsten Wochen und Monaten eine intensive Beratung.

Noch einmal: Es geht hier nicht um Peanuts, sondern wir reden hier über einen zweistelligen Milliardenbetrag, der dem Steuerzahler von Schleswig-Holstein schlicht und ergreifend auf andere Art und Weise verloren gehen wird. Das ist tatsächlich eine sehr schwere Entscheidung, die einer gründlichen Beratung bedarf und nicht mit der Erklärung abgetan werden kann: Wir vertrauen der Bank, wir vertrauen den juristischen Beratern, wir vertrauen der Regierung. Auch ich würde das gerne tun. Aber parlamentarische Kontrolle sieht anders aus. Das waren die Fehler der Vergangenheit.

(Beifall FDP und CDU)

# Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich erneut Frau Ministerin Monika Heinold das Wort.

#### Monika Heinold. Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Erste, was ich deutlich machen möchte, ist, dass wir keine falschen Erwartungen wecken wollen. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Schmidt, sehr deutlich: Es gibt kein Versprechen der Landesregierung, dass wir die **Bank verkaufen** können.

Insofern ist es falsch, dass Sie so tun, als würden wir dies geben, um anschließend zu sagen: Jetzt haben Sie Ihr Versprechen nicht erfüllt. - Wir haben vielmehr gesagt, dass ein Verkauf der Bank anzustreben wäre. Das ist unser Ziel, weil das aus heutiger Sicht die vermögensschonendste Variante ist. - Aber bitte drehen Sie das Wort nicht so herum, dass es später anders genutzt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Zweite ist: Herr Kubicki, ich wundere mich ein bisschen über den Neuigkeitswert Ihrer Ausführungen, denn das war für mich immer klar. Ich will gern die alten Pressemitteilungen noch einmal daraufhin überprüfen, was dort steht. Klar war immer, dass der einzureichende Umstrukturierungsplan ei-

ne Veräußerung von bis zu 8,2 Milliarden € vorsieht und dass die Größe des Portfolios, das an die Länder verkauft werden kann, auf 6,2 Milliarden € begrenzt wird. Diese Begrenzung war für die Europäische Kommission im Rahmen des Wettbewerbsrechts notwendig. Normalerweise kann die Bank am Markt verkaufen, was sie will. Das brauchten wir nicht zu beschließen. Da es aber vor Endfälligkeit gegen die Garantie abgerechnet wird, ist das der Punkt, warum wir überhaupt über die 8 Milliarden € reden.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich lasse keine Fragen zu - nicht, weil ich Sie nicht mag, sondern weil ich glaube, dass es gut ist, dass wir ein paar Dinge dann doch vertraulich miteinander beraten.

Aber das ist sozusagen die völlig offizielle Sprachregelung.

Dann gab es die Unterstellung, ich würde **Zahlen** nicht nennen oder irgendetwas verschweigen. Es gibt die eine Zahl von 10 Milliarden €, die die hsh finanzfonds - alt - jetzt an Kredit aufnehmen darf. Das habe ich vorhin schon geschildert. Das ist das, was 2009 nicht mitgegeben wurde. Man hat der hsh finanzfonds die Garantie gegeben, nicht aber den Kreditrahmen. Das machen wir heute. Das ist nicht geheim. Das steht im Änderungsstaatsvertrag.

Das Zweite, was wir machen - auch dies ist öffentlicher Teil des Staatsvertrags -, ist ein Kreditrahmen in Höhe von 6,2 Milliarden € für die neue Anstalt. Auch hierbei ist nichts geheim, und ein Kreditrahmen ist ein Kreditrahmen.

Jetzt wollen Sie gern von uns wissen, wie viele **Verluste** anschließend entstehen. Da sage ich Ihnen, dass ich Ihnen die Zahlen nicht nennen kann, weil es diese Zahlen nicht gibt. Denn das ist ein Blick in die Zukunft. Sie können mich kritisieren, dass ich nicht in die Zukunft schauen kann. Dafür kann ich nichts. Das ist halt so.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Manche können es schon!)

- Ich versuche es. Mal gelingt es, und mal gelingt es nicht.

Jetzt ist die Frage: Welches **Risiko** trägt denn die **Bank**? Oder: Können wir, wenn wir wissen, wie der **Marktwert** der **Portfolien** ist, sagen, diese Aussage sei für uns irgendwie wichtig? Da habe ich Ihnen vorhin schon in meiner Rede gesagt: Das Entscheidende ist weniger der Marktwert, sondern das Entscheidende ist, wie sich die übernommenen

und angekauften Portfolien später entwickeln und ob man sie verwerten kann oder nicht.

Wenn man für 2 Milliarden € etwas kauft, das in fünf Jahren 1 Milliarde € wert ist, ist es schlechter, als wenn es in fünf Jahren 1,5 Milliarden € wert ist. Das werden wir aber auch im ersten Quartal 2016 nicht wissen. Das können wir gar nicht wissen. Wir können gar nicht wissen, wie sich ein Portfolio entwickelt, von dem Externe plus EU-Kommission, die noch einmal darüber schaut, gesagt haben: Das ist der und der Wert. - Denn vermutlich wird der Wert bei der späteren Verwertung ein anderer sein, weil sich die Werte von Portfolien verändern. Deshalb hilft uns auch der Marktwert nicht so fürchterlich viel.

Ich glaube vor allem auch nicht, dass wir - vielleicht können Sie das als Parlamentarier, aber vermutlich wir als Landesregierung nicht -, wenn uns Externe, die wir beauftragen, sagen: "Das ist der Marktwert", dann aber die EU-Kommission kommt und sagt: "Das ist so oder so, 2 % mehr oder weniger", etwas festlegt und das definiert - das ist Teil der Verständigung -, schlecht werden sagen können: Wir glauben aber nicht, dass das den Wert ergibt. - Wir können das sagen, aber das hilft uns auch nicht weiter.

Wenn Sie sagen, wir sollten jetzt die Verluste benennen, damit wir wissen, worüber wir reden, kann ich Ihnen das nicht sagen - weder heute noch im Dezember 2015 noch im Februar 2016. Das Einzige, was wir nennen können, ist der Kreditrahmen. Ja, da sind wir ein bisschen weiter als 2009, weil wir Ihnen diesmal mit dem Beschluss, um den wir Sie bitten, gleich sagen, welche Kredite das möglicherweise nach sich zieht.

Herr Wiegard, ich wundere mich ein bisschen über Ihr fröhliches Klatschen bei der Rede des Abgeordneten Tobias Koch. Ich war bisher sehr fair mit der Entscheidung 2009 und möchte das auch gern weiter bleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich freue mich, dass die FDP gesagt hat, dass sie den Beratungszeitraum unabhängig davon nutzen will, ob die erste Lesung bereits war oder nicht. Das, finde ich, ist ein gutes Signal.

Ich nehme heute zur Kenntnis, dass die CDU sagt: Wenn die zweite Lesung im Dezember 2015 ist, machen wir nicht mit. - Dann ist das so. Das wäre sehr schade.

Ich freue mich, dass es trotzdem - ich glaube, das ist zentral wichtig für den Markt, für die Sparkassen, für die Ratingagenturen - hier und heute ein Signal gibt, dass es eine Mehrheit dafür geben kann, im Dezember 2015 dieser Verständigung zuzustimmen. Das ist zentral, notwendig und wichtig.

Ich wundere mich ein bisschen über die PIRATEN, weil sie in ihrer Pressemitteilung gefordert hatten, entweder solle verkauft oder abgewickelt werden. Ich weiß nicht, was wir von Ihrer Forderung nicht erfüllen. Wir streben den Verkauf an, und sonst wird abgewickelt. Insofern hoffe ich auch hier immer noch darauf, dass wir später beieinander sind. - Insgesamt bedanke ich mich für die faire Debatte.

Noch einmal zur **Gewährträgerhaftung**, weil auch in diesem Zusammenhang gefragt wurde, warum wir dazu keine Zahlen wüssten. Ich meine - ich will mich nicht vertun -, dass in der Finanzplanung, sonst aber mit Sicherheit in einem anderen öffentlichen Dokument steht, wie die Gewährträgerhaftung sinkt. Sie wissen genau, dass wir Anfang des Jahres 2016 nur noch die 2,5 Milliarden €, glaube ich, haben. Ich will gern noch einmal nachsehen, in welchen Dokumenten das steht.

Taggenau werden wir es vermutlich nicht sagen können, vor allem nicht öffentlich. Das hat viele gute Gründe. Aber monatsweise wissen Sie das. Und Sie wussten auch - das ist auch nicht verwunderlich, wenn wir 18 Milliarden € Anfang des Jahres hatten, während wir im nächsten Jahr nur noch 2,5 Milliarden € haben werden -, dass in der Zwischenzeit die Gewährträgerhaftung absinkt.

Warum rechnen wir trotzdem in den Vergleichen mit etwa 12 Milliarden €? Das war hier ja die Frage. Wenn wir vergleichen - hätten wir abgewickelt, oder machen wir das Rettungspaket -, müssen wir den Tag nehmen, an dem die Entscheidung gefallen ist. Denn an dem Tag wurde entschieden, ob das eine oder andere günstiger ist. Würde ich als Ministerin auf anderes spekulieren, nämlich auf Zeit, würde ich mich vermutlich strafbar machen. Deshalb spekuliere ich nicht auf Zeit, sondern bitte Sie nach wie vor, im Dezember 2015 dieser Verständigung zuzustimmen.

Wir werden sie im Detail nicht mehr ändern können. Es geht um ein Ja oder um ein Nein. Ich hoffe auf ein Ja, weil ich glaube, dass das die beste Lösung für unser Land ist. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich habe weitere Wortmeldungen vorliegen und teile Ihnen jetzt mit, dass sich durch die Rede der Ministerin neue Redezeiten ergeben. Die Ministerin hat 8 Minuten gesprochen. Das wären 8 Minuten für die CDU. Mit der Restredezeit, die die SPD ohnehin noch gehabt hätte, stehen ihr 14 Minuten zu. Die Redezeit für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beträgt 12 Minuten. Die FDP hat jetzt erneut 8 Minuten. Die PIRATEN haben 12 Minuten zur Verfügung, und der SSW hat ebenfalls 12 Minuten Redezeit.

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt der Abgeordnete Torge Schmidt.

# **Torge Schmidt** [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Frau Ministerin, da Sie mich eben direkt angesprochen haben, sage ich: Ich glaube, wir sind gar nicht soweit beieinander; das habe ich in meiner Rede auch deutlich gemacht.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auseinander! - Heiterkeit)

Wir begrüßen natürlich ausdrücklich, dass wir jetzt an dem Punkt sind, entweder den Verkauf der Bank oder die Abwicklung der Bank zu bekommen.

Allerdings geht es in Ihrem **Eckpunktepapier** um mehr Sachen. Es geht um die Umstrukturierung der Bank, die Holdinggesellschaft und so weiter und so fort. Da hat man Punkte, über die man kritisch nachdenken muss. Man muss sich fragen, wie das aussieht.

Ich möchte kurz etwas zum **Portfolioverkauf** sagen. Vielleicht haben Sie mich eben ein bisschen falsch verstanden, Herr Koch, weswegen ich deutlicher machen möchte, warum ich glaube, dass die Entscheidung mit dem Portfolioverkauf eigentlich jetzt schon mit der Entwicklung der AöR getroffen wird. Denn im Prinzip hat die Ministerin eben schon ausgeführt, dass es nicht so ist, dass wir einen Fächer von Angeboten hätten und uns den Preis aussuchen könnten, zu dem wir das Portfolio kaufen, sondern dass dieses Portfolio beziehungsweise der Preis des Portfolios von externen Dritten und der EU-Kommission festgelegt wird. Dann heißt es: Ja oder Nein.

Im Prinzip ist eigentlich mit der Entscheidung zur AöR schon entschieden, dass es einen Portfoliokauf geben wird. Ich glaube, es wird schwierig zu argumentieren - auch mit der Glaskugel -, wie sich so ein Portfolio weiterentwickelt und wie das aussieht.

# (Torge Schmidt)

Das Entscheidende ist, was die Ministerin darstellen wird, weswegen ich mich auf die nächsten Beratungen im Ausschuss freue, und was wir erörtern müssen: Welche Sicherheiten liegen hinter den Krediten? Also: Was ist der Grundsatz, den wir wiederbekommen? Ein Schiff hat ja auch einen Schrottpreis. Wenn man das Schiff zum Schrotthandel bringt, bekommt man dafür Geld. Der Wert wird nicht bei null liegen. Das maximale Risiko entspricht dem Preis, den wir zahlen: 6,2 Milliarden €. So hoch wird es aber auch nicht sein. Man kann durchaus einen Korridor festlegen, bei dem man sagen kann: Wenn sich der Preis in dem Bereich bewegt, wird sich das Modell der Regierung rentieren.

Ich glaube tatsächlich: Die Entscheidung darüber, ob wir das Portfolio kaufen oder nicht, wird schon bei der Gründung der AöR getroffen. Denn ich glaube nicht, dass wir der EU-Kommission, nachdem wir eine AöR gegründet haben, sagen werden: Wir kaufen das Portfolio doch nicht.

#### (Zuruf SPD)

- Das könnte ich theoretisch machen; aber es wird sich in den weiteren Beratungen zeigen, weil, wie ich vorhin schon sagte, noch mehr Fragen zu klären sind als nur die Frage des Portfoliokaufs. Da geht es um Rechtsrisiken und so weiter und so fort. Das sind Sachen, die wir im Ausschuss im Detail erörtern müssen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Das Wort hat der Abgeordnete Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

#### **Tobias Koch** [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Heinold! Ich bin ein bisschen erstaunt über den Verlauf der Debatte. Ich komme gleich darauf zurück.

Ich will zum Stichwort **Verkauf** ausführen: Niemand unterstellt Ihnen, dass Sie einen erfolgreichen Verkauf des Portfolios versprechen. Das würde Ihnen niemand von uns unterstellen. Das tun Sie nicht, können Sie auch gar nicht. Das Einzige, was die Landesregierung tut, ist, mit dieser Chance, dieser Option zu argumentieren und zu sagen: Wenn wir fortführen, dann hätten wir die Chance auf einen Verkauf. - Sie stellen also den bestmöglichen Fall dar.

Meine Damen und Herren, ich will nur daran erinnern: Wir haben schon einen Präzedenzfall. Die WestLB kann durchaus für einen Vergleich herangezogen werden. Auch bei der Abwicklung der WestLB hat sich damals trotz eines Dutzends von Interessenten am Ende nicht ein einziger Bewerber, Investor, Interessent gefunden, der bereit gewesen wäre, auch nur einen einzigen Euro für die WestLB zu zahlen.

Im Fall der HSH Nordbank müssen wir uns fragen, ob es tatsächlich gelingt, einen **Käufer** zu **finden**, der am Ende einen positiven Kaufpreis zahlt - so ist es von der EU-Kommission vorgegeben -, der dabei aber auch alle verbliebenen Altlasten der Bank übernimmt und dann auch noch bereit ist, für die unverbrauchte Garantie in der Zukunft eine Garantieprovision zu bezahlen. Insofern sage ich nur: Wir dürfen uns bei unserer Entscheidungsfindung nicht allzu sehr von dieser mehr als vagen Hoffnung beeinflussen lassen. Unsere Entscheidungsfindung muss auf belastbare Fakten gestützt sein und nicht auf den Hoffnungsschimmer, der hier aufgezeigt wird.

# (Beifall Hans Hinrich Neve [CDU])

Der zweite Punkt, Frau Ministerin, ist nach wie vor die Frage, welche Verluste daraus resultieren werden, wenn die Abwicklungsanstalt die Altlasten, die Risiken, übernimmt. Da verlangt keiner von Ihnen, vorherzusagen, welche Verluste da in der Zukunft anfallen. Sie haben keine Glaskugel, wir haben keine Glaskugel. Nur ist die Schlussfolgerung falsch, dass die Ermittlung des Marktwerts nicht weiterhilft. Es macht doch einen Unterschied, wenn die Gutachter auf dem Papier ermitteln, dass sich hinter den Krediten in Höhe von 6,2 Milliarden € ein Marktwert von 5 Milliarden € verbirgt. Wenn das so wäre, müsste die Abwicklungsanstalt ein potenzielles Risiko von 5 Milliarden € übernehmen. Wir wüssten dann beide nicht, welche Risiken eintreten. aber es könnten 5 Milliarden € sein.

Wenn die Gutachter aber sagen, dass der Marktwert nur bei 1 Milliarde € oder 2 Milliarden € liegt, dann wissen wir, dass das potenzielle Risiko auf 1 Milliarde € oder 2 Milliarden € begrenzt ist. Die entsprechende Abwägung können wir erst im nächsten Jahr treffen. Wir wissen dann zwar beide nicht, welche Verluste eintreten; aber sobald der Marktwert ermittelt wurde, kennen wir die **Obergrenze** der **Verluste**.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Nein, die kennen wir schon jetzt!)

# (Tobias Koch)

- Nein, die Obergrenze kennen wir jetzt nicht, weil wir nicht wissen, welcher Marktwert sich hinter den Krediten verbirgt, die wir übernehmen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Doch, natürlich!)

Die Garantie kommt trotzdem noch dazu, auch dann, wenn wir Papiere mit einem Martkwert von 1 Milliarde € übernehmen und deswegen sofort 5 Milliarden € auf die Garantie anrechnen müssen. Auch dann liegt die **Obergrenze der Garantien** bei 10 Milliarden €. Mehr kann es an der Stelle nicht werden.

Man merkt, da besteht nach wie vor Diskussionsbedarf, Bedarf am Austausch unterschiedlicher Meinungen. Insofern fand ich, dass wir heute in der Debatte auf einem sehr guten Weg waren. Ich finde, die Debatte ist heute zunächst sehr verantwortungsvoll, fast schon staatstragend geführt worden.

Kollege Dr. Stegner wurde vor wenigen Tagen in einer dpa-Meldung damit zitiert, dass bis Dezember 2015 alle relevanten Informationen vorliegen werden. Da warten wir einmal ab, ob das tatsächlich der Fall sein wird. Dann hätte auch ich kein Problem damit, im Dezember 2015 zu entscheiden. Aber das bleibt dahingestellt.

Der Kollege Andresen hat vorhin in seinem Redebeitrag das deutliche Signal gegeben, dass auch auf Ihrer Seite weiterer Gesprächsbedarf besteht, dass man über das Verfahren und die Abstimmungszeitpunkte miteinander sprechen kann. Da waren wir auf einem guten Weg.

Ich komme auf das zurück, was ich im ersten Satz gesagt habe: Ich bin ein wenig erstaunt und enttäuscht über den weiteren Verlauf der Debatte. Denn die Ministerin hat in ihrem zweiten Redebeitrag gesagt: Ist nicht! Friss, Vogel, oder stirb! Im Dezember 2015 wird abgestimmt, und wenn dann die Union nicht mitmachen will, weil nicht alle Fakten vorliegen, dann wird trotzdem abgestimmt, im Zweifelsfall ohne die Union. - Ich finde, es ist nach der heutigen Diskussion schade, dass wir am Ende doch wieder bei dieser Ganz-oder-gar-nicht-Position angekommen sind und es keine Bewegung gibt. Wir kommen wirklich schrittweise immer weiter auf Sie zu.

Ich habe vorhin gesagt, was wir alles in diesem Jahr bestimmen können, welche Punkte verhandelbar sind und worüber abschließend entschieden werden kann. Deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir heute wirklich konstruktiv miteinander diskutieren und Sie nicht mit der Ultima Ratio kommen, nach dem Motto: Es wird sowieso abgestimmt, im Zweifelsfall ohne die CDU. - Das ist bedauerlich.

(Beifall CDU)

#### Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Schöne an solchen Debatten ist, dass immer wieder Einsichten vermittelt werden können. Es gibt immer einen Senderhorizont und einen Empfängerhorizont. Das Entscheidende ist, dass im Empfängerhorizont etwas völlig anderes angekommen ist, als vom Senderhorizont vermittelt wurde.

Wenn es richtig ist - das werden wir jetzt verifizieren können -, dass die EU-Kommission der Bank erlaubt, ein Portfolio mit einem Volumen von bis zu 8,2 Milliarden € am Markt zu veräußern und für den Fall, dass das nicht gelingt, den Ländern erlaubt, davon bis zu 6,2 Milliarden € zu übernehmen, dann ist das etwas völlig anderes als zu insinuieren, dass die Länder 6,2 Milliarden € übernehmen und der Markt 2 Milliarden € übernimmt. Denn Ersteres setzt zunächst einmal den Versuch der Bank voraus, das Portfolio mit einer Größenordnung von 8 Milliarden € abzusetzen. Möglicherweise schafft sie das, möglicherweise auch nur in einer Größenordnung von 4 Milliarden € - völlig egal! Aber da kommt es momentan nicht darauf an, so schnell wie möglich zu erklären, dass wir auf jeden Fall ein Portfolio von 6,2 Milliarden € überneh-

# (Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das wäre eine völlig andere Diskussionslage; das muss man einfach sehen. Sich seitens der Bank dem Bemühen zu entziehen, die entsprechenden Portfolios tatsächlich am Markt abzusetzen, wäre keine vermögensschonende Behandlung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - das Gegenteil ist der Fall. Also müssen wir diese Frage zunächst einmal klären. Auch wir haben, wie Sie wissen, Kontakte nach Brüssel. Wir werden das sehr schnell erledigen können.

Wenn die Überlegung gewesen sein sollte, die Schulden der Bank zu privatisieren, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass die EU-Kommission überhaupt ein System genehmigen würde, das nicht dem Konzept entspräche, weil von vornherein zu

erkennen ist, dass das Land 6,2 Milliarden € übernimmt und der Rest in den Sternen steht.

(Beifall FDP)

Wie gesagt: Neben allen anderen rechtlichen Fragen, die wir noch haben, werden wir auch das ansprechen. Wir werden selbstverständlich die nächsten vier Wochen dazu nutzen, auch Sachverständige aus dem Bankenbereich mit der Frage zu konfrontieren, um herauszufinden, ob die Überlegungen Ihrer Sachverständigen tatsächlich die allein seligmachenden sind oder es auch andere Vorschläge gibt. Diese Ergebnisse können besser oder schlechter sein. Um das beurteilen zu können, Kollege Koch, brauchen wir entsprechende Expertise auch von anderen. Diese werden wir uns jetzt im Parlament beschaffen. Herr Rother, man kann es vielleicht so regeln, dass man im Finanzausschuss schon bis Dezember Sachverständige zu dem entsprechenden Modell anhört, die uns dann entsprechende Auskünfte erteilen können.

Die grundlegende Frage ist: Wird versucht, Papiere mit einem Volumen von 8,2 Milliarden € an den Markt zu bringen, sodass die Länder nur dann bis zu 6,2 Milliarden € übernehmen müssen, wenn das nicht gelingt, oder sagt man gleich, dass die Länder 6,2 Milliarden € übernehmen, sodass nur 2 Milliarden € an den Markt gebracht werden? Das ist die grundlegende Frage. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

#### Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

# Umsetzung der Resolution des XIII. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Hamburg

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3535

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und PI-RATEN

Drucksache 18/3586 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Der SSW hat nach Absprache mit den Antragstellern zuerst das Wort.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering das Wort.

# **Jette Waldinger-Thiering** [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Geschehnisse des vergangenen Wochenendes machen wieder einmal deutlich, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist und der Wunsch nach Frieden, Freiheit und Unbeschwertheit höher ist denn je. Zurück bleibt nicht nur die Erkenntnis, dass es eben keine Garantie auf Frieden geben kann - leider. Nichtdestotrotz ist es unsere Aufgabe als Repräsentanten des Landes Schleswig-Holstein, Kooperationen mit dem In- und Ausland zu pflegen. Die Kooperation Schleswig-Holsteins im Ostseeraum kann mittlerweile auf eine lange Tradition verweisen, und das mit Erfolg. Im Parlamentsforum kennt man sich und weiß über die Gemeinsamkeiten genauso wie über die unterschiedlichen Haltungen der jeweiligen Partner bestens Bescheid. Am Ende werden die mitunter ausgiebig diskutierten Inhalte in einer gemeinsamen Resolution festgeschrieben.

Das XIII. Parlamentsforum hat sich intensiv mit einer bestimmten Thematik beschäftigt, nämlich die der Wissenschafts- und Hochschulkooperationen im Ostseeraum. Gemeinsam wurde in einer Resolution aufgezeigt, wo in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf besteht. In Schleswig-Holstein stehen qualitative Kooperationen im Hochschulbereich im Ostseeraum schon lange auf der Tagesordnung und sind für viele Studierende und Lehrende Alltag geworden, wie etwa an der Europauniversität Flensburg oder an der Süddänischen Universität in Sonderburg. Besonders ist zu begrüßen, dass sich die Fachhochschule Flensburg im ähnlichen Sinne angeschlossen und durch die Zusammenarbeit mit dem Mads Clausen Institut am Campus in Sonderburg ein neues Kapitel aufgeschlagen hat. Auch die Partnerschaften der Universitäten in Kiel und Lübeck sparen den Ostseeraum nicht aus.

Daran sollten wir auch in Zukunft festhalten und gegebenenfalls beraten, wie die Ostseekooperation im Hochschulbereich weiterentwickelt werden kann. Ziele und Anhaltspunkte sind in der erwähnten Resolution niedergeschrieben. Für uns als Land zwischen Nord- und Ostsee ist dabei die Meeresforschung im Hochschulbereich von ganz besonderer Bedeutung. Denn nur, wer die Meere erforscht und kennt, kann sie auch schützen. Gleiches gilt logischerweise für die Küste.

# (Jette Waldinger-Thiering)

Generell gilt, dass wir im Ostseeraum immer wieder auf die gleichen Berührungsfelder stoßen, zu denen wir gemeinsame Bezugspunkte haben. Der Klimawandel hört nicht irgendwo hinter Bornholm auf und geht uns nicht nur deswegen alle etwas an. Ähnliches gilt für die Flüchtlingsthematik, die Sicherheitspolitik oder finanzbezogene Themenfelder. Auch diese Themen machen vor den Hochschulen nicht halt. Im Gegenteil: Die Hochschulen können mit ihrer zukunftsweisenden Forschung wichtige Expertise für die jeweiligen Entscheidungsträger vor Ort liefern. Dabei gilt es insbesondere, den Ostseerat dazu anzuhalten, die erarbeiteten Punkte der Resolution weiterzutragen und die besprochenen Dinge anzustoßen und auch dort umzusetzen, wo es möglich ist.

(Unruhe)

# Präsident Klaus Schlie:

Entschuldigung, Frau Abgeordnete! Mein Verständnis dafür, die Debatte zum letzten Punkt weiterzuführen, ist groß, aber vielleicht kann das außerhalb des Plenarsaals geschehen.

# **Jette Waldinger-Thiering** [SSW]:

Ja, man muss ein bisschen lauter reden, damit alle zuhören. Das kann vielleicht ein bisschen irritieren.

Am Ende steht fest: Wenn wir es mit einer vertieften interregionalen Verständigung in der Region Südliche Ostsee ernst meinen, dann führt kein Weg daran vorbei, die Hochschulen und Wissenschaftszentren mit einzubinden. Die Resolution zeigt an dieser Stelle jedenfalls mögliche Wege auf.

An dieser Stelle sei noch einmal ein besonderer Dank an alle Teilnehmer des Parlamentsforums gerichtet. Ein großer Dank gilt natürlich auch den Hamburger Gastgebern. Ich freue mich, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag für die Ausrichtung des Parlamentsforums im kommenden Jahr gewonnen werden konnte. Somit können die Parlamentarier von Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und der Sejmiks Pommern, Westpommern, Ermland-Masuren bis hin zur Gebietsduma Kaliningrad die gewachsene Zusammenarbeit auch 2016 zu einem noch besseren Netzwerk weiter ausbauen.

Es liegt uns jetzt auch ein **Antrag** der **CDU** und der **PIRATEN** vor, ein Änderungsantrag zu unserem Antrag. Ich muss sagen: Den Antrag werden wir ablehnen, weil in diesem Antrag ein gesonderter Bericht gefordert wird. Wir sehen es aber so, dass

der Europabericht und der Ostseebericht ausreichend sind. Ich habe gerade in meiner Rede schon angesprochen, dass der Ostseerat uns Parlamentariern helfen muss, die Dinge, die wir in der Resolution erarbeitet haben, umzusetzen, denn dort gehört es hin. Es ist nicht bei der Landesregierung angesiedelt, ein Konzept für unser Handeln zu erstellen. Wir müssen progressiv sein, damit wir auch unsere Resolution umgesetzt bekommen. Deshalb werden wir den Antrag der CDU und der PIRATEN ablehnen

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Volker Dornquast.

# Volker Dornquast [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Resolution der Parlamentarierkonferenz der südlichen Ostseeregion wurde am 21. April 2015 in Hamburg nach intensiver Beratung auch mit Fachleuten aus den verschiedenen Ländern beschlossen. Sie enthält - so meine ich zahlreiche klare und sehr zielgerichtete Aussagen.

Als Teilnehmer dieser Konferenz war ich über den Antrag der Regierungsfraktionen dann aber etwas enttäuscht. Was soll damit erreicht werden? Wozu dient es, erneut mit allgemeinen Floskeln festzustellen, was die Resolution sowieso schon aussagt? Dass diese die Bedeutung der Ostseekooperation betont und auf bestimmte Ziele besonderen Wert legt, hilft uns nur wenig weiter. Wenn schon ein Antrag nötig erscheint, wären konkrete Schritte für die Umsetzung der Resolution, wären politische Impulse für die angesprochenen Bereiche der wissenschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich und nicht die Allgemeinplätze, wie sie sich dort jetzt finden.

Die Regierung soll dann einmal in weiter Ferne berichten, was dann so geschehen ist. Dies reicht uns nicht. Uns interessiert heute, ein halbes Jahr nach der Verabschiedung der Resolution, was sich bei der Regierung getan hat. Wurden die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen über die beschlossenen Ziele ausreichend informiert? Gab es Gespräche der Regierung mit den Betroffenen? Gerade zu einer Zeit, in der Europa schwächelt und beweist, dass es nicht in der Lage zu sein scheint, große Probleme wie zum Beispiel das Flüchtlingsproblem gemeinsam zu lösen, müssen wir doch alles tun, um

### (Volker Dornquast)

zumindest regional positive Impulse dann auch aktiv zu geben und weiterzutreiben. Wie gesagt, dies setzt aktives Handeln voraus.

(Beifall PIRATEN und Astrid Damerow [CDU])

Dies gilt besonders auch für Schleswig-Holstein, weil wir - wie schon erwähnt - im nächsten Jahr Gastgeber dieser Konferenz sein werden. Wir müssen uns klar machen, wie der von der Ostseekonferenz zum Beispiel auf Seite 2 der Resolution festgestellte **Handlungsbedarf durch unsere Regierung**, aber auch - da stimme ich Ihnen zu - durch unser **Parlament umgesetzt** werden.

Was wird im Detail geplant, um zum Beispiel die in Punkt 1 d) genannte Stärkung der Kooperation der Hochschulen und der Forschungsreinrichtungen im Ostseeraum zu erreichen? Wie soll der zum Beispiel in Punkt 2 b) aufgeführte dringende Bedarf, der dort erwähnt wird, bei dem strategischen Ausbau bestehender und neu zu begründender Partnerschaften zeitnah erfüllt werden? Kennen wir wirklich alle Partnerschaften, die im Ostseeraum existieren? - Die Resolution wird schon sehr präzise in den Aussagen. Dem wird der Antrag der Regierungsfraktionen mit den allgemeinen Floskeln - so meine ich - in keiner Weise gerecht.

Wie will das Land die Mobilität von Lehrkräften im Ostseeraum stärken, wie dies in Punkt 2 d) aufgeführt ist? Werden die Hochschulen von der Regierung unterstützt, um auch zum Beispiel die europäischen Fördermittel in diesem Bereich ausreichend zu nutzen? Was wird von der Regierung getan, um Internetplattformen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch der Studierenden im Ostseeraum zu schaffen? Es steht ja noch nicht einmal genügend Geld bereit, um eine notwendige Vernetzung innerhalb Deutschlands zu sichern.

Welche in Punkt 3 d) genannten verstärkten Investitionen in Lehre und Forschung sind vorgesehen, um speziell dafür Sorge zu tragen, dass der forschungsund innovationsstarke Wissenschaftsstandort Ostseeraum weiter ausgebaut wird? Um noch ein weiteres, sehr aktuelles Thema anzusprechen: Was geschieht, um den Erfahrungsaustausch mit dem gemeinsamen Ziel der Bekämpfung von multiresistenten Keimen und die Umsetzung der Forschung auf diesem Gebiet zu intensivieren?

Ich könnte diese Aufzählung weiter fortsetzen. Wir hatten bei der Erarbeitung der Resolution - das bestätige ich ausdrücklich - in unserer Delegation ein sehr breites, fraktionsübergreifendes Einvernehmen. Das war sehr angenehm und positiv. Schleswig-Holstein hat diese Resolution dann auch mit beschlossen. Wir sollten uns jetzt bei der erforderlichen Umsetzung zusammensetzen und im gleichen Einvernehmen die Einzelfragen abarbeiten. Damit dienen wir, so glaube ich, der Sache, die die Resolution bezwecken will, am besten, nämlich der Stärkung des Ostseeraumes als Europäischer Region. -Danke schön.

(Beifall CDU, PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

#### Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

### Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Welt aus den Fugen gerät, wenn Terror und Krieg - wie in diesen Tagen - Nationen zu entzweien drohen, Nationen gar, die sich eigentlich wie in der Europäischen Union gemeinsamen Werten verpflichtet fühlen, wenn nationale Egoismen wieder den Tellerrand bestimmen, dann - da gebe ich meiner Vorrednerin, Frau Waldinger-Thiering, recht - ist es höchste Zeit für Parlamentariertreffen wie das Parlamentsforum Südliche Ostsee.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

Es ist gute Tradition, dass sich nun schon zum 13. Mal Parlamentsdelegationen aus Ermland-Masuren, Hamburg, Kaliningrad, Mecklenburg-Vorpommern, Pommern, Schleswig-Holstein und Westpommern treffen, um gemeinsam Themen zu beraten, die wir besser gemeinsam lösen als jeder für sich.

Bildung und Wissenschaft, die Kooperation von Hochschulen im Ostseeraum, der Austausch von Studierenden und damit deren Horizonterweiterung, die Anerkennung von Studienabschlüssen, die Vernetzung von Forschung und Wissenschaft in der Region der südlichen Ostsee, das alles stand in diesem Jahr im Fokus. Wir wollen unsere Wissenschaftskooperation in so wichtigen Zukunftsbereichen wie den Herausforderungen des demografischen Wandels und des Klimawandels, der Biotechnologie und Materialforschung, dem Schutz des Meeres und der maritimen Wirtschaft, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und in diesem Zusammenhang der Entwicklung von Speichertechnologien verbessern.

### (Regina Poersch)

Der Ostseeraum soll weiter zu einer wettbewerbsstarken Wissensregion ausgebaut werden. Wichtig dafür sind auch Netzwerke zum Wissens- und Technologietransfer mit der Wirtschaft. So wollen wir weiter daran arbeiten, eine innovative, zukunftsfähige Ostseeregion zu schaffen, die gute und nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten für alle bereithält und auch die soziale Inklusion fördert.

All das beginnt bereits in der Schule. Deshalb freuen wir uns, dass unsere Landesregierung die Kooperationen zwischen Schulen im Ostseeraum fördert und sich für Europaschulen in Schleswig-Holstein starkmacht. Wir sind einfach besser, wenn wir über den Tellerrand schauen und nicht Nabelschau halten oder uns gar für den Nabel der Welt halten.

# (Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Resolution liegt Ihnen im Wortlaut vor. Mein Vorredner hat daraus zitiert. Ich darf Ihnen allen die Resolution zur Lektüre anempfehlen. Lieber Kollege Dornquast, einen Antrag einzubringen und einen Beschluss herbeizuführen, diese Resolution für unser Land umzusetzen, ist gute Übung in diesem Hause. Es steht jeder Fraktion frei, eigene parlamentarische Initiativen zu ergreifen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Resolution in Schleswig-Holstein Wirklichkeit wird.

# (Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie meine Vorrednerin, Frau Waldinger-Thiering, bin auch ich der Meinung, dass wir keinen Extrabericht darüber brauchen, was die Landesregierung tut. Wir bekommen regelmäßig den **Europabericht**, und der ist genau der richtige Rahmen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das ist aber kein Handlungskonzept!)

Ich möchte der Hamburgischen Bürgerschaft für die Gastfreundschaft in diesem Jahr danken. Mir persönlich ist vom diesjährigen Parlamentsforum Südliche Ostsee der gemeinsame Besuch der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in nachhaltiger Erinnerung geblieben. Als eine, die in den 1960er-Jahren geboren wurde, empfinde ich es als Geschenk und ich bin wirklich dankbar, dass ich im Jahr 2015, 70 Jahre nach dem Ende des von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkriegs, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Polen und Russland, denen Deutschland so viel Leid angetan hat, in der KZ-Gedenkstätte sein konnte, gemeinsam einen Kranz und Nelken niederlegen konnte. Das bewegt mich auch Monate danach noch sehr.

# (Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Dornquast [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht mag mancher über den Sinn von Parlamentsforen lächeln. Aber nur die persönliche Begegnung, das Kennenlernen und Einander-Verstehen sind unser Beitrag und die Grundlage dafür, dass wir Frieden bewahren. Ich bin sicher, dass wir dann eines Tages auch wieder zu der so oft beschworenen europäischen Solidarität zurückfinden. Deshalb betont die Resolution zu Recht die Notwendigkeit der Friedens- und Konfliktforschung in der Ostseeregion und deren stärkere Vernetzung. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch sagen, dass Parlamentariertreffen dazu beitragen, trotz der zurzeit schwierigen Beziehungen im Dialog mit Russland zu bleiben. Eine friedliche und gedeihliche Entwicklung der Ostseeregion ist für mich ohne Russland nicht vorstellbar.

Ich freue mich auch darüber, dass Schleswig-Holstein Gastgeber des XIV. Parlamentsforums Südliche Ostsee im kommenden Jahr sein wird. Das Thema wird die Land- und Ernährungswirtschaft sein. Wir werden auf diesem Weg weiter Themen im Ostseeraum gemeinsam beraten.

Ich bitte um Abstimmung in der Sache und Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

### Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

### Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in unruhigen Zeiten in Europa, im Mittelmeerraum, im Nahen Osten. Krisenherde und Konflikte, die alle nicht neu sind, sich aber in den letzten Jahren und Monaten in beängstigender Weise zuzuspitzen scheinen. Wir hatten am Montag und Dienstag im Landtag Gespräche zur Ostseekooperation, unter anderem mit dem Direktor des Ostseerates, Jan Lundin. Wird die Ostsee kalt? Dialog und Verständigung mit Russland waren das beherrschende Thema.

Da ist der verschleppte, ungelöste **Konflikt Russlands mit der Ukraine**. Er belastet die europäische Zusammenarbeit über die Grenzen der EU hinaus schwer, auch im Ostseeraum. Wer Ländergrenzen einseitig verschiebt, spielt mit dem Feuer. Allein

(Bernd Voß)

aus diesem Konflikt heraus gibt es - wir haben eben noch einmal recherchiert - fast eine Million Flüchtlinge in Osteuropa. Eine bessere Verständigung mit Russland ist auch ein wichtiger Schlüssel zur Entschärfung der Lage in Syrien.

Ja, auch in Europa sind wieder Grenzen überschritten worden, blanke Waffengewalt, militärisches Eingreifen. Wir dürfen das nicht einfach hinnehmen, nicht in Europa, nicht in der Ukraine, nicht im Nahen Osten.

Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen sich gemeinsam mit ihren Nachbarstaaten außerhalb der EU mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, dass politische Lösungen für bestehende Konflikte durch Verhandlungen gelöst und nicht durch Unterstützung von Kriegsparteien immer wieder angeheizt werden. Europa tut sich schwer bei der gemeinsamen Lösung der brennenden aktuellen Fragen auch in unserem unmittelbaren Umfeld. Das sind alles andere als Wohlfühlthemen. Kontinuierliche Zusammenarbeit, institutionalisierte Netzwerke und Dialog entlang der gemeinsamen und trennenden Inhalte sind ein entscheidender Baustein für Entwicklung und Friedenssicherung. Das kommt nicht so daher, das ist mühsame, beharrliche, langfristige Arbeit.

Kooperation im Ostseeraum hat in Schleswig-Holstein eine Verankerung über Legislaturperioden und Fraktionsgrenzen hinweg; das gilt sowohl für die Landesregierung als auch für den Landtag. Schleswig-Holstein war auch treibende Kraft bei der Gründung des Ostseerates 1992, bei der Gründung der Ostseeparlamentarierkonferenzen und vieler politischer, wirtschaftlicher und sozialer Netzwerke im Ostseeraum. Ich glaube, es sind rund 30 an der Zahl. Die Kontinuität in der Zusammenarbeit der Länder in Wirtschaft, Kultur, Umwelt, Sicherheitsfragen, Sozialem und Gesundheit auf regionaler Ebene hat gerade in Zeiten, in denen Verständigung auf den großen internationalen Bühnen ins Stocken gerät, eine stabilisierende Bedeutung.

Dieser **Kooperationswille** ist der besondere Reichtum der Ostseeregion. Das hat insbesondere Jan Lundin in den Gesprächen formuliert, die wir in der vergangenen Woche im Europaausschuss mit ihm hatten. Hier gehen Länder und Regionen Europas voran, und das über die Grenzen der Europäischen Union hinaus.

Wir sind als Landtag in zwei Parlamentsforen im Ostseeraum vertreten, in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum Südliche Ostsee. Die diesjährige Tagung ist bereits dargestellt worden. Sie fand in Hamburg statt. **Wissenschaft** war ihr Schwerpunkt und nicht allein Hamburgs Interesse - was am Anfang ein bisschen meine Bedenken waren. Man muss hervorheben, dass Hamburg eine Lead-Funktion im INTERREG-Programm übernimmt und hier in der kommenden Förderperiode - das ist wirklich wichtig - eine russische Beteiligung an diesem gemeinsamen Förderprojekt zustande kommt.

Nach dieser ziemlich langen Vorrede ein paar Worte zum Antrag und zur **Abschlussresolution**. Wir haben einige Kernthemen aufgenommen. Die Resolution besteht aus über 40 Punkten und liegt als Landtagsdrucksache vor. Sie enthält erheblich mehr, sie enthält Botschaften über Friedens- und Konfliktforschung, erneuerbare Energien, grüne Technologien - um ein paar Bausteine zu nennen. Die Förderung der Mobilität von Studierenden, Forschenden und Lehrkräften fördert nicht nur den wissenschaftlichen, sondern auch den kulturellen Austausch und hilft, Vorurteile abzubauen und die regionale Identität zu stärken. Das ist die Idee des Europas der Regionen. Wir müssen sie laufend und immer wieder mit neuem Leben füllen.

Lassen Sie mich das abschließend sagen: Es ist keine Frage, welchen Auftrag wir der Landesregierung zu wie vielen Berichten geben, sondern entscheidend ist, was letztlich das Ergebnis ist. Ich glaube, es verbietet sich allein aus arbeitsökonomischen Gründen, einen neuen Bericht einzufordern. Wir haben einen hervorragenden Europabericht und einen hervorragenden Ostseebericht. Die Landesregierung wird - wie bisher - die Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, intensiv angehen und uns dazu einen umfangreichen Bericht vorlegen. Auch das zeichnete unsere Mitarbeit in den Parlamentsforen in den letzten Jahren aus, dass Schleswig-Holstein evaluiert, welche Aufträge oder welche gemeinsamen Positionen gekommen sind und wir immer wissen, was in Schleswig-Holstein davon umgesetzt wird. Dafür noch einmal vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

## **Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky.

### **Oliver Kumbartzky** [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Brust schlagen zwei Herzen, wenn wir

## (Oliver Kumbartzky)

allgemein betrachtet über die Beschlüsse und Resolutionen zum Parlamentsforum Südliche Ostsee diskutieren. Auf der einen Seite besteht ja doch immer eine gewisse Enttäuschung darüber, wie unkonkret und wenig greifbar die Beschlüsse des Parlamentsforums oder ähnlicher Institutionen häufig sind. Auf der anderen Seite sehe ich natürlich aber auch, welch große Chance das Parlamentsforum für den Austausch in der Region gerade mit Kaliningrad, und damit also mit Russland, bietet.

Die Resolutionen werden einstimmig verabschiedet. Das erklärt natürlich auch, warum kritische Themen ausgeblendet werden. Sie wären nicht konsensfähig. Das ist nun einmal das Schicksal aller auf Konsens beruhenden internationalen Organisationen. Der auf der Konferenz geführte Dialog ist dann häufig wichtiger als der eigentliche Resolutionstext. Da gebe ich meinen Vorrednern recht. Gerade in den Zeiten, in denen Spannungen zu Russland bestehen, aber auch innerrussische Entwicklungen wenig Grund zur Freude bieten, ist der **Dialog** gerade auf diesen Foren besonders wichtig.

(Beifall FDP und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Diese Bemerkung vorangestellt, komme ich jetzt zur Resolution, zu den vorliegenden Anträgen. Tatsächlich setzt die Resolution mit dem Fokus auf die Wissensgesellschaft und die Hochschulkooperation genau den richtigen Schwerpunkt. Damit hebt sich die Resolution sehr positiv von anderen ab und nimmt sich ein Politikfeld zum Gegenstand, welches leider noch nicht den Stellenwert hat, den es aus meiner Sicht haben müsste. Die Wissenschaftsund Forschungspolitik wird teilweise eher stiefmütterlich behandelt, dabei ist sie das größte Kapital, das wir haben. Die Resolution beschreibt genau die richtigen Handlungsfelder.

Nun komme ich konkret zu den Anträgen. Wir können dem Änderungsantrag von CDU und PIRATEN zustimmen, vor allem weil wir einen solchen Bericht für sinnvoll halten würden. Aber ich sehe, es gibt keine Mehrheit für diesen Antrag, wir stimmen auch gern Ihrem Antrag zu - nicht, weil wir immer auf der Gewinnerseite stehen wollen.

(Heiterkeit)

sondern weil auch Ihr Antrag in die richtige Richtung geht.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir hoffen aber natürlich, dass es nicht nur bei bedrucktem Papier bleibt, sondern dass die Landesre-

gierung für die Umsetzung auch die richtigen Schlüsse zieht. Denn auch Schleswig-Holstein hat leider seine Hausaufgaben im Hochschul- und Forschungsbereich nicht gemacht. Die chronische Unterfinanzierung der Hochschule ist aus Sicht der FDP-Fraktion nicht gelöst. Auch im Forschungsbereich rangiert Schleswig-Holstein im Ländervergleich immer ganz hinten. Das ist bedauerlich.

Wenig hilfreich ist es auch, wenn die Wissenschaftsministerin nur verwaltend und nicht gestaltend in der Wissenschafts- und Forschungspolitik aktiv ist. Wir haben gerade vor Kurzem wieder so ein Negativbeispiel erlebt. Da haben wir mit dem mikrobiologischen Schnelltest schon einmal Spitzenforschung mit anwendungsbezogenen Ergebnissen in unserem Land vorliegen, die Menschen wirklich helfen kann und nebenbei möglicherweise auch eine Menge Geld spart. Und was macht die Wissenschaftsministerin? - Sie legt die Hände in den Schoß. Da hätten wir deutlich mehr erwartet. Das reicht nicht, was da passiert ist.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Wir sind deshalb auch sehr gespannt, was nachher die Umsetzungsergebnisse angeht, die uns im nächsten Europabericht präsentiert werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

#### Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

## **Angelika Beer** [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hochschulen sind von Natur aus internationaler Ordnung, sagte Professor Dr. Martin Schilling, der Vizepräsident für Internationales an der Fachhochschule Flensburg, ganz aktuell am 17. November 2015. Anlass war die von der Hochschulrektorenkonferenz initiierte Aktion gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für Meinungsvielfalt. Keine Preisverleihung und keine wissenschaftliche Leistung kann mehr unterstreichen, welche bedeutsame Rolle Hochschulen und damit Wissenschaft für die Entwicklung unserer Länder, unserer Gesellschaft und unsere Haltung einnehmen. Sie sind die geistig kulturellen Zentren unserer Länder, sie sind die Motoren für Innovation und Wirtschaftskraft,

## (Angelika Beer)

und sie sind Katalysatoren für Verantwortung und menschliche Politik.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich es ausdrücklich, dass sich das Parlamentsforum in seiner Tagung im April 2015 die hier diskutierte Resolution zur Wissenschafts- und Hochschulkooperation im Ostseeraum verabschiedet hat. Der Landtag fordert die Umsetzung dieser Resolution ein. Das ist gut.

Gleichwohl will ich zu dem Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN auch sagen: Sie haben ihn nicht einmal richtig gelesen. Wir fordern keinen Bericht, wir fordern einen **Handlungsplan**. Das ist ein Unterschied. Wir sehen uns in der Verpflichtung, gerade im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehende Ausrichtung des Forums durch unser Land, dass wir dann sagen können: Das ist der Handlungsplan unserer Landesregierung, um die Ziele des Forums weiter voranzutreiben. Darum geht es.

# (Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Wenn hier kritisiert wird, dass wir diesen Antrag stellen und damit eine übliche Konsensverfahrenssache in diesem Landtag infrage stellen: Konsens war bisher auch, dass wir uns nach solchen Konferenzen zusammengesetzt haben und geguckt haben, ob wir gemeinsam einen Antrag einbringen. Das ist diesmal nicht passiert.

### (Beifall PIRATEN)

Dann müssen Sie sich auch nicht wundern, wenn dann Änderungsanträge dazu kommen. Das richtet sich nicht gegen die Sache, sondern wir wollen ein Stück mehr Motor in diesem Bereich der Kooperation sein.

Zurück zu der Resolution. Nichts ist in dieser **Resolution** negativ zu kritisieren, das ist richtig. Oliver Kumbartzky hat das gerade gesagt. Es ist gute Tradition, dass man sich bei diesen Foren einigt. Es ist schwierig genug, gemeinsame Resolutionen gerade angesichts der außenpolitischen Spannungen hinzubekommen, und das ist ein wichtiges Stück parlamentarischer und demokratischer Arbeit.

Die Terroranschläge von Paris haben ganz Europa, haben auch uns nachhaltig erschüttert. Hochschulen des Ostseeraums gestalten den kulturellen und politischen Dialog mit. Sie sind Wegweiser und Korrektiv, und sie leisten einen wesentlichen Bildungsauftrag für die, die Verantwortung in diesem Land, in ganz Europa übernehmen werden, und das in Zeiten von Angst und Gewalt, von größter Herausforderung. Diese Menschen, die dort gerade im Be-

reich von Hochschule und Wissenschaft zusammenkommen, sind jene, die diese Herausforderungen in Zukunft meistern müssen. Dabei wollen wir unterstützen.

Natürlich gehören dazu die Klimafrage, die nachhaltige Sicherung von Wohlstand und Daseinsfürsorge und die Etablierung von Menschlichkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl - heute noch mehr denn je.

#### Jean Paul schrieb einst:

"Man gibt seine Kinder auf eine Schule, auf dass sie still werden, auf die Hochschule, dass sie laut werden."

Ich gebe zu, das ist nun schon einige Jahre her, aber im Grund hat er recht gehabt. Genau das ist die Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie muss hörbar und laut sein, sie muss zusammenwachsen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

### (Beifall PIRATEN)

Natürlich freue ich mich darüber, dass auch Schleswig-Holstein hier schon weit ist. Es ist völlig unumstritten: Der Campus Flensburg hat Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus. Unsere **Hochschulen** sind international wissenschaftlich gut aufgestellt, trotz der Kritik, die hier gerade vorgetragen wurde.

Schleswig-Holstein und Dänemark haben sich längst auf den Weg zu einer integrierten Kompetenzregion im Bereich erneuerbarer Energien auf den Weg gemacht. Da ist schon viel passiert, aber auch dies wollen wir in der gesamten Region gern weiter unterstützen und vertiefen. Wir wollen die Netzwerkstrukturen weiter vorantreiben, was die Beziehungen und Partnerschaften weiter verfestigen wird. Wir wollen die Politik mahnen, unsere Hochschulen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben voll umfänglich wahrnehmen können - und dies in akademischer Freiheit und Verantwortung.

Unser Vertrauen muss an dieser Stelle über jeden Zweifel siegen. Für uns PIRATEN kann ich sagen, dass wir dieses Vertrauen haben. Darum möchten wir unsere Hochschulen noch mehr als in der Vergangenheit in die Freiheit entlassen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Wir diskutieren über die Möglichkeiten gerade in diesen Wochen im Rahmen der Hochschulgesetznovelle, die die Landesregierung als Entwurf vorgelegt hat.

#### **Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

### **Angelika Beer** [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Frieden und Konfliktforschung in diesen Tagen ist ein auch wirtschaftsrelevanter Komplex.

Ich glaube, die bisherigen Parlamentariertreffen haben gezeigt, dass es gut ist, dass wir nicht mit Säbeln rasseln, sondern immer wieder Verständigung suchen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

#### **Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk.

# **Anke Spoorendonk**, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Herr Abgeordnete Bernd Voss sprach es schon an: Am Montag hatten wir hier im Plenarsaal eine Diskussion zur **Bedeutung der Ostseepolitik** vor dem Hintergrund der **Ukraine-Russland-Krise**. Ich habe dort deutlich gemacht, dass wir heute - auch vor dem Hintergrund der Geschehnisse in Paris, vor dem Hintergrund der Terrorangriffe - mehr denn je - eine starke Ostseepolitik, einen starken Ostseerat und starke regionale Foren der Ostseezusammenarbeit brauchen. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee ist eines davon.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee bezieht genauso wie Ostseerat, Ostseeparlamentarierkonferenz oder das Netzwerk der Ostseeregionen, BSSSC - russische Partner auf Augenhöhe ein. Bei dem Parlamentsforum Südliche Ostsee dreht es sich um die Region Kaliningrad. Das ist übrigens der entscheidende Unterschied zur Ostseestrategie der EU, die in Erarbeitung und Fortentwicklung der Strategie die Nicht-EU-Staaten Russland und Norwegen nicht einbezogen hat - ein politischer Fehler nicht nur aus heutiger Sicht.

Für die Landesregierung gilt zum einen: Die vielfältigen Institutionen der Ostseekooperation dürfen durch die EU-Ostseestrategie nicht verdrängt werden, und zum anderen: Die **EU-Ostseestrategie** hat einen besonderen Wert für die strategische und projektbezogene Zusammenarbeit im Ostseeraum. Aus gutem Grund hat mein Ministerium gemeinsam mit

dem polnischen Kulturministerium daher auch die Verantwortung für die Umsetzung des Aktionsplans der Ostseestrategie als Koordinatoren des Politikbereichs Kultur übernommen. Aber Politik und Projektebene müssen noch besser miteinander verzahnt werden, aufeinander abgestimmt werden. Die Zusammenarbeit mit Russland muss gerade auch im Kontext mit der EU-Ostseestrategie verbessert werden.

Die Tatsache, dass vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise im letzten Jahr das Gipfeltreffen und in diesem Jahr das Außenministertreffen des Ostseerates abgesagt wurden, halte ich immer noch für einen Fehler.

## (Beifall SSW und PIRATEN)

Am Montag wurde darüber diskutiert, wie es dazu kam. Es war eine Initiative der direkten Nachbarstaaten Russlands. Ich kann nachvollziehen, dass man das anders gesehen hat. Gleichwohl war und ist es aus meiner Sicht eine vertane Chance.

Die Zusammenarbeit mit Russland in Feldern von gemeinsamem Interesse und die Kooperation auf Projektebene sowie in unseren bilateralen Beziehungen fördern eben das gegenseitige Verständnis. Das ist zu Recht schon angesprochen worden. Der Kontakt von Mensch zu Mensch ist eben von zentraler Bedeutung. Ich sage noch einmal ganz deutlich: Wir müssen verhindern, dass es einen neuen Kalten Krieg im Ostseeraum gibt. Mit diesem Bild will ich in erster Linie eigentlich sagen, dass es keinen Abbruch der existierenden Kommunikationslinien geben darf.

Wir können die Ukraine-Russland-Krise nur über eine erneute Annäherung zwischen dem Westen oder - richtiger gesagt - der EU und Russland auflösen. Die aktuell erzwungene Annäherung vor dem Hintergrund des Krieges in Syrien und des Kampfes gegen den Terror des IS wird mittel- und langfristig nicht ausreichen. Wir müssen im Rahmen der Ostseekooperation weitere Beiträge leisten. Meine Damen und Herren, es würde den Rahmen der Debatte sprengen, eine weiterführende Analyse vorzutragen. Wichtig ist, daran festzuhalten, dass es um den Mehrwert der Zusammenarbeit im Ostseeraum gehen muss, dass dieser Mehrwert neu zu definieren und neu zu etablieren ist.

Dazu gehört aber auch eine Rückbesinnung auf den Wert der OSZE. Auch das wurde am Montag ganz deutlich gesagt.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

### (Ministerin Anke Spoorendonk)

Die OSZE geht zurück auf die Schlussakte von Helsinki des Jahres 1975 und ist eine Friedensorganisation. Russland ist immer noch ein Mitglied dieser Friedensorganisation. Es ist wichtig, mit daran zu denken, wenn wir uns mit der Ostseepolitik beschäftigen.

Meine Damen und Herren, die inhaltliche Diskussion im Parlamentsforum Südliche Ostsee um eine verbesserte Wissenschafts- und Hochschulkooperation begrüße ich natürlich sehr. Dem Ostseeraum wird seit Jahren eine hohe Innovationsfähigkeit attestiert. Schleswig-holsteinische Hochschulen und Forschungseinrichtungen spielen in der Liga der internationalen Spitzenforschung mit. Das Meeresforschungsprojekt "Future Ocean" ist ein gutes Beispiel schleswig-holsteinischer Forschungsexzellenz. Grundsätzlich gilt: Die Bündelung von Kompetenzen und die Verknüpfung komplementärer Expertise durch transnationale Zusammenarbeit erzeugen einen Mehrwert für alle beteiligten Partner und begünstigen die Herausbildung von Innovationsvorsprüngen.

Eine wichtige Stellschraube zu all diesen Themenfeldern ist und bleibt das INTERREG-Ostseeprogramm. Hiermit können wir seit über 20 Jahren unsere politischen Ziele im Ostseeraum durch konkrete Projekte umsetzen. Gerade heute sitzen die Entscheider - Schleswig-Holstein ist durch mein Haus vertreten - in Malmö zusammen und genehmigen die ersten Projekte der neuen Förderperiode.

Ich begrüße es von daher sehr, dass sich das Wissenschaftsministerium gemeinsam mit Hamburg, mit nahezu allen Ostsee-Anrainerstaaten und dem Ostseerat in dem Projektantrag "Baltic Science Network" engagiert. Dieses Netzwerk hat das Ziel der Etablierung einer wissenschaftspolitischen Netzwerkstruktur im Ostseeraum. Neu an diesem Projekt ist die Einbindung nahezu aller Bildungsund Forschungsministerien rund um die Ostsee, die mit führenden Universitäten an gemeinsamen transnationalen Forschungsstrategien sowie an Maßnahmen zur transnationalen Nutzung bestehender Infrastrukturen und Fördermöglichkeiten fächerübergreifend arbeiten werden. Es ist wirklich ein Schritt nach vorn, ein Meilenstein.

Meine Damen und Herren, Spitzenforschung, Innovation und nachhaltige Wirtschaft stehen auch bei anderen Projektträgern hoch auf der Agenda. "Smart Blue Regions" zum Beispiel unter Federführung des Wirtschaftsministeriums ist ein Projektantrag, in dem die von Brüssel stark propagierte Strategie der intelligenten Spezialisierung in einem unserer wichtigsten wirtschaftlichen Zukunftsfel-

der, nämlich dem "blauen" nachhaltigen Wachstum aus den Meeresressourcen, umgesetzt werden soll. Es gibt weitere Projekte. Ich werde gern im zuständigen Europaausschuss darüber berichten.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein hat sich immer dafür eingesetzt, dass sich Russland am neuen INTERREG-Programm beteiligt, damit aus dem europäischen Nachbarschaftsinstrument Projekte mit russischer Beteiligung entwickelt werden können. Tatsächlich stehen wir hier kurz vor einer Unterzeichnung des Finanzierungsabkommens. Wir gehen fest davon aus, dass russische Partner in der zweiten Ausschreibungsrunde mit von der Partie sein werden. Das ist ein wichtiger Faktor für die Fortführung unserer Politik der guten Nachbarschaft und der guten Freundschaft zum Beispiel mit dem Gebiet Kaliningrad und dem ganzen Nordwesten Russlands. Hier könnten dann endlich wieder von der EU geförderte Projekte gemeinsam entwickelt und zum Erfolg geführt werden.

Die Resolution des XIII. Parlamentsforums Südliche Ostsee befördert diese Entwicklung in ihrem regionalpolitischen Wirkungsbereich.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Anmerkung zu dem Anderungsantrag, auch wenn mir das vielleicht nicht zusteht. Ich gehörte diesem Haus ganz lange an und habe mich immer an dem Parlamentsforum Südliche Ostsee beteiligt. Ich finde es gut, dass gewürdigt wird, dass wir es hier mit einer Resolution zu tun haben. Ich finde auch gut - wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen -, dass in dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen steht, dass im Europabericht über die Umsetzung berichtet werden soll. Anfang des Jahres wird der Europabericht vorliegen. Kurz vor der Sommerpause wird der Ostseebericht vorgelegt werden. Natürlich werden wir über Umsetzung berichten. Wir werden uns auch konzeptionell dazu äußern, wie wir gedenken, die Ostseepolitik vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse und der internationalen Situation insgesamt weiterentwickeln zu wollen. Ich erlaube mir zu sagen: Wir brauchen nicht zum Jagen getragen zu werden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, ich gehe nicht davon aus, dass die Fraktionen die von der Landesregierung überzogene Redezeit von 7 Minuten in An-

### (Präsident Klaus Schlie)

spruch nehmen wollen. - Ich sehe, dass ich in dieser Einschätzung richtig liege.

Es wurde die Abstimmung in der Sache beantragt.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3586 (neu), abstimmen.

### (Zurufe PIRATEN)

Pardon, Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN. Das ist korrekt.
 Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.
 Das sind die Fraktionen von CDU, PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen?
 Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3535, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich gehe davon aus, dass wir den Herrn Berichterstatter des Petitionsausschusses noch vor der Mittagspause hören. - Das begrüße ich außerordentlich.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

# a) Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.04.2015 bis 30.06.2015

Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/3516

# b) Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.07.2015 bis zum 30.09.2015

Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/3525

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Abgeordneten Uli König, das Wort.

## **Uli König** [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stelle Ihnen heute die **Tätigkeitsberichte des Petitionsausschusses** für das zweite und für das dritte Quartal 2015 vor. Die Berichte umfassen die Monate April bis September.

Der Ausschuss hat in diesem Zeitraum 158 neue Petitionen erhalten und ein Selbstbefassungsverfahren eingeleitet. In insgesamt acht Sitzungen hat er 143 Petitionen abschließend beraten, davon auch vier Gegendarstellungsverfahren in bereits abschließend behandelten Fällen. Von den 143 Petitionen, die der Ausschuss abschließend beraten hat, erledigte er 37 Petitionen, also fast 26 %, ganz oder teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. Bei 101 Fall, das entspricht einem Anteil von etwas mehr als 70 %, konnten wir den Betroffenen aus verschiedensten Gründen leider nicht zum Erfolg verhelfen. Die restlichen Petitionen wurden im Laufe des Verfahrens zurückgezogen oder haben sich anderweitig erledigt.

Meine Damen und Herren, die **Themenvielfalt**, mit der sich der Petitionsausschuss in dem gesamten Zeitraum beschäftigt hat, war wieder einmal sehr groß. In einem Petitionsverfahren monierte ein Petent, dass er von seiner Bank nicht ausreichend über die **Risiken griechischer Staatsanleihen** informiert worden sei, die erheblich im Wert gesunken waren.

(Volker Dornquast [CDU]: Überraschung! - Heiterkeit)

In einem anderen Verfahren beschäftigte sich der Petitionsausschuss mit den Folgen, die eine Petentin zu tragen hatte, nachdem sie ihren **Vorgesetzten** wegen **Korruption** angezeigt hatte.

Einer unserer Beratungsschwerpunkte war im zweiten Quartal unter anderem wieder einmal der Bereich Medienwesen. Neben einer Beschwerde über die Abschaltung der Mittelwelle und der Langwelle sowie über die Programmgestaltung wandten sich wie jedes Mal wieder einige Petenten gegen die Erder Rundfunkgebühr. Beispielsweise hebung wünschte ein Petent die Befreiung von der Rundfunkgebühr aus Härtefallgründen. Einen Sozialleistungsbescheid konnte er nicht vorlegen, da er bewusst keinen Antrag auf die Leistungen stellen wollte. Der Petitionsausschuss konnte sein Anliegen nicht unterstützen, da die rechtlichen Vorgaben eindeutig sind.

Ebenfalls nicht helfen konnten wir dem Petenten, der sich über die Veränderung des Musikangebots bei NDR 1 Welle Nord beschwerte, weil sie das kulturelle Bedürfnis älterer Hörer nicht ausreichend berücksichtigt habe.

(Uli König)

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt aber! - Heiterkeit)

Auch hier konnten wir leider nicht weiterhelfen.

In anderen Fällen konnte der Petitionsausschuss jedoch Abhilfe schaffen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was macht ihr denn?)

- Ich berichte jetzt, was wir dort machen. - So führte ein Petitionsverfahren im Ergebnis dazu, dass das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten den Kreis Ostholstein dazu aufforderte, die zuständige Gemeinde anzuweisen, einen Antrag einer Petentin und ihres Ehemannes zur Namensänderung positiv zu bescheiden. Zukünftig werden beide ihren Nachnamen mit "ss" statt mit "ß" schreiben dürfen. Hintergrund ist, dass Verwandte beider den gleichen Antrag in Lübeck gestellt hatten und es in Lübeck problemlos gelaufen war. In der anderen Gemeinde musste erst der Abgeordnete Peters den Leuten massiv auf die Füße treten. Vielen Dank dafür!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Plötzlich ging es dann.

Im Rahmen eines Petitionsverfahrens, das die **Stra-ßenprostitution** am Rande der Bundesstraße 206 zum Thema hatte,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Jetzt wird es spannend!)

konnte ebenfalls eine Lösung im Zusammenwirken mit allen Beteiligten gefunden werden. Wir finden Lösungen, Herr Garg. Die Polizei führte Gespräche sowohl mit den Anwohnern als auch mit den dort tätigen Frauen. Diese kamen sofort der Bitte nach, den betroffenen Parkplatz zu meiden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Anwohner oder die Frauen?)

- Die Frauen.

(Zurufe)

## Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter König, Sie haben das Wort.

### **Uli König** [PIRATEN]:

Damit komme ich zum Schluss meines Berichts. Bei Interesse können Sie alle Petitionen in den sehr umfangreichen Berichten des Petitionsausschusses nachlesen. Kollege Garg wird das sicherlich tun, weil er ja gerade festgestellt hat, wie unterhaltsam der Petitionsausschuss ist.

Ich bitte um die Erledigung der Petitionen aus dem zweiten und dritten Quartal 2015. - Vielen Dank.

(Beifall)

#### Präsident Klaus Schlie:

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, die Berichte in den Drucksachen 18/3516 sowie 18/3525 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

(Volker Dornquast [CDU]: Herr Dr. Breyer hat dagegen gestimmt!)

- Dagegen? - Entschuldigung! Das habe ich nicht gesehen. Dann legen wir Wert darauf, festzustellen, dass Herr Dr. Breyer dagegen gestimmt hat.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche guten Appetit.

(Unterbrechung 13:06 bis 15:04 Uhr)

### Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere Nachmittagssitzung. Erlauben Sie mir bitte diese geschäftsleitende Bemerkung: Ich habe ein paar Minuten gewartet, weil der Finanzausschuss noch tagt, aber ich glaube, wir sollten jetzt trotzdem beginnen.

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne Fachoberschulklassen des Regionalen Berufsbildungszentrums Eckenerschule aus Flensburg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9 und 57 auf:

# **Gemeinsame Beratung**

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Stärkung der autochthonen Minderheiten

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/3536

(Präsident Klaus Schlie)

### b) Handlungsplan Sprachenpolitik

Ich gehe davon aus, dass das Wort zur Begründung nicht gewünscht wird. - Das ist richtig. Auf der Tribüne begrüße ich ebenfalls die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack. - Herzlich willkommen, liebe Frau Schnack!

(Beifall)

Ich werde gleich der Landesregierung das Wort zur Berichterstattung zu b) erteilen. Ich eröffne also die Grundsatzberatung und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

## Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Schleswig-Holstein ist Minderheitenpolitik fest etabliert. Sie ist Bestandteil unseres landespolitischen Grundverständnisses, quasi unserer landespolitischen DNA. In diesen schweren Tagen können wir uns wieder einmal bewusst machen, welche Bedeutung es hat und wie besonders es ist, wie wir in Schleswig-Holstein zwischen Minderheit und Mehrheit, zwischen Mehrheit und Minderheit miteinander umgehen. Wenn es in anderen Bereichen der Welt nur annähernd so wäre, so sähe sie wahrscheinlich anders aus.

Wir wollen dieses konstruktive Element unseres Verständnisses von einem Miteinander weiterentwickeln, und wir wollen jetzt mit Ihnen den nächsten Schritt gehen, um Schleswig-Holsteins besondere Sprachenvielfalt zu erhalten, ja auszubauen. Diese Vielfalt ist einzigartig in Deutschland, auf sie sind wir sehr stolz. Dies wollen wir gemeinsam noch stärker sichtbar machen, und wir wollen auch von dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mehrwert profitieren, weil wir fest an ihn glauben.

Das ist der tiefere Sinn, der hinter dem Handlungsplan Sprachenpolitik für die Regional- und Minderheitensprachen steht, mit dem wir ein eigenständiges sprachenpolitisches Konzept für sämtliche Bereiche des Regierungshandelns vorlegen. Wir begreifen den Schutz aller unserer Sprachen als elementare Querschnittsaufgabe. Unser Ziel ist deshalb die Schaffung eines geschlossenen Bildungsgangs in den Regional- und Minderheitensprachen. Das heißt, wir wollen die Sprachen über den gesamten Bildungsgang und die gesamte Bildungslaufbahn verankern, von der Kita über Schule und Berufsschule bis hin zum Studium.

Das ist ein Zeichen unseres besonderen Selbstverständnisses in Schleswig-Holstein. Nordfriesisch,

Dänisch, Niederdeutsch und Romanes sind Teil unserer gelebten kulturellen Identität. Sie sind nicht Teil eines musealen Verständnisses, auf Bauernhofmuseen zu finden, sondern sie sollen ein Teil des gelebten Alltags in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Handlungsplan Sprachenpolitik der Landesregierung ist mit der Unterstützung unserer Minderheitenbeauftragten Renate Schnack damit Teil moderner Minderheitenpolitik. Wir folgen dabei der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen.

Lassen Sie mich einige Beispiele für das nennen, was wir vorhaben, und für das, was bereits zum Teil umgesetzt ist: Leitfäden für den Schulunterricht, der neue Leitfaden für den Friesisch-Unterricht wurde gerade in der vergangenen Woche vorgestellt, Schulbücher als Basis systematischen Spracherwerbs, und wir sind froh, dass wir sie für den Niederdeutsch-Unterricht in den Klassen 1 und 2 seit diesem Schuljahr haben vorlegen können, Paul un Emma: snackt plattdüütsch.

In den Stellenausschreibungen des Landes wollen wir dort, wo es sinnvoll ist, Charta-Sprachenkenntnisse anerkennen oder sogar voraussetzen. Gelungen ist uns das jüngst bei der Neubesetzung des Niederdeutsch-Zentrums für den Landesteil Holstein. Wir arbeiten auch beim Nachwuchskonzept der Landesregierung mit diesen besonderen Kenntnissen und wollen sie positiv berücksichtigen, wenn junge Frauen und Männer bei uns anfangen und mit diesen Kenntnissen zu uns kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der Handlungsplan ist aber auch ein langfristig angelegtes Programm über den Bildungsbereich hinaus. Auch dafür einige Beispiele: Das Genehmigen neuer privater lokaler Hörfunksender hat eine elementare Funktion, gerade in diesem Bereich. So können unsere Regional- und Minderheitensprachen in der Öffentlichkeit präsent werden. Der Erfolg des FriiskFunk seit 2010 ist dafür ein eindrucksvoller Beleg. Es war eine große Freude, bei der Jubiläumsfeier dabei zu sein und zu sehen, mit welchem Stolz, aber auch mit welchem Selbstverständnis dieser Sender hochprofessionell mit einer breiten Strahlkraft mittlerweile arbeitet.

In den ZDF-Fernsehrat entsendet Schleswig-Holstein bald eine Vertreterin der Minderheitensprachen, Frau Dr. Karin Haug. In der öffentlichen Ver-

## (Ministerpräsident Torsten Albig)

waltung wollen wir mehr Menschen, die **Dänisch**, **Niederdeutsch** und **Friesisch** sprechen, damit Bürgerinnen und Bürger in diesen Sprachen rechtswirksam mit der Verwaltung in Kontakt treten können

Meine Damen und Herren, das sind wichtige Schritte für unsere nationalen Minderheiten, Volksgruppen und für die niederdeutsche Sprechergruppe in Schleswig-Holstein, aber eben auch für die Mehrheit in unserem Land, weil auch Mehrheit erleben muss, wie vielfältig und wie bunt und damit wie stark unser Land hier aufgestellt ist.

Das Artikelgesetz, das heute in erster Lesung beraten wird, ist deswegen ein wichtiger und notwendiger weiterer Schritt zu einem gleichberechtigten Nebeneinander von Regional- und Minderheitensprachen und der Mehrheitssprache. Wir finden dort mehreres gebündelt: Änderungen des Landesverwaltungsgesetzes, des Kita-Gesetzes und des Friesisch-Gesetzes. Das Artikelgesetz kommt einer entscheidenden Forderung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen nach, nämlich der rechtsgültigen Vorlage von Schriftstücken in der eigenen Sprache. Die Kosten der Übersetzung muss niemand scheuen, weil die entgegennehmende Behörde sie zu tragen hat.

Das Friesisch-Gesetz geht in Zukunft noch einen Schritt weiter und regelt den Einsatz von Friesisch sprechenden Behördenmitarbeitern in den Sprachgebieten. Dort kommen Sprachenplan und Artikelgesetz zusammen. Dazu kommen innerhalb der nächsten beiden Jahre zweisprachige Orts- und Hinweisschilder in deutscher und friesischer Sprache, die nach innen und außen Identität stiften sollen und vielleicht auch Vorbild sein können für andere Regionen. Das kann man miteinander aushalten. Da passiert nichts Schreckliches, das ist ein gutes Zeichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, damit sind Sprachenplan und Artikelgesetz Ausdruck unserer Wertschätzung für die regionalen Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein und eben auch Ausdruck unseres gelebten besonderen schleswig-holsteinischen Verständnisses des Miteinanders von Mehrheit und Minderheit.

Ich bitte Sie herzlich um Zustimmung zu unserem Sprachenplan und um Unterstützung des Artikelgesetzes - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

### **Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birte Pauls.

(Astrid Damerow [CDU]: Warum das?)

Die Fraktion der SPD erhält als erstgenannte Fraktion zum Gesetzentwurf zu a) das Wort, Frau Abgeordnete Damerow.

(Zuruf)

- Sie haben intern etwas anderes festgelegt, nämlich dass zunächst Lars Harms sprechen soll?

(Lars Harms [SSW]: Richtig! Genau!)

Das ist mir erst bewusst geworden, nachdem er neben mir steht.

(Heiterkeit)

Damit hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort. Es wäre schön, wenn Ihre internen Abmachungen künftig auch das Präsidium erreichen würden.

Herr Abgeordneter Harms hat eine Redezeit von 10 Minuten. Das ist im Ältestenrat so abgemacht worden.

### Lars Harms [SSW]:

Di hiire loondäispräsidänt! Liiw följkens! Diling gunge we wider en trees foram, am önj e manerhäidepolitiik en forbil tu weesen. Än en forbil tu weesen, dåt koone we nooch bekånd weese.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Sprachen der Minderheiten überleben nur dann, wenn ihnen auch Räume geschaffen werden, in denen sie überleben können. Das gilt insbesondere für die friesische Sprache in unserem Land, die durch die UNESCO als "besonders bedroht" eingestuft wird. Schon einer unserer ehemaligen Kollegen, der Landtagsabgeordnete Kurt Hamer, hat als Minderheitenbeauftragter die Vision von einem Modell Nordfriesland gehabt, in dem es darum ging, der friesischen Sprache möglichst viele Lebensbereiche zu verschaffen.

Genau das war auch der Hintergrund, im Jahr 2004 das Friesisch-Gesetz zu beschließen. Es enthielt erstmals Bestimmungen zur zweisprachigen Beschilderung von Verwaltungsgebäuden und zur Nutzung der friesischen Sprache im öffentlichen

### (Lars Harms)

Raum. Durch das Gesetz ist die zweisprachige Beschilderung an Landesgebäuden eingeführt worden, und auch der Kreis Nordfriesland hat an seinem Gebäude eine mehrsprachige Beschilderung vorgenommen. Auch was die Beschilderung an Bahnhöfen und die straßenverkehrsrechtliche Beschilderung angeht, hatte das Gesetz Erfolg. Die zweisprachigen Ortsschilder sind immer beliebter geworden, und seit Bestehen des Gesetzes ist immer öfter ein zweisprachiges deutsch-friesisches Ortsschild zu sehen.

An diesem Punkt will unser neuer Gesetzentwurf ansetzen. Es geht darum, die **friesische Sprache** noch besser nutzbar und sichtbar zu machen. Gerade die Sichtbarkeit einer Minderheitensprache und damit auch der Minderheit an sich ist ein wichtiger Kern europäischer **Minderheitenpolitik**. Was in der Bretagne, im Baskenland, in Kärnten, in der Lausitz oder auch in Südtirol völlig normal ist, ist bei uns noch nicht vorhanden.

Genau hier setzen wir an. Wir werden die zweisprachige wegweisende Beschilderung im nächsten und übernächsten Jahr umsetzen und so in diesem Bereich den europäischen Standard des Minderheitenschutzes erreichen. Das ist nicht trivial, sondern hier wird ein wichtiges Recht gewährt, das in mancher Region noch nicht erreichbar ist. Somit reihen wir uns in die Vorbilder ein, die zeigen wollen, dass ein gemeinsames Miteinander durchaus möglich ist.

# (Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierzu gibt es noch zwei Anmerkungen zu machen, damit keine Missverständnisse entstehen. Bei der zweisprachigen wegweisenden Beschilderung wird nicht eine Minderheit gegenüber den anderen Minderheiten bevorzugt. Die Minderheit der Sinti und Roma wünscht nicht, dass ihre Sprache im öffentlichen Raum genutzt wird, und das ist zu respektieren. Bei der dänischen Minderheit gibt es noch keine abschließende Haltung zu dieser Frage, sodass wir hier noch nicht solche Maßnahmen planen. Wenn so etwas kommen soll, dann muss es durch die Minderheit selbst gewünscht sein, und dies ist bei den Friesen der Fall.

Darüber hinaus setzen wir dies aber nicht nur um, um ausschließlich Minderheitenförderung zu betreiben, sondern wir sehen auch den Mehrwert, den diese Maßnahme beispielsweise für den Tourismus hat. In **Nordfriesland** wird man durch die zweisprachige **Beschilderung** noch besser auf ein absolutes Alleinstellungsmerkmal gestoßen, das es dann auch zu vermarkten gilt. Wenn man so will, trägt

diese Beschilderung letztendlich auch zu einer Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Das Ganze gibt es für die Region zum Nulltarif, weil ja das Land die Beschilderung für die Kommunen übernimmt.

# (Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Friesisch-Gesetz wollen wir aber noch mehr spezielle Regelungen einführen, um auch im Verwaltungsbereich noch mehr Friesisch zu ermöglichen. So soll es eine Zielsetzung im Gesetz geben, die dazu führen soll, dass mehr Mitarbeiter friesisch sprechen können. Das Einstellungskriterium Friesisch soll schon im Vorwege abgefragt werden, wie es das Land ja auch schon tut, wie der Herr Ministerpräsident gerade erläutert hat. Das heißt, die Verwaltung soll sich schon vor einer Stellenausschreibung überlegen, ob eine zusätzliche Qualifikation "Friesische Sprachkenntnisse" notwendig oder wünschenswert ist. Und dann soll entsprechend ausgeschrieben werden. Wir erhoffen uns von dieser Bestimmung, dass man nicht nur wie bisher das Recht hat, Friesisch als Einstellungskriterium nachzufragen, sondern dass man das dann auch vermehrt tut.

Wir wollen Artikel 10 Absatz 4 der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen landesrechtlich umsetzen. Hier geht es darum, dass Mitarbeiter auf Wunsch in dem Gebiet eingesetzt werden können, in dem ihre friesische Sprachform gesprochen wird. Das macht nicht nur Sinn für den einzelnen Mitarbeiter, sondern auch Sinn für die jeweilige Verwaltung oder auch für die jeweilige Schule. Ein Lehrer, der eine bestimmte friesische Sprachform unterrichten kann, sollte logischerweise am besten dort unterrichten können, wo diese Sprachform gesprochen wird. Die Bestimmung aus der Sprachencharta ist aber weder bei der Bevölkerung noch bei den Behörden oder den Schulen hinlänglich bekannt, sodass es Sinn macht, sie in Landesrecht mit aufzunehmen.

Men i sammenhæng med frisisk-loven ændrer vi også en lovbestemmelse der har en særlig betydning for det danske mindretal. I de sidste år har medlemmer af det danske mindretal flere gange stået foran særlige vanskeligheder når de var anvist på at fremvise papirer der var skrevet på dansk.

Hatte man dänischsprachige Unterlagen, die beispielsweise beim Lohnsteuerjahresausgleich mit berücksichtigt werden sollten, dann konnte es vorkommen, dass diese durch den Steuerbürger kostenpflichtig übersetzt werden mussten. Da Angehörige

(Lars Harms)

der dänischen Minderheit besonders häufig zur Arbeit nach Dänemark pendeln, war dies ein besonderes Ärgernis. Dieses Ärgernis zog sich durch alle möglichen weiteren Lebensbereiche.

Deshalb ist es ein riesiger Schritt für die Menschen, dass nun nicht mehr kostenpflichtige Übersetzungen beigebracht werden müssen, wenn man im Landesteil Schleswig Urkunden und Belege in dänischer Sprache, in Nordfriesland und auf Helgoland in friesischer Sprache und im ganzen Land auf Niederdeutsch einreicht. Das erleichtert im Grenzland die deutsch-dänische Zusammenarbeit, und es ist auch ein Zeichen dafür, dass alle Minderheitenund Regionalsprachen in Schleswig-Holstein gefördert werden.

Ich bin mir auch sicher, dass dies nicht zu einem riesigen Verwaltungsaufwand führen wird. Erst einmal bin ich ohnehin der Überzeugung, dass die meisten Verwaltungen und Behörden "ihre" Regional- und Minderheitensprachen verstehen und sprechen können. Wenn dies nicht der Fall ist, kann man über eine kluge Personalplanung kurzfristig Abhilfe schaffen.

Aber alles ist nichts, wenn wir uns nicht auch um den Spracherwerb bei den Kleinsten kümmern. Wenn de lütten Kinners en Sprook lernen doot un se dann ok noch gode Berufschancen in de Verwaltung hebbt, dan geiht dat in t ganze Land bargop mit de Sproken. Un dor wüllt wi jo ok hin!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen wollen wir auch das Kindertagesstättengesetz ändern. In Zukunft sollen auch Angebote zu den Minderheitenund Regionalsprachen in die Zielsetzung des Kindertagesstättengesetzes aufgenommen werden. Damit sollen in Zukunft Sprachbildungsmaßnahmen in den Minderheiten- und Regionalsprachen gefördert werden.

Bisher war alles auf Freiwilligkeit angelegt, und es gab keine explizite Förderung in diesem Bereich. Wer aber will, dass unsere heimischen Sprachen belebt werden, der muss auch Anreize setzen. Mit diesem Passus, der dann in die jährlichen Erlasse zur Förderung der Betriebskosten und Sprachbildungsmaßnahmen der **Kindertagesstätten** Eingang finden wird, wird eine neue Förderung für die **Regional- und Minderheitensprachen** eröffnet.

Das heißt, dass auf der einen Seite klassische zusätzliche Sprachangebote in friesischer, niederdeutscher oder auch dänischer Sprache gefördert werden, aber ich könnte mir auf der anderen Seite auch vorstellen, dass eine solche Gesetzespassage auch eine Förderung von Mediatoren in Kindergärten für die Kinder der Sinti und Roma zulässt - ähnlich wie bei den Projekten in den betreffenden Schulen.

Im Übrigen wäre dies auch eine Ergänzung zu den Angeboten, die wir schon an den Schulen haben. Wir haben eine stabile Zahl an Schülern an den dänischen Schulen. Wir haben seit einigen Jahren wieder steigende Zahlen von Schülerinnen und Schülern, die am **Friesischunterricht** teilnehmen.

Hier wird sich in Zukunft auch das gerade eben angesprochene Konzept im Handlungsplan Sprachenpolitik auswirken, durch das die Schulen ihr Profil, was Friesisch angeht, schärfen sollen und wo es darum geht, eine feste Zusammenarbeit zwischen Grundschulen mit Friesischunterricht und ihren weiterführenden Schulen zu etablieren.

Die Insel Föhr ist hierfür ein leuchtendes Beispiel, aber ich weiß auch, dass auf dem nördlichen Festland in Nordfriesland und auf der Insel Sylt entsprechende Ideen umgesetzt werden. Auch auf Helgoland denkt man über eine Ausweitung des Friesischunterrichts nach. Der wurde an den dänischen Schulen im Übrigen schon ausgeweitet, worüber wir uns als SSW besonders freuen. Nimmt man dann noch die vielen Schulen im ganzen Land mit Niederdeutschunterricht dazu, wird das Ganze eine runde Sache.

Unser Ziel ist es, die Sprachenvielfalt, wie es auch unsere Verfassung vorgibt, in den Kindergärten sowie in den Schulen zu fördern und auch im Berufsleben zu verankern. Nur wenn diese Bereiche für die **Sprachenvielfalt** offenstehen, haben wir eine reelle Chance, die Sprachenvielfalt in unserem Land als etwas Prägendes zu erhalten.

Ik seed foole tunk, dåt jam me tuhiird hääwe. Än ik wörd fernäid weese, wan we näist iir dåtheer gesätse-påk gemiinsom beslite wörden. Diesmal gibt es eine Übersetzung: Ich habe mich bei Ihnen ganz herzlich fürs Zuhören bedankt. Das haben Sie vielleicht schon geahnt. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Gesetzespaket im nächsten Jahr alle gemeinsam beschließen würden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie mir, dass ich Ihnen ganz herzlich für diese real vorgetragene

### (Präsident Klaus Schlie)

Sprachenvielfalt insbesondere im Namen des Stenografischen Dienstes danke.

(Heiterkeit und Beifall)

Viel Freude und lassen Sie sich das Manuskript des Abgeordneten geben!

(Heiterkeit)

Jetzt hat die Abgeordnete Astrid Damerow von der CDU-Fraktion das Wort.

# **Astrid Damerow** [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident, Sie haben mir gerade meinen Einstiegssatz weggenommen. Aber ich versichere dem Stenografischen Dienst, dass er es bei mir etwas einfacher haben wird. Obwohl ich den Wahlkreis mit den wahrscheinlich meisten Minderheitensprachen vertrete, spreche ich leider keine davon. Teilweise verstehe ich sie ganz gut. Ich möchte meinem Umfeld ersparen, sich meine Versuche anzuhören.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Oh! - Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Wir hätten auch zugehört!)

- Ja, es wäre euch auch nichts anderes übrig geblieben.

Schleswig-Holstein ist sicherlich kein reiches Land, finanziell betrachtet, aber es ist reich an Sprachen. Jeder, der neu nach Schleswig-Holstein kommt, erfährt das sehr schnell. Der eine oder andere muss ganz schön lange grübeln, und es erfordert häufig einige Erklärungen, bis man die Vielfalt und Komplexität unserer Minderheitensprachen wirklich durchdrungen hat. Nicht nur Hochdeutsch und regionale Dialekte wie in den meisten anderen Bundesländern prägen unser Land, sondern Niederdeutsch und die Sprachen der Minderheiten, Friesisch, Dänisch und seit Kurzem auch Romanes. Romanes kommt hierbei - der Kollege hat es bereits gesagt - eine Sonderrolle zu, die von der Minderheit der Sinti und Roma so durchaus gewünscht ist und von uns entsprechend akzeptiert wird. Die Sprachen bringen eine besondere Vielfalt in das Leben und insbesondere in das kulturelle Leben. Sie machen es bunt, und sie machen es auch interessant.

Schleswig-Holstein hat die Förderung seiner Minderheitensprachen in den vergangenen Jahrzehnten stets gepflegt, was durchaus nicht immer mit gleichbleibender Intensität der Fall war. Manchmal standen andere Dinge im Vordergrund. Aber so wie sich der Herr Ministerpräsident sehr gern an das Jubiläum des FriiskFunk vor einiger Zeit erinnerte,

erinnere ich mich sehr gern an den Sendebeginn des FriiskFunk 2010, den der damalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen ganz maßgeblich mit initiiert hat. Er ist auf der Insel Föhr mittlerweile ein fester Bestandteil der Medienlandschaft geworden.

Die Minderheitengremien werden auch in unserem Landtag unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten und unter Mitwirkung der Minderheitenbeauftragten intensiv wertgeschätzt. Die Themen, die die Minderheiten bewegen, werden dort intensiv diskutiert, gerade was die Förderung der Sprachen anbelangt.

1998 hat Deutschland die Europäische Sprachencharta und die **Sprachencharta** der Regional- und Minderheitensprachen ratifiziert. Sie gelten seitdem für ganz Deutschland. Gerade die Förderung des Spracherwerbs in Kindergärten und Schulen nimmt hierbei einen sehr großen Raum ein.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat gemäß ihres Koalitionsvertrags im Frühsommer den **Handlungsplan Sprachenpolitik** beschlossen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Er enthält neben der Entwicklung der Sprachenpolitik die Beschreibung des aktuellen Zustands und zahlreiche Beispiele weiterer geplanter Maßnahmen. Dazu zählen die Ausbildung von Lehrern, die die Minderheitensprachen, insbesondere **Friesisch**, an Bildungseinrichtungen zukünftig lehren können. Der Handlungsplan weist auch auf die Pflege und Bedeutung des Niederdeutschen und - das ist mir auch wichtig - auf die gute Arbeit und den Erhalt der Zentren für **Niederdeutsch** in Leck und in Ratzeburg hin.

Auch der heute eingebrachte Gesetzentwurf zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Stärkung der autochthonen Minderheiten gehört zu diesem Handlungsplan. Wir verstehen dies - der Kollege Harms hat es ausgeführt - als Fortsetzung unseres Minderheitengesetzes und unseres Friesisch-Gesetzes.

Ich sage an der Stelle aber auch: Der Handlungsplan ist für den Erfolg beziehungsweise die Anwendbarkeit des Gesetzentwurfs von zentraler Bedeutung, denn wir alle wissen sehr wohl - das wissen wir auch beim Friesisch-Gesetz -: Das eine ist, was man ins Gesetz hineinschreibt, aber wenn man es mit Leben füllen will, muss man auch Menschen haben, die in der Lage sind, dies zu sprechen. Wir alle wissen, dass es, wenn wir nach Nordfriesland schauen, nicht mehr so viele Menschen gibt, die im

### (Astrid Damerow)

öffentlichen Raum Friesisch sprechen können. Es wird also durchaus eine große Herausforderung sein, ein genügendes Maß an Qualifikation herzustellen.

Ich sage ganz ehrlich: Im Moment fehlt mir ein wenig die Fantasie, mir vorzustellen, dass im Kreis Nordfriesland demnächst ein Bauantrag in Friesisch vorgelegt wird. Ich frage mich, wer dies dann rechtssicher übersetzen wird. Das heißt: Wir haben zu dem Gesetzentwurf durchaus noch einige Fragen.

Sie haben eben gesagt, es seien keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten. Diese Einschätzung teilen wir nicht ganz. Wir möchten diesen Gesetzentwurf in den Ausschüssen ausführlich diskutieren. Wir werden dann sicherlich auch die betroffenen Kreise und Kommunen dazu hören. Ich bin davon überzeugt: Das wird eine interessante und spannende Diskussion werden, auf die ich mich sehr freue.

Deshalb beantrage ich für meine Fraktion die Überweisung des Gesetzentwurfs in den Europaausschuss - federführend - und in den Innen- und Rechtsausschuss - mitberatend. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bernd Heinemann [SPD])

### Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

## Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich werde die Herren Stenografen an dieser Stelle schonen. Liebe Astrid Damerow, ich hätte mir das heutige Verständnis sehr gern bei der gestrigen Debatte zu den kommunalen Vorschriften gewünscht. Da ließ das Verständnis für Minderheitenfragen ein bisschen nach.

Meine Damen und Herren, Butter bei die Fische! Und wieder einmal ist "der echte Norden" ganz weit vorne und ganz oben. Denn wir reden nicht nur, wir handeln. Der vorgelegte und viel beachtete **Handlungsplan Sprachenpolitik** setzt einmal mehr hohe und gerechtfertigte Maßstäbe an unser vielfältiges Land.

Wir sind das einzige Bundesland mit vier **Regional- und Minderheitensprachen**: Niederdeutsch, Dänisch, Friesisch und Romanes sind bei uns beheimatet. Dieser kulturelle und sprachliche Reich-

tum macht uns vielfältig und einzigartig, und darauf sind wir stolz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleichzeitig ist er aber auch Verpflichtung. Denn Sprachen kann man nicht ins Museum stellen, um sie zu erhalten; Sprachen muss man sprechen, um sie zu erhalten. Sie archivieren unsere Geschichte. Insbesondere die Regional- und Minderheitensprachen haben Geschichten zu erzählen, die die Mehrheitsbevölkerung und die Minderheiten verbindet. Genau das ist auch Ziel der europäischen **Sprachencharta**, die 1998 von Deutschland ratifiziert wurde und die seit 1999 bei uns in Kraft ist - eine kluge Entscheidung, wie ich finde.

Eine Unterschrift reicht aber nicht. Für die Umsetzung einer Charta bedarf es klarer Handlungsziele, wie sie der Handlungsplan Sprachenpolitik für Schleswig-Holstein neu definiert. Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und ein tieferes Bewusstsein für die Sprachen zu verankern. Das geschieht nur, wenn die Sprachen sichtbar und hörbar sind, wenn sie gesprochen und gelebt werden.

Wie das gehen kann, beschreibt der Handlungsplan Sprachenpolitik, der bei allen Vertretern der Minderheiten- und Regionalsprachen auf großes Lob gestoßen ist. Auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön und ein großes Lob an die Beauftragte des Ministerpräsidenten für Grenzland- und Minderheitenfragen sowie Plattdüütsch, Renate Schnack. Sie schnackt nicht nur, sondern sie handelt auch. Darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie ist diejenige, die auch in Sachen Handlungsplan Sprachenpolitik Butter bei die Fische getan hat.

Beim Plattdeutschen haben wir bereits einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht. Erstmalig haben wir durch die Etablierung einer aufwachsenden Zahl von Unterrichtsstunden an zurzeit 29 Schulen im Land - die Zahl der Bewerbungen war weitaus höher - das Plattdeutsche systematisch gefördert: 2.000 Kinder lernen zurzeit an unseren Schulen die plattdeutsche Sprache. Mit dem neu entwickelten Schulbuch "Paul un Emma snackt plattdüütsch" steht erstmalig ein pädagogisches Lehrbuch zur Verfügung.

Für ihre hervorragende und vorausschauende Arbeit möchten wir uns gerne stellvertretend für alle, die daran mitgewirkt haben, beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund bedanken. Die stellvertretende

### (Birte Pauls)

Landesvorsitzende bitte ich, diesen Dank zu übermitteln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Serpil Midyatli (SPD): Sehr gerne!)

Danke auch an dieser Stelle an den Kollegen Klaus Jensen für die gute Zusammenarbeit im Beirat Niederdeutsch und in dessen Arbeitsgruppe Bildung. Uns war und ist immer wichtig, dass es in der Minderheitenpolitik um die Sache geht und nicht um Parteipolitik. **Minderheitenpolitik** und Regionalsprachen dürfen nicht zum Spielball politischer Mehrheiten werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Laut dem Gesetzentwurf, den wir heute in erster Lesung beraten, können jetzt erstmalig auch Behördenunterlagen in den Minderheiten- und Regionalsprachen der jeweiligen Region vorgelegt werden: Friesisch in Nordfriesland und auf Helgoland, Dänisch in Flensburg, Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde; das Gleiche gilt überall im Land für Plattdeutsch.

Erstmalig wurden im Sommer in einer Stellenausschreibung des Landes Niederdeutschkenntnisse als Kriterium angeführt, und das wird zukünftig Routine sein; denn wir haben es jetzt festgeschrieben.

Ich finde es an dem Gesetz, das wir jetzt auf den Weg bringen, auch sehr sympathisch, dass zukünftig wahrscheinlich nicht nur die Touristen staunen werden, wenn nicht nur der Weg nach Husum ausgeschildert ist, sondern auch der Weg nach Hüsem, nicht nur nach Dagebüll, sondern auch nach Doogebel. Damit setzen wir einmal mehr einen Akzent in unserem Land. Ich finde, mit dem Gesetzentwurf und dem Handlungsplan Sprachenpolitik haben wir etwas richtig Gutes auf den Weg gebracht, auf das wir erneut stolz sein können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

### Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

# Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr: Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land, in dem die Rechte von Minderheiten eine ganz besondere Rolle spielen. Gute Minderheitenpolitik bedeutet nicht nur Toleranz gegenüber Minderheiten; gute Minderheitenpolitik bedeutet, dass sich die Mehrheit aktiv, konsequent und vorausschauend für die Minderheiten einsetzt. Als Küstenkoalition haben wir uns die aktive Minderheitenpolitik auf die Fahne geschrieben; es ist gerade eben schon gesagt worden. Ich freue mich sehr, wenn sie mit Farbe gefüllt wird.

Die gelebte Alltagskultur der autochtonen Minderheiten mit ihren Sprachen und Bräuchen macht den besonderen Charme unseres Bundeslandes aus. Das ist auch von touristischer Bedeutung - ich sage ausdrücklich "auch" -, zum Beispiel für Nordfriesland.

Durch die geplante zweisprachige Beschilderung wird die Existenz des Friesischen als Alleinstellungsmerkmal der Region für jeden und jede sichtbar. Ich freue mich darauf, dass die Touristen immer mehr von diesen Schildern sehen werden. Das gilt auch auf dem Festland: Wenn Touristen aus Nordrhein-Westfalen ankommen und ein Schild sehen, auf dem jetzt auch Wäästerlön und Slütsiil steht, dann - keine Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen! - werden sie sich nicht verfahren. Es wird weiterhin auch Westerland und Schlüttsiel auf den Schildern stehen. Dann wird sich, wie auch schon in anderen Regionen, zeigen - Kollege Lars Harms hat es gerade ausgeführt -, dass damit die Besonderheit dieser Region sichtbar wird. Das ist für die Touristen von großer Bedeutung und wird sehr wohl aufmerksam wahrgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will gar nicht so sehr das Touristische in den Vordergrund stellen. Ich möchte vielmehr auf unsere **Landesverfassung** verweisen, die wir uns selbst gegeben haben und in der Artikel 6 Absatz 2 auf Folgendes hinweist:

"Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die nationale dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung."

Es ist also nicht etwas, was wir ihnen schenken, weil wir denken, dass es eine schöne Sache ist, sondern es ist ein verfassungsrechtlicher Anspruch.

Es geht auch um die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, die wir mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen eingegangen sind.

### (Dr. Marret Bohn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Handlungsplan Sprachenpolitik ist gerade viel gesagt worden. Ich möchte nur ergänzen, dass ich es als gesundheitspolitische Sprecherin meiner Fraktion besonders bemerkenswert finde, dass jetzt selbst im Bereich der Altenpflege auf Minderheitensprachen eingegangen wird. Das finde ich vorbildlich.

Ich danke der Landesregierung für den Handlungsplan. Dem Dank an die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack möchte ich mich anschließen.

Ich möchte am Ende einen Satz an Lars und den SSW richten: Leew Lars, leew Jette, leew Flemming, ik frööge mi det wi daaling welher en straal widjer kem, det wi altumal a fering spriik bewaare. - Föl toonk.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

### Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Landtags den Vorsitzenden des Landesverbandes Schleswig-Holstein des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Matthäus Weiß. -Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky.

### **Oliver Kumbartzky** [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Jetzt kommt aber keine Büttenrede, Herr Arp. Außerdem heißt es "Karnevalsprinz". Nein, es kommt keine Büttenrede, obwohl einige Vorschläge durchaus Anlass geben würden, hier eine Büttenrede zu halten. Aber Sie werden gleich sehen: Ich muss bei dem Thema ein bisschen Wasser in den GammelDansk schütten,

(Heiterkeit)

weil wir doch einige Punkte kritisieren.

Meine Damen und Herren, mit dem Friesischen haben wir ein kleines sprachliches Juwel in unserem Land, das Teil des kulturellen Reichtums Schleswig-Holsteins ist. Ohne Frage stehen kleinere Minderheitensprachen wie das Friesische unter Druck. Wenn das Nordfriesische von der UNESCO als ernsthaft gefährdete Sprache eingestuft wird, dann besteht natürlich Handlungsbedarf. Die FDP teilt

daher die grundsätzliche Intention des vorliegenden Gesetzentwurfs, das **Friesische** zu stärken und zu pflegen.

(Beifall Beate Raudies [SPD] - Christopher Vogt [FDP]: Also ein guter erster Entwurf!)

Aber - -

(Christopher Vogt [FDP]: Also ein guter erster Entwurf! - Zurufe)

Hätten Sie jetzt eben etwas mehr geklatscht, hätte ich das Aber vielleicht etwas leiser gesagt.

(Demonstrativer Beifall Beate Raudies [SPD])

- Nein, nein, nein, jetzt ist es zu spät. Also: Aber es bleibt offen, wie das am besten erreicht werden kann. Wir hatten bereits bei der Verabschiedung des Friesisch-Gesetzes darauf hingewiesen, dass in vielen Feldern wirklich nur Symbolcharakter besteht. Für die FDP-Fraktion bleiben konkrete Schritte zur Förderung des Friesischen vom Kindergarten über den Kulturbereich, den Schulbereich bis hin zur Universitätsebene jedenfalls ungleich wichtiger, obwohl - das nehme ich natürlich auch zur Kenntnis - der Ministerpräsident gerade in seiner Rede zum Handlungsplan Sprachenpolitik da schon sehr richtige Ansätze genannt hat.

Den Änderungen am Friesisch-Gesetz stehen wir gleichwohl durchaus wohlwollend gegenüber, ich sagte es eingangs bereits. Aber lassen Sie mich einige Bemerkungen zu einzelnen Punkten machen. Nehmen wir das Beispiel der Einführung von Urkunden und Beweismitteln in friesischer Sprache bei zivilrechtlichen Verfahren. Das Gerichtsverfassungsgesetz und die Zivilprozessordnung regeln bereits die Einbringung fremdsprachlicher Urkunden abschließend. Das freundlicherweise zur Verfügung gestellte Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes stellt die Rechtslage in diesem Feld nachvollziehbar klar. Zu einer Parallelgesetzgebung ist das Land nicht befugt. Die landesrechtliche Regelung kann also nur die bereits bestehenden bundesrechtlichen Regelungen nachrichtlich wiederholen und - wie in diesem Fall - für das Friesische konkretisieren. Der Wissenschaftliche Dienst stellt aber auch klar, dass der Einreicher einer friesischsprachigen Urkunde in einem Zivilprozess nicht davon entbunden wäre, eine deutsche Übersetzung beizubringen, und auch die Kosten selbst zu tragen hätte.

Durch die Einführung des Friesisch-Gesetzes entsteht keine neue Rechtslage, es ändert sich also nichts. Alles, was bisher möglich war, ist auch weiterhin möglich, mehr aber auch nicht. Es ist also ein

## (Oliver Kumbartzky)

reines Symbol, mithin aber natürlich auch unschädlich.

In diesem Zusammenhang weist der Wissenschaftliche Dienst auch darauf hin, dass es einer unzulässigen Rechtsausübung gleichkäme, wenn sich ein Beteiligter trotz einwandfreier Verständigung auf die Nichtbeachtung der Gerichtssprache berufen würde. Im Übrigen kann ich mir auch nicht vorstellen, dass irgendjemand einmal darauf verzichtet hat, sein Recht zivilgerichtlich durchzusetzen, nur weil er Schriftstücke nicht auf Friesisch beibringen konnte.

Gleiches gilt ebenso für die Aufforderung im Sinne einer Kann-Regelung, dass die Kommunen in Nordfriesland Friesisch-Angebote in ihre Fortbildungsangebote aufnehmen mögen. Dagegen spricht aus Sicht unserer Fraktion natürlich überhaupt nichts. Ich will nur darauf hinweisen, dass niemand den Kommunen verbietet, das bereits jetzt zu tun, und sicherlich tun das auch schon einige.

Nun zu dem Thema der Beschilderung: Ja, natürlich, durch eine zweisprachige Beschilderung zeigt sich die Verwurzelung des Friesischen in der Region. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen - es wird auch in der Begründung des Gesetzentwurfs aufgeführt -, dass Nordfriesland als Tourismusregion natürlich davon profitieren kann. Die Touristen, die die nicht ausgebaute B 5 entlangfahren, haben natürlich auch Zeit, Schilder zu lesen.

### (Heiterkeit Uli König [PIRATEN])

Im Übrigen glaube ich auch, dass die zweisprachigen Schilder einen besseren Effekt haben als die "Willkommen im echten Norden"-Schilder, die man sieht, wenn man von Norden kommt und Richtung Süden fährt. Ich denke schon, dass das ein größerer Profit ist als die Echter-Norden-Schilder.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt der Karnevalsprinz!)

Wenn die **zweisprachige Beschilderung** Schritt für Schritt ausgebaut werden soll, dann wäre es aus meiner Sicht nur wichtig, dass dies vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage des Landes mit Augenmaß und der Finanzsituation angemessen geschieht.

Die Möglichkeit der Verwendung der friesischen Sprache bei Eingaben an die Verwaltung - nächstes Thema - besteht in Nordfriesland schon seit über zehn Jahren. Es wäre daher interessant, im Rahmen der weiteren Ausschussberatung zu evaluieren, wie davon überhaupt Gebrauch gemacht wird und wie

die Kommunen in **Nordfriesland** verwaltungstechnisch damit umgehen.

Das bringt mich zu den Punkten, die wir kritisch sehen und bei denen wir auf die Anhörung und die Stellungnahmen gespannt sind. Damit meine ich insbesondere den neuen § 82 b im Landesverwaltungsgesetz. Der Aspekt des Friesischen ist schließlich bereits geregelt und braucht nicht doppelt geregelt zu werden. Klar ist zudem, dass es beim Plattdeutschen und Dänischen Unterschiede zum Friesischen gibt, und zwar ist das **Dänische** keine gefährdete Sprache, und beim **Plattdeutschen** gibt es nun einmal keine verbindliche Schriftsprache. Es gibt zudem in unserem Land auch noch regionale sprachliche Unterschiede beim Plattdeutschen.

Dass zudem mögliche Übersetzungskosten vom Land oder von den Kommunen zu tragen sind, stellt eine unverhältnismäßige Belastung der öffentlichen Haushalte dar. Ich weise auch darauf hin, dass eine Übernahme von Übersetzungskosten in der Sprachencharta im Verwaltungsbereich nicht explizit vorgesehen ist und die Bundesrepublik sogar eine Übernahme von Kosten im Justizbereich ausgeschlossen hat.

### Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, achten Sie bitte auf die Uhr.

## Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja, genau. - Diesen Paragrafen sollten wir also wirklich noch einmal intensiv vom Wissenschaftlichen Dienst im Ausschuss prüfen lassen. Im Übrigen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf eine intensive Ausschussberatung.

(Beifall FDP, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

### Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Frau Abgeordnete Angelika Beer.

# Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Renate Schnack! Lieber Matthäus Weiß! Ein wichtiger Eckpfeiler einer guten Minderheitenpolitik ist die Pflege unserer Minderheitensprachen. Ohne den Erhalt ihrer eigenen Sprachen haben die Minderheiten keine Zukunft und sind der Gefahr ausgesetzt, irgendwann assimiliert zu wer-

### (Angelika Beer)

den. Deshalb begrüßen wir ganz ausdrücklich, dass die Landesbeauftragte für Minderheiten zum ersten Mal in der Geschichte Schleswig-Holsteins einen **Handlungsplan** für **Minderheitensprachen** des Landes vorgelegt hat. In diesem Handlungsplan, der auch die Regionalsprache Niederdeutsch umfasst, wird insbesondere auf die Vermittlung der nordfriesischen Sprache Wert gelegt.

Meine Fraktion der PIRATEN begrüßt auch, dass die Landesregierung für die Sprache Romanes weiterhin akzeptiert, dass die Verantwortlichen der politischen und gesellschaftlichen Vertretung der Minderheit der deutschen Sinti und Roma keine Verschriftlichung oder Kodifizierung ihrer Sprache wünschen und gleichwohl das Ziel von uns allen so hoffe ich - weiterverfolgt wird, die Bildungsteilhabe der Kinder und jugendlichen Sinti und Roma eben dieser Minderheit - für die Zukunft zu stärken.

Für die dänische Minderheit ist dabei die geplante Änderung des Landesverwaltungsgesetzes von Bedeutung. Lars Harms hat das ausführlich dargestellt. Auch wir hoffen, dass diese Stellen schnellstmöglich besetzt werden und entsprechende Mitarbeiter eingestellt werden können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein ist das Land mit den meisten Regionalund Minderheitensprachen. Darauf sind wir stolz. Es ist aber auch eine Herausforderung. Ich sage das auch als ehemalige Europaabgeordnete, denn die **Sprachencharta** wird immer wieder diskutiert. Aber dass wir in Schleswig-Holstein dort eine Vorreiterrolle übernommen haben und übernehmen, wird doch relativ oft negiert. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Einführung der Amtssprache für **Dänisch**, **Friesisch** und **Plattdeutsch**. Ich glaube, lieber Oliver Kumbartzky, dass die gerade vorgetragenen Bedenken wenig mit der Realität zu tun haben, gerade weil es freiwillig schon geschieht.

Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, wird die Stärkung der Minderheiten jetzt noch einmal ein Stück konkreter. Bei den Gremiensitzungen mit den Minderheiten sind die Vorstellungen des Handlungsplans Sprachenpolitik durch Renate Schnack auf breite Zustimmung gestoßen, und im Dialog mit den Friesen wurde gerade kürzlich im Friisk Hüs in Bredstedt das sogenannte Anwachsen der nordfriesischen Sprache erörtert. Damit wird angestrebt das halte ich für ganz besonders wichtig -, dass sich die Sprachenkompetenz von den Kindertagesstätten über alle Schultypen bis hin zur Universität fortsetzen kann.

Es ist schon erwähnt worden - die Friesen selber weisen darauf hin, aber eben auch die UNESCO und die Gesellschaft für bedrohte Völker -, dass die Sprache gefährdet ist. Deswegen hoffen wir nicht nur im Hinblick auf das Friesische, sondern auch auf alle Sprachen im Rahmen des Handlungsplans Sprachenpolitik, dass eine Anregung der Minderheitenbeauftragten gerade neulich im Gremium mit der friesischen Minderheit von uns allen wahrgenommen wird und wir gemeinsam die Umsetzung versuchen, denn sie hat gesagt - ich möchte es kurz zitieren -: Als Umsetzungsdefizit sei zu nennen, dass derzeit eine koordinierende Instanz im Sinne einer Aufgabe noch ausstehe. - Ich glaube, uns allen ist klar, dass bei diesem Vorhaben der Umsetzung eine solche koordinierende Instanz vorhanden sein muss, um das ganze Paket der Minderheitenpolitik auch gleichberechtigt nach vorn zu treiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch für uns selbst attraktiv. Ich erinnere mich, dass ich, als ich einmal in Wales war, so begeistert war, dass ich mir ein kleines Handbuch mit der Sprache gekauft und mir gedacht habe: Vielleicht schaffe ich es ja. - Ich habe es nie geschafft. Aber es ist auch so, dass zum Beispiel im Bereich **Tourismus** Menschen durch eine solche Minderheitenpolitik angezogen werden, weil durch die Darstellung und Wahrnehmbarmachung der **kulturellen Vielfalt** unsere Region sicherlich an Attraktivität gewinnt.

Für mich selbst muss ich als leider nicht Friesisch sprechend sagen: Unser Gesetzentwurf, den wir heute diskutieren, gibt schon einmal die Möglichkeit, damit anzufangen, Friesisch zu lernen. Die Liste von Ortsnamen und topografischen Bezeichnungen in Deutsch und Friesisch sind ein erster Anfang. Ich glaube, nächstes Mal schaffe ich es dann, zumindest auch die Begriffe in den Minderheitensprachen richtig auszusprechen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

## Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

# Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal versuchen, zwei oder drei Dinge aufzuklären, weil Herr Kollege Kumbartzky ganz konkrete Dinge angesprochen

### (Lars Harms)

hat, über die wir seiner Meinung nach noch einmal reden sollten.

Es ist richtig, wenn es um die zivilrechtlichen Verfahren oder auch um den Einsatz im Sprachgebiet geht, gibt es rechtliche Regelungen, die jetzt bereits in der Sprachencharta enthalten sind. Die **Sprachencharta** ist Bundesgesetz, daran haben wir uns also alle zu halten. Wir vollziehen das mit unserem Gesetz nur noch nach. Damit ist rechtlich nichts gewonnen, aber es hilft in der Region, wenn ein Landesgesetz dieses noch einmal wiedergibt, weil die Leute dieses dann "ganz nah" lesen können. Nicht jeder hat die Sprachencharta immer zur Hand, aber das **Friesisch-Gesetz** wird tatsächlich von vielen in der Region gelesen, sodass darüber dann auch entsprechend die Kenntnisnahme erfolgen wird.

Was die Weiterbildungsangebote angeht: Klar, Sprachen zu nutzen oder Sprachen zu lernen, ist in diesem Land nicht verboten. Da gebe ich Ihnen recht. Das Problem ist, dass wir in der Vergangenheit - auch vor Bestehen des Friesisch-Gesetzes bis 2004 - immer von der Verwaltung gesagt bekommen haben: Uns fehlt da irgendwie die Rechtsgrundlage; wir müssen da irgendwie eine Rechtsgrundlage haben; schreibt uns das einmal auf, dann haben wir zumindest eine Rechtsgrundlage, und dann legen wir los.

Das ist im Übrigen der gleiche Grund, dass wir das jetzt im Kita-Gesetz machen. Da stehen schon Sprachen drin, das wurde aber immer als eine Art Integrationsparagraf für Menschen, die mit Fremdsprachen groß geworden sind, gesehen. Da musste explizit jetzt reinformuliert werden, dass man das auch für die Minderheiten- und Regionalsprachen machen kann, damit man eine Rechtsgrundlage hat. Das ist übrigens auch für unser Ministerium selbst notwendig, damit es einen Erlass herausgeben kann. Ich glaube, daraus ergibt sich die riesige Chance, im Kindergarten mit dieser neuen Rechtsgrundlage so etwas entsprechend zu fördern.

Da auch Matthäus Weiß unter den Zuhörern ist - ich weiß nicht, ob er das vorhin mitbekommen hat -: Ich könnte mir vorstellen, dass ein Mediatorenprojekt auch unter eine solche Rechtsgrundlage fallen könnte, sodass man dann in der Lage sein wird, so etwas, was ihr jetzt schon in den Schulen macht, auch in den **Kindergärten** zu fördern. Ich glaube, diese Intention muss man sich immer vor Augen halten.

Was die **Beschilderung** angeht: Finanzierung mit Augenmaß. Wir werden da innerhalb von zwei Jahren 300.000 € einsetzen. Wir machen eine absolut

Low-Budget-Beschilderung, wir wechseln die Schilder nicht aus, sondern wir ergänzen sie nur. Wir bringen ergänzend zu den Schriftzügen, die auf deutsch schon drauf sind, zusätzliche Beschriftungen an. Das ist die absolut preiswerteste Variante. Ich glaube, das ist schon mit Augenmaß. Das wollte ich noch einmal gesagt haben, das kann man aber auch in der Begründung des Gesetzentwurfs nachlesen.

Letzter Punkt: Die praktische Nutzung von Vorlagen und Urkunden. Natürlich gibt es nicht für jeden Kram eine friesische Urkunde, natürlich gibt es auch nicht für jeden Kram irgendwie einen plattdeutschen Vordruck. Darum geht es nicht. Sondern allein in der Theorie das Recht zu haben, dieses vorlegen zu können, schafft die Gleichberechtigung dieser Gruppen. Hier geht es nicht darum, Verwaltungen zu nerven, sondern hier geht es darum, eine grundsätzliche Gleichberechtigung von Bevölkerungsgruppen zu haben. Man orientiert sich - wenn man so will - dabei an einem Grundsatz aus dem Grundgesetz, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Wir erweitern das jetzt darauf, dass die Minderheiten genauso gleich sind wie die Mehrheitsbevölkerung. Das ist das Ziel, das wir damit verfolgen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich muss jetzt noch einmal etwas klären. Frau Abgeordnete Damerow hat die Überweisung an den Europaausschuss und mitberatend an den Innenund Rechtsausschuss beantragt. Ist der Bildungsausschuss nicht beteiligt? - Nein, gut.

(Peter Eichstädt [SPD]: Nein, aber könnte man! - Heiterkeit)

- Man könnte vieles, aber wenn das nicht beantragt wird, wird darüber auch nicht abgestimmt.

Es ist also beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/3536 federführend dem Europaausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist dann einstimmig so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 57, Handlungsplan Sprachenpolitik, ist mit der mündlichen Berichterstattung der Landesregierung erledigt.

### (Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19, 27, 41, 45, 46, 47, 48, 49, 51 und 52 auf:

### **Gemeinsame Beratung**

a) Stärkung des ehrenamtlichen Engagements -Freiwilligendienste weiterentwickeln - Migranten besser integrieren

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3459

## Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3589

# b) Einrichtung eines Ausschusses für Integrations- und Flüchtlingspolitik

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3531

# c) Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsforder Landstraße, für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber

Antrag der Landesregierung Drucksache 18/3507

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 18/3546

# d) Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein koordinieren

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3413

Bericht und Beschlussempfehlung des Innenund Rechtsausschusses Drucksache 18/3550

### e) Rechtsfreie Räume verhindern

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3421

Bericht und Beschlussempfehlung des Innenund Rechtsausschusses Drucksache 18/3551

# f) Für eine neue Flüchtlingspolitik - "unsichere Herkunftsländer" festlegen

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3342

Bericht und Beschlussempfehlung des Innenund Rechtsausschusses Drucksache 18/3552

# g) Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3353

# h) Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3426

Bericht und Beschlussempfehlung des Innenund Rechtsausschusses Drucksache 18/3554

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PI-RATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3591

# i) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/2160

Bericht und Beschlussempfehlung des Innenund Rechtsausschusses Drucksache 18/3556

# j) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2190

Bericht und Beschlussempfehlung des Innenund Rechtsausschusses Drucksache 18/3556

# k) Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge

Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3396

## (Präsident Klaus Schlie)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 18/3557

Ich gehe nicht davon aus, dass das Wort zur Begründung gewünscht wird. - Das ist so.

Ich erteile zunächst zu den Tagesordnungspunkten, zu denen der Innen- und Rechtsausschuss Beschlussempfehlungen vorgelegt hat, der Berichterstatterin, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

## Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich würde gern auf die Vorlagen verweisen.

#### Präsident Klaus Schlie:

Ich danke Ihnen für die umfangreiche Berichterstattung. - Ich erteile dann zu den Tagesordnungspunkten 41 und 52 dem Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

### **Thomas Rother** [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Zu Tagesordnungspunkt 52 verweise ich auf die Vorlage, die alle haben.

Zu Tagesordnungspunkt 41 gibt es noch keine Vorlage, aber ich kann Ihnen das Beratungsergebnis des Finanzausschusses aus der heutigen Mittagspause mitteilen. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag die Zustimmung zum Erwerb mit den Stimmen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN gegen die Stimme der FDP.

## Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Zur Reihenfolge der Worterteilung mache ich Ihnen folgenden Vorschlag: zuerst die CDU-Fraktion mit dem Antrag zu a), dann die Fraktion der PIRATEN mit dem Antrag zu b), dann die Fraktionen nach ihrer Stärke und abschließend die Landesregierung. - Ich sehe, das findet Ihre Zustimmung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Astrid Damerow. - Frau Abgeordnete, wenn Sie mögen, dann dürfen Sie jetzt.

(Unruhe)

- Die Fraktionen dürfen die Reihenfolge ihrer Redner selbst festlegen, wir müssen das nur wissen. Wenn jetzt die Abgeordnete Nicolaisen zuerst das Wort haben soll, rufe ich sie auf und erteile ihr gern das Wort.

(Unruhe)

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen für die CDU-Fraktion.

### Petra Nicolaisen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundesfreiwilligendienst ist ein Meilenstein und ein Erfolgsmodell in unserer Ehrenamtspolitik. Ich glaube, darüber sind wir uns alle völlig einig. Diesen gilt es zu flexibilisieren und weiterzuentwickeln.

Der Bundestag hat in den letzten Wochen die Gesetzesänderung zum **Bundesfreiwilligendienst** beschlossen. Die Gesetzesänderung wurde im Rahmen des Asylverfahrenbeschleunigungsgesetzes zum 1. Januar 2016 beschlossen.

10.000 weitere Stellen im Bereich des Bundesfreiwilligendienstes soll es geben. Diese Stellen sollen wie folgt aufgeteilt werden: zur Hälfte mit Flüchtlingsbezug auf die Kommunen, zur anderen Hälfte nach der Unterrichtung von einer anerkannten Einrichtung mit Flüchtlingsbezug dann auf eine andere gemeinnützige Einrichtung, die keinen Flüchtlingsbezug haben muss, in die Kommunen, zum Beispiel auf die Feuerwehr oder den THW.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, eigentlich unterscheiden sich unsere Anträge nur da. Uns geht es um zwei Ansätze. Zum einen wollen wir mit den von der CDU-geführten Bundesregierung bereitgestellten Stellen für Schleswig-Holstein sind es circa 760 - eine bessere und flexiblere Betreuung ermöglichen, zum anderen sollen die Asylbewerber über ein eigenes Engagement im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes besser integriert werden. Asylbewerber können aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit zum Beispiel hervorragend als Übersetzer eingesetzt werden. Damit können sie auch als Vorbilder für Neuankömmlinge dienen.

Wie können wir also **Integration** besser leben als durch **ehrenamtliches Engagement** in diesem Bereich? Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag und den Antrag der regierungstragenden Fraktionen in den Ausschuss überweisen, um die beiden Anträge eventuell zusammenführen zu können. - Herzlichen Dank.

(Petra Nicolaisen)

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

### Präsident Klaus Schlie:

Nun erteile ich der Abgeordneten Angelika Beer für die Fraktion der PIRATEN das Wort.

## **Angelika Beer** [PIRATEN]:

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben schon an den vier Minuten, die der Landtagspräsident brauchte, um die ganzen Anträge vorzulesen, gemerkt, dass es sich um eine Vielzahl von Anträgen, unter anderem der PIRATEN, handelt. Ich werde erst grundsätzlich Stellung nehmen, um dann noch auf einzelne Punkte einzugehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich halte das für maßgeblich. In der gestrigen Diskussion über die Anschläge in Paris ist hier Folgendes passiert: SPD und SSW haben sich dagegen ausgesprochen, Flüchtlinge und Terror miteinander zu verbinden, haben es aber genau dann getan, als sie sich für eine deutsche militärische Beteiligung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und IS ausgesprochen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Schritt wollen wir so nicht einfach stehenlassen. Denn wer über Fluchtursachen nicht reden will, wer in dieser Situation, in der die Flüchtlinge alle zu uns kommen, nicht fragt: "Wie ist es eigentlich dazu gekommen?", wer jetzt nur versucht, Kleinkleinverbesserungen für Flüchtlinge durchzusetzen, aber die Ursachen nicht bekämpft, sondern hier sogar noch sagt, dass wir überlegen müssen, uns stärker an der Entstehung von Fluchtursachen zu beteiligen, stellt einfach alles auf den Kopf. Das macht mich wirklich ärgerlich. Ich will Ihnen auch sagen, warum.

Was hat die internationale Staatengemeinschaft denn gemacht, um Regime in Afghanistan, im Irak und in Libyen zu bekämpfen? Da schaue ich ganz besonders Sie an. Was sind denn die Folgen? Wo waren denn die Pläne nach von der UN legitimierten und von der UN nicht legitimierten Einsätzen, Zivilgesellschaften zu stabilisieren? - Null, nichts! Jetzt sollen wir einfach weiterbomben? Ich glaube, dass das noch mehr Flüchtlinge zu uns bringt. Das Problem, dass es auch Europäer sind, die diese Terroranschläge in Europa verüben, zeigt doch,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie verstehen sich nicht mehr als Europäer!)

dass wir jahrzehntelang Defizite in der gesellschaftlichen Aufgabe haben, Menschen zu integrieren und in unsere Gemeinschaft aufzunehmen.

### (Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mich so entsetzt, ist der Wandel von Politik auch in diesem Land innerhalb weniger Wochen und Monate. Hässliche Politik - lassen Sie mich das so sagen braucht schöne Worte, um verkleidet zu werden. Die hässliche Politik wird in Berlin in der Großen Koalition beschlossen, und die schönen Worte fallen in Kiel. Herr Albig, Ihre Regierungserklärungen haben eine Halbwertzeit von wenigen Tagen bis Wochen. Bei den letzten Gipfeln ist das Grundrecht auf Asyl von Gipfel zu Gipfel weiter eingeschränkt worden. Was gestern bekannt geworden ist, der Referentenentwurf zur weiteren Verschärfung des Asylgesetzes, ist ein Frontalangriff auf das individuelle Asylrecht. Zeigen Sie Zivilcourage wenigstens jetzt! - und Rückkehr zur politischen Standfestigkeit, und sagen Sie klipp und klar nach Berlin: Mit uns aus Schleswig-Holstein nicht!

### (Beifall PIRATEN)

Deswegen wende ich mich auch explizit an die Grünen und ihren bevorstehenden Bundesparteitag. Ihr Bundesparteitag wird entsprechend dem Leitantrag wahrscheinlich die Aushöhlung des Asylrechts durch die letzten beiden Gipfel, bei denen Rot-Grün noch zugestimmt hat, zurücknehmen. Ihr Bundesparteitag wird dem neuen Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums die Rote Karte zeigen. Dann nehmen Sie die Entscheidung mit und verhalten sich endlich auch hier in diesem Landtag so! Lassen Sie es, schöne Worte zu machen, um hässliche Politik zu legitimieren!

## (Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben verschiedene Anträge gestellt. Vor dem Hintergrund dessen, was ich gerade gesagt habe, ist es kein Wunder, aber ich will doch auf einige Punkte eingehen. Einer unserer Anträge wiederholt das, was wir ursprünglich mit der CDU zusammen wollten. Unser Resümee aus der aktuellen Situation und den zukünftigen Herausforderungen ist die Anerkennung der Tatsache, dass der Innen- und Rechtsausschuss als federführender Ausschuss nicht mehr in der Lage ist, die Anträge adäquat zu behandeln. Wir wollen einen Integrationsausschuss. Ich denke, wenn selbst das Saarland die aktuelle Herausforderung ergreift und einen Unterausschuss für Integration einrichtet, wenn Hamburg einen Flüchtlingskoordinator mit einem arbeitsfähigen Stab

# (Angelika Beer)

bestellt - warum sollen wir das denn in Schleswig-Holstein nicht machen?

Sie haben einen ungedeckten Haushalt zur Flüchtlingspolitik. Der Landesrechnungshof hat es Ihnen schwarz auf weiß vorgerechnet. Wir sind darüber nicht froh. Wir wissen, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Aber wenn schon, dann doch richtig und nicht als Flickschusterei.

(Zurufe SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch Punkte, bei denen wir uns einig sind. Durch Nachbesserung der Kollegen im Sozialausschuss haben wir hier, glaube ich, **interfraktionell** einen sehr guten **Antrag** zu beschließen, der auch für frühzeitige Integration sorgen wird, der sich aber insbesondere um Minderjährige und Frauen, die zu uns kommen, in der Aufnahme kümmern. Ich glaube, dass das aufgrund des ungesicherten Haushaltes - das will ich hier noch einmal ausdrücklich sagen - notwendig ist.

Es ist doch absurd, dass unsere Vorschläge von Ministerien halbwegs positiv zumindest geprüft werden, die Koalitionsfraktionen in den Fachausschüssen aber nicht einmal darüber diskutieren wollen. Ich nenne zwei konkrete Beispiele. Erstens unser **Antrag zum Soli**. Die Finanzministerin wird in den "Kieler Nachrichten" zitiert damit, dass sie sich dafür ausspricht, dass sich die Regierung dafür einsetzt, dass er ab 2019 für Soziales, für Gleichbehandlung, für Flüchtlinge und so weiter ausgegeben wird. Wir haben das beantragt. Was passiert? Sie sagt es im Ausschuss auch, und die Koalitionsfraktionen stimmen gegen unseren Antrag.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wir sind auch Parlament! Wir dürfen anders entscheiden als die Regierung! - Zuruf Thomas Rother [SPD])

Das ist schon skurril. Skurril ist auch, wenn wir zweitens einen Vorschlag zur besseren Koordinierung der Flüchtlingshilfe machen, die Koalitionskollegen darüber erstaunlicherweise nicht einmal diskutieren und auch keine Erläuterungen hören wollen, Innenminister Studt aber auf einmal sagt, er finde die Vorschläge ganz gut, er sei bereit, sie zu überprüfen. Wir hoffen, dass er sie auch übernimmt. Deswegen haben wir uns bereit erklärt, den Antrag heute für erledigt zu erklären.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will ja nicht sagen, dass die PIRATEN auf alles eine Antwort haben. Aber worauf wir in dieser Diskussion bestehen, ist Ehrlichkeit. Was wir nicht mehr akzeptieren wollen, sind Sonntagsreden, moralisch hochgehobene Töne und ein genau entgegengesetztes politisches Abstimmungsverhalten. Wir wollen dazu stehen, dass die Menschen zu uns kommen egal, ob sie islamischen Glaubens oder eines anderen Glaubens sind, dazu, dass jeder bei uns das gleiche Recht und die gleichen Chancen hat, überprüft zu werden und bei uns zu leben.

Die Antwort auf den Terrorismus ist **Integration**. Das ist das A bis Z, das wir brauchen. Das muss finanziert werden. Dort fehlen fantasievolle Anträge aus den Koalitionsfraktionen. Ich möchte einmal sehen - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie wollen Sie denn den IS integrieren?)

- Bitte?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie wollen Sie denn den IS integrieren?)

- Herr Kubicki, Sie wollen den IS bombardieren und tun so, als seien dann alle Probleme gelöst. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat er nie gesagt!)

- Was habe ich dann gestern gehört? Sie haben gesagt, es wird höchste Zeit, dass **Deutschland** seine militärische Zurückhaltung aufgibt und sich im **Kampf gegen den Terrorismus** militärisch beteiligt. Wenn das Ihre Position ist, dann müssen Sie auch die Konsequenz sehen, dass noch mehr Flüchtlinge kommen. Dann reden Sie doch auch über Boko Haram. Wie viele zigtausend Menschen sind ermordet worden? Was ist gestern in Nigeria passiert? Dann reden Sie über Bosnien Herzegowina, "Ihr" sicheres Herkunftsland, aus dem heute ein Terroranschlag gemeldet wird, bei dem zwei Soldaten ermordet worden sind. Davor können Sie die Augen nicht einfach verschließen.

Wenn Sie schon den Brückenschlag machen, dann müssen Sie ihn weltpolitisch, europapolitisch, außen-, sicherheits- und vor allen Dingen - das wünsche ich mir - friedenspolitisch definieren. Das hilft den Flüchtlingen und auch der Integrationspolitik in diesem Land. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

## Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Beer, es ist schön, sich hier vorn hinzustellen und so zu tun, als würden es sich diese Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen mit der Flüchtlingspolitik unglaublich leicht machen. Hier mal eine Entscheidung, da mal drei weitere sichere Herkunftsländer, hier mal Arbeitsmarktbeschränkungen - wir tun uns mit all diesen Dingen so zuckerleicht! Was denken Sie eigentlich, was wir den ganzen Tag miteinander hier diskutieren und zu verhandeln versuchen? Sich hier hinzustellen sozusagen als die moralische Schleswig-Holsteinerin, die in der Flüchtlingspolitik das Nonplusultra ist,

(Angelika Beer [PIRATEN]: Das sind Sie doch!)

während alle anderen die Doofen, die Blöden sind, die keine Ahnung haben, die den ganzen Tag nur Däumchen drehen und versuchen, hier das schärfste Asylrecht in Deutschland zu installieren - wirklich, es ist nicht mehr zu ertragen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

Sich einfach hier vorn hinzustellen und so zu tun, als würden wir uns das hier leicht machen, das ist unfassbar!

Ich hatte zu meiner Kollegin Birgit Herdejürgen gesagt, ich hätte eigentlich eine zuckersüße Rede vorbereitet. Aber nach Ihrem Redebeitrag musste es leider diesen Einstieg geben. Ich versuche jetzt wirklich, etwas ruhiger weiterzumachen, weil ich den Ansatz, den ich mir heute für meine Rede überlegt hatte, gern so vortragen möchte. Denn es ist mir besonders wichtig, hier auch einmal einen anderen Schwerpunkt zu setzen.

(Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Lassen Sich mich zu Beginn der Debatte sagen, dass es gänzlich unmöglich ist, hier eine differenzierte Betrachtung aller uns vorliegenden Anträge zu machen. Uns liegen aus fast allen Politikfeldern Anträge zum Thema Flüchtlinge vor. Dies zeigt nochmal deutlich, dass es sich hier um ein Querschnittsthema handelt. Daher werden auch alle gefordert sein, hier ihren Beitrag zu leisten, damit die Integration derjenigen, die bleiben dürfen, auch gelingen kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, machen wir uns nichts vor: Von denen, die in den letzten

Wochen und Monaten gekommen sind, werden die allermeisten bleiben. Diese Realität anzuerkennen, ist der erste Schritt, um hier sachlich in die Diskussion darüber zu starten, wie dies gelingen kann. Wir sollten bereits aus der Vergangenheit gelernt haben, dass die Bereiche Sprache, Bildung, Ausbildung und Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt die Bereiche sind, die wir hier in den Fokus unseres Handelns stellen müssen.

Wir können uns die Fehler der Vergangenheit nicht noch einmal leisten, weder aus humanitärer noch aus finanzieller Sicht. Noch heute tragen wir die Altlasten der verfehlten Integrationspolitik der Gastarbeiterkinder - wobei Integrationspolitik hier der falsche Begriff ist. Denn ich habe in den 13 Jahren, in denen ich in Schleswig-Holstein zur Schule gegangen bin, das Wort Integration nicht ein einziges Mal gehört. Dass es geklappt hat, ist dem Umstand zu verdanken, dass ich Lehrkräfte hatte zum Glück, muss ich hier sagen -, die mich auf meinem Weg wahrschlich eher intuitiv begleitet und gefördert haben. Noch einmal einen herzlichen Dank an meine Lehrerinnen und Lehrer, die gesagt haben: Das Mädchen nehmen wir mit. Die hat was drauf. Die lassen wir nicht sozusagen rechts liegen.

(Beifall SPD und SSW)

Wir müssen uns eingestehen: Damals gab es weder Sprachkurse, noch SPRINT-Maßnahmen, noch Förderunterricht, nichts dergleichen, um das hier noch einmal klarzustellen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war sozialdemokratische Bildungspolitik!)

- Wer auch immer. Hören Sie meinem Bericht gern weiter zu. Er ist, wie gesagt, auch ein Resümee dessen, was war und was wir besser machen können und hier auch wirklich gemeinsam machen könnten, Kollege Kubicki.

Wir müssen uns im Rückblick eingestehen, dass wir in den 90er-Jahren, als wir ebenfalls eine große Herausforderung mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu bewältigen hatten, auch nicht richtig gehandelt und eigentlich erst jetzt erkannt haben, dass wir nicht nur **Integration** von den Zuwanderern fordern dürfen, sondern hierfür auch **Voraussetzungen** bieten müssen. Daran wird eigentlich erst in den letzten Jahren ernsthaft und zielgerichtet gearbeitet. Aber besser spät als nie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Erkenntnis vorausgesetzt und mit der großen **Unterstützung der Zivilgesellschaft** können wir es dieses Mal schaffen. Lassen Sie uns gemeinsam nach den bes-

### (Serpil Midyatli)

ten Wegen zum Gelingen dieser wahrlich großen Aufgabe suchen. Der Weg dahin wird nicht ganz so steinig sein, wie einige meinen. Das liegt daran, dass wir in diesem Bereich schon einiges vorgelegt haben.

In Sachen Bildung sind wir viel weiter als noch vor zehn oder 15 Jahren. Daher kann es nur richtig sein, dass der **Kita-Anspruch** auch für Flüchtlingskinder gilt. Sie sollen von Anfang an die Sprache erlernen und sie lernen. Wir wissen auch heute, dass es viel schneller geht als vorher vermutet. Bereits im Jahr 2009 hatte jedes dritte Kind in der Kita in den größeren Zentren einen sogenannten Migrationshintergrund. Durch gezielte Sprachförderung wird es uns auch im ländlichen Raum gelingen, die neuen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auf ihrem Weg in die Schule vorzubereiten.

Gleiches gilt für die **Schulen** im Land. Die Schule ist der Ort, der entscheidet, ob die Kinder im weiteren Leben Erfolg haben werden. Hier können wir auf die Erfahrung der Vergangenheit zurückgreifen: Was war gut, was war schlecht? Der einzige Unterschied ist: Die Städte und Zentralen Orte haben schon jahrzehntelange Erfahrung, wie es geht. Nun gilt es, dies auf den ländlichen Raum auszuweiten. Die ersten Rückmeldungen aus den Schulen über die große Lernbereitschaft der Zugewanderten zeigen einen Bildungshunger von Flüchtlingskindern und eine große Lernbereitschaft. Das macht uns Mut. Es sollte uns auch die Mühe wert sein.

Dass unsere Gesellschaft bunter und vielfältiger ist, ist uns allen schon lange bekannt, nicht erst durch die Aufnahme der Flüchtlinge, die in diesem Jahr zu uns gekommen sind. Jedoch gilt es für alle, sich an diesem Integrationsprozess zu beteiligen und sich an die Spielregeln zu halten.

Die **Sprach- und Integrationskurse** sind auch keine neue Erfindung. Es gibt sie bereits seit 2005. Neu ist aber - wir haben dazugelernt -, dass diese Kurse auch für die Flüchtlinge, die eine hohe Bleiberechtsperspektive haben, geöffnet werden. Ich muss dazu sagen, dass die Eigenbeteiligung von 3,50 € noch eine Integrationsbremse darstellt. Aber wir wollen in Schleswig-Holstein gemeinsam daran arbeiten, dass dies nicht zu einer Bremse führt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN)

Menschen jahrzehntelang in irgendwelchen Warteschleifen zu parken, sie von einer Duldung in die nächste zu schicken und ihnen Integrationshilfen zu verweigern, das können und wollen wir uns nicht mehr erlauben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Arbeit schafft Unabhängigkeit und Perspektive. Durch den Zugang zum Arbeitsmarkt bereits nach drei Monaten auch für Geduldete wird endlich eine der größten Bremsen für Integration und Teilhabe abgeschafft. Neu ist auch das Vitamin B. All die vielen Ehrenamtler, die sich um die Flüchtlinge kümmern, sind wie Tausende Fallmanager im Jobcenter mit einer Eins-zu-eins-Betreuung. Durch ihre Kontakte zu Firmen, Handwerksbetrieben und Unternehmen vermitteln sie Praktika und Ausbildungsplätze. Diese Chance sollten wir nutzen. Es wird sie vielleicht nicht ein zweites Mal geben.

Ich bin nicht blauäugig. Auch ich weiß, dass nicht überall alles gelingen kann, aus vielerlei Gründen. Ich weiß aber auch, dass das Klima noch nie so gut gewesen ist wie jetzt. Ich weiß auch, dass es Einzelpersonen und politische Kräfte gibt, die nicht wollen, dass das gelingt, und die nicht sagen: "Wir schaffen das", die überhaupt gar keine Flüchtlinge wollen. Aber eines möchte ich hier auch ganz deutlich sagen: Deren Anzahl ist nicht mehr geworden, sondern sie sind im Moment nur extrem laut.

Das ist meine persönliche Einschätzung, die Sie nicht teilen müssen. Aber wenn Sie die eigenen Bekenntnisse gegen Rassismus, Alltagsdiskriminierungen, Ausgrenzung und Benachteiligungen von Flüchtlingen und Zuwanderern wirklich ernst nehmen, müssen Sie sich hier auch mit der Frage beschäftigen, wie wir dem entgegentreten wollen.

Sie können auch im Haushalt nachlesen, welche Vorschläge wir hierfür gemacht haben. Wir haben uns mit allen Bereichen dieses Themas beschäftigt. Ich denke, es ist schon eine Mammutleistung, wenn man einen **Nachtragshaushalt** mit 805 Millionen € präsentiert. Und dann mussten wir uns das von der Kollegin von den PIRATEN hier anhören. Ich finde wirklich, man kann das differenzierter darstellen. Mit Sicherheit gibt es Kritik, dass man Dinge auch anders machen könnte. Aber weder den Ton noch die Art fand ich angemessen.

Lassen Sie uns alle gemeinsam der Motor für diesen Integrationsprozess sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

## **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben neue Gäste auf der Tribüne. Bitte begrüßen Sie mit mir den Landfrauenverein Bordesholm und Umge-

# (Vizepräsident Bernd Heinemann)

bung, den SPD-Ortsverein Brokdorf und den SPD-Ortsverein Travemünde. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

# Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor uns liegen zahlreiche Anträge zur Flüchtlingspolitik zur Beratung. Frau Midyatli hat es eben schon ausgeführt: Sie betreffen im Grunde alle Ressorts mit den Themen Integration von Flüchtlingen in den Bildungs- und Arbeitsmarkt sowie die Unterbringung, das Wohnen, die Gesundheit, die Sicherheit, und auch in allen Ausschüssen ist die Flüchtlingspolitik das Thema, und das ist gut so.

Meine Damen und Herren, um für die Menschen in Schleswig-Holstein, für die, die schon länger hier sind, und die, die noch zu uns kommen, wirklich etwas zu erreichen, brauchen wir echte Lösungen, die wirklich etwas bringen. Ich habe die Debatten um populistische Scheinlösungen, mit denen nichts erreicht wird, außer dass der Stammtisch befriedigt werden kann, so satt. Bislang sind der Schock und der Anstand noch groß genug, sodass nach den Anschlägen von Paris von den meisten die Debatten nicht vermischt werden, aber auch hier ist zu befürchten, dass dies nicht lange anhält.

Wir brauchen auch nicht immer weitere Warnungen wie die vor der Vervierfachung der Flüchtlingsanzahlen durch **Familienzusammenführung**. Herr de Maizière kann wohl nicht rechnen. Der Kollege Dolgner hat auf Facebook sehr schön vorgerechnet, wie viel dies in Zahlen tatsächlich ausmacht. Wir brauchen auch keine Reden über **Zäune**, Mauern und **Transitzonen**. Wer Zäune und Mauern fordert, der muss auch sagen, wie damit umgegangen werden soll, wenn die Flüchtlinge versuchen, die Zäune - wie an der griechisch-türkischen Grenze - zu überwinden.

### (Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, ich beziehe mich auf alle Anträge. Darin tauchen die verschiedensten Dinge auf.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine neuen Beschluss- und Gesetzesvorlagen, wir brauchen Verwaltungshandeln. Nach wie vor steht an erster Stelle, den Vorgang der **Asylverfahren** zu **beschleunigen**. Der Stillstand und der Rückstau sind für Flüchtlinge und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes nicht zu ertragen. Die Anerkennung im schriftlichen Verfahren ist nach wie vor ein richtiger Weg, um die Verfahren nennenswert zu entlasten. Das möchte ich auch in diesen Tagen noch einmal betonen. Die Bundesregierung steht in der Schuld, liebe Kolleginnen und Kollegen. Setzen Sie sich bei Ihrer Bundespartei dafür ein, dass hier endlich etwas geschieht.

Auch der heute zur Abstimmung stehende FDP-Antrag betont die Verantwortung des Bundes bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Flüchtlinge aufzunehmen. Wir freuen uns, dass wir uns auf eine Formulierung des Antrags einigen konnten, den wir nun gemeinsam unterstützen. Wir brauchen immer noch auskömmliche Finanzmittel für die Flüchtlingsaufnahme für Land und Kommunen und pauschale Anerkennung nach Sicherheitsüberprüfung für Menschen aus Ländern mit sicherer Bleibeperspektive. Dazu stehen wir auch nach den Anschlägen von Paris unumwunden. Wir brauchen zusätzliches Personal für das Bundesamt, die Abschaffung der Arbeitsverbote und der Arbeitssanktionen inklusive eines konsequenten Screenings schon in den Erstaufnahmekapazitäten und Sprachförderung von Anfang an sowie Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsintegration. All das werden wir gemeinsam mit Ihnen gern beschließen.

Zusätzlich zeigen die außerdem vorliegenden Berichtsanträge noch einmal: Integration ist als Querschnittsaufgabe zentral in diesem Haus verankert. Ebenso geht die Regierung mit der IMAK und der Beteiligung aller Ressorts querschnittlich vor. Auch die Nachschiebeliste der Landesregierung leistet ihren Teil. Die Nachrichten von 805 Millionen €, die für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung stehen, inklusive der mehr als 1.000 Stellen, vor allem für die Bereiche Bildung und Polizei, sind sehr erfreulich. Sie werden einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Ich danke unserer Finanzministerin dafür, dass sie in der jetzigen Situation Humanität über den Sparkurs gestellt hat.

Auch der Antrag der CDU spricht einen wichtigen Punkt an. Wir begrüßen den Antrag zur **Stärkung des Ehrenamts** im Grundsatz, auch wenn wir in der Formulierung eine gewisse andere Akzentuierung haben, weil wir der Meinung sind: Wir müssen nicht dafür sorgen, dass Migrantinnen und Migranten ein Ehrenamt ausüben. Wir denken, das ist ein wichtiger Beitrag zur Integration. Wir haben dies ein bisschen als eine Aufforderung an Migrantinnen und Migranten gelesen, sich im Ehrenamt zu engagieren, und dies war vom Duktus her ehrlich

### (Eka von Kalben)

gesagt nicht so, wie wir uns das in der Koalition wünschen.

Ihre Berliner Kolleginnen und Kollegen, die mit der Ablehnung des Familiennachzugs von syrischen Flüchtlingen offensichtlich nicht so stark an Integration interessiert sind wie Sie, können sich jedenfalls von Ihrem Antrag eine Scheibe abschneiden.

Doch zurück zu Ihrem Antrag: Sie fordern die Aufstockung der Plätze im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes sowie der Stellen für FSJ und FÖJ. Dieses Anliegen hat sich zumindest teilweise schon erledigt. Die Bundesregierung plant für den Bundesfreiwilligendienst bereits die Aufstockung um 10.000 neue Stellen. Auch wenn nicht ganz klar ist, wie diese Stellen ausgefüllt werden sollen, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Wir unterstützen Ihr Anliegen, ehrenamtliches Engagement zu stärken, um Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge besser einzubinden, denn Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist der erste Schritt für eine gelungene Integration. Ich denke, alle Fraktionen konnten beim AWO-Teilhabeprojekt, bei der Veranstaltung der AWO, die einmal im Jahr in Malente tagt, erleben, wie wichtig es ist, nicht nur zu nehmen und in der Gesellschaft willkommen geheißen zu werden, sondern selbst einen Beitrag leisten zu können. Die Migrantinnen und Migranten dort haben uns dies jedes Mal sehr eindrücklich persönlich erzählt.

Ich teile auch Ihre Einstellung, dass das Ehrenamt gestärkt werden und größere Anerkennung finden muss. Es gab neulich eine Umfrage. Es ist so, dass sich immerhin 18 % der Deutschen und der Migrantinnen und Migranten zurzeit im Ehrenamt engagieren. Sicher nicht erfasst sind dabei die Flüchtlinge. Daher können Sie sich vorstellen, wie viele Menschen im Ehrenamt tätig sind. Deshalb halten wir das für sehr sinnvoll.

Vom Ende gedacht, wollen wir also das Gleiche. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag auch nicht in Gänze ab. Durch die Beteiligung an ehrenamtlichen Aufgaben wird das Gemeinschaftsgefühl auf beiden Seiten gestärkt: Sowohl Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als auch Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge leisten ihren Beitrag zum Zusammenhalt. Fakt ist: Das Hauptamt braucht das Ehrenamt und umgekehrt. Für eine gute Anleitung und Unterstützung braucht das Ehrenamt auch das Hauptamt. Deshalb finanziert das Land jährlich bis zu zwei Stellen bei den Kreisen für die Koordinierung des Ehrenamtes. Wir haben im Finanzausschuss gerade darüber gesprochen.

Wir unterstützen einzelne Verbände wie zum Beispiel die Feuerwehr und den Landessportverband bereits jetzt schon nach Kräften, gerade auch bei der Werbung von Nachwuchs und der interkulturellen Öffnung ihrer Angebote. Eine gelebte Willkommenskultur im Ehrenamt wird bereits in vielen Vereinen und Organisationen umgesetzt, und ich danke allen vor Ort, die sich dafür einsetzen.

Das neue Flüchtlingsportal der Landesregierung kann dabei helfen, eine Orientierungshilfe für das Ehrenamt zu geben. Frau Beer, Sie sagen, wir hätten uns geweigert, uns damit zu beschäftigen. Ich verstehe das ehrlich gesagt nicht. Der Punkt wurde aufgerufen. Das Innenministerium hat gesagt, was dort gemacht wurde und bereits gemacht wird. Daher hat sich Ihr Antrag aus unserer Sicht erledigt. Sie haben gesagt, Sie würden Verbesserungsvorschläge an das Innenministerium weiterleiten. Warum Sie jetzt meinen, wir hätten darüber nicht gesprochen, weiß ich nicht. Vermutlich waren Sie bei der Sitzung nicht anwesend.

Es ist vielleicht vieles noch nicht perfekt, aber auch diese Aufgabe werden Minister Studt und sein Team meistern. Ich danke ihnen sehr dafür. Ich finde, sie leisten in diesen Tagen wirklich Großartiges.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, das Land packt an. Die Politik in diesem Land geht pragmatisch an Lösungen heran. Dafür bin ich Ihnen hier im Haus und all den vielen außerhalb dankbar.

Liebe Frau Beer, ein letzter Satz: Ich teile nicht die Position, dass militärische Lösungen richtig sind. Sich hier an dieser Stelle hinzustellen und sich selbst moralisch groß darzustellen, finde ich sehr schwierig. Ich denke, Sie sollten darüber nachdenken, dass Sie früher einmal sehr deutlich andere Positionen vertreten haben. Insofern bin ich ein bisschen erschüttert über das, was Sie hier am Rednerpult loslassen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki das Wort.

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei den regierungstra-

genden Fraktionen dafür bedanken, dass ein wesentlicher Teil unserer Anträge von Ihnen mitgetragen worden ist, wenn auch manches mit einer gewissen Differenzierung. Das zeigt mir, dass wir in diesem Haus in Grundfragen mit Ausnahme einiger Ausdifferenzierungen nach wie vor einen tragfähigen Konsens haben. Das ist schon einmal ein Wert an sich; denn das ist nicht in allen Parlamenten so.

Ich bedaure allerdings, dass unser Antrag Keine rechtsfreien Räume schaffen, keine Zustimmung gefunden hat. Ich bedaure dies umso mehr, Frau Midyatli, weil ich finde, dass wir uns auf einer gefährlichen Ebene bewegen, wenn wir heute den "Lübecker Nachrichten" entnehmen dürfen, dass sich Polizeibeamte darüber beschweren, dass sie mit ihrem Gewissen in Konflikt geraten, weil sie bestimmte Situationen, die sie erleben, nicht mehr entsprechend darstellen können. Die Überschrift lautet "Ist die Statistik geschönt?" Ebenso wie mich erreichen wohl auch andere von uns Mails von Polizeibeamten unter voller Namensnennung und Mail-Adresse, die von gleichen Problemen berichten und mich dann fragen, wie sie damit umgehen können, ohne eine Dienstrechtsverletzung zu begehen. Wenn meine Antwort dann lautet: "Nehmen Sie einen Anwalt", dann ist das keine Situation, von der wir sagen können, dass diese auf Dauer tragfähig ist, weil das die innere Struktur der Polizei bei uns anfressen würde, worauf wir reagieren müssen.

### (Beifall FDP)

Denn die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die wir in Schleswig-Holstein haben, leisten ebenso wie andere fast über ihre persönlichen Möglichkeiten hinaus einen Dienst, weshalb Sie, Herr Innenminister, und wir vielleicht darüber nachdenken sollten, die Überstunden, die zurzeit angehäuft werden, auch mit einem Bonus zu belegen, wie dies auf Bundesebene für die Bundespolizei bereits vorgeschlagen worden ist. Ein Engagement von 40 und mehr zusätzlichen Dienstzeiten ist schon etwas, was wir nicht nur mit warmen Worten bedenken sollten, sondern auch mit einer entsprechenden Dotierung.

# (Beifall FDP, CDU und Sven Krumbeck [PI-RATEN])

Bevor ich zu den Äußerungen der sehr geschätzten Kollegin Beer komme, möchte ich mich mit dem **Antrag** beschäftigen, der von der **Union** eingereicht worden ist, der sich mit der Frage beschäftigt, wie das ehrenamtliche Engagement der Flüchtlingshilfe gestärkt werden kann. Wir haben bereits die Koordinierungsstellen geschaffen. Frau Midyat-

li hat darauf hingewiesen. In der Nachschiebeliste für 2016 sind entsprechende finanzielle Dotierungen ausgewiesen.

Ich möchte für meine Fraktion sagen, dass wir dem Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen sofort zustimmen können, während wir bei dem Antrag der Union einige Probleme haben, weil selbstverständlich zum Beispiel eine Ausweitung des Freiwilligen Sozialen Jahres in diesem Zusammenhang schon deshalb kontraproduktiv ist, weil die Finanzierungslast das Land Schleswig-Holstein tragen müsste und nicht der Bund. Wenn wir der Auffassung sind, dass alles das, was mit dem Flüchtlingszustrom zu tun hat, eine nationale Aufgabe ist, dann sollten wir uns darauf beschränken, den Bund in dieser Frage in die Pflicht zu nehmen. Insofern ist der Antrag der regierungstragenden Fraktionen der richtige.

### (Beifall FDP)

Was die Stärkung des Ehrenamtes angeht, müssen wir uns bei allen Menschen bedanken, die nun verstärkt in die Bresche springen, die mit ihrer Freizeit und an Wochenenden wirklich Unglaubliches leisten bis hin an ihre physische Leistungsgrenze. Eine Stärkung des Ehrenamtes entbindet den Staat aber nicht von der Verantwortung für seine Aufgaben. Die Aufnahme und Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge nehmen die Länder als sogenannte eigene Aufgabe wahr. Das ist gesetzlich ausdrücklich so geregelt. Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass das Ehrenamt dauerhaft die Lücke füllen kann, die der Staat momentan aufreißt. Das ist, wie gesagt, gesetzlich so nicht vorgesehen.

Richtig ist zwar, dass das Land und das Ehrenamt zur Bewältigung der Herausforderungen zusammenwirken müssen. Dazu zählen grundsätzlich auch die Bereitstellung finanzieller Ressourcen sowie Hilfen bei der Organisation und Koordinierung der Arbeit. Aber dem Grunde nach ist es zunächst einmal fraglich, warum das Hauptamt das Ehrenamt koordinieren muss. Das ist eine ganz spannende Frage, zumal ich viele kenne, die sagen: "Gott bewahre uns davor, dass wir jetzt koordiniert werden. Das funktioniert auch nicht. Dass es jetzt funktioniert, hat momentan auch damit zu tun, dass wir nicht vonseiten des Hauptamtes dauernd daran gehindert werden, unser Ehrenamt zu erfüllen." Das Land darf sich im Kontext - da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu - bei der Ausführung der hoheitlichen Aufgaben nicht auf die Zivilgesellschaft verlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vielen Hoffnungen und Erwartungen der Flüchtlinge an unser Land dürfen nicht enttäuscht werden. Damit das nicht geschieht, reicht es nicht aus, zu erklären, sie dürften sich auch im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes engagieren. Wir müssen auch den Arbeitsmarkt insgesamt aufnahmefähiger machen.

Bei aller Liebe zu Vitamin B, Frau Midyatli, dieses allein wird nicht ausreichen. Das ist jetzt aber kein Angriff, ich sage ausdrücklich: Das ist wichtig, es wird allein aber nicht ausreichen, weil selbstverständlich immer wieder das persönliche Kennen von Personen und Persönlichkeiten dazu beitragen kann, schneller eine Vermittlung vorzunehmen, als wenn man eine solche Person nicht kennt. Aber es wird wichtiger sein, dass wir den Arbeitsmarkt flexibilisieren, denn ansonsten wird die Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingen.

Dazu gehören nach unserer Auffassung mindestlohnbefreite Praktika für Flüchtlinge für eine Dauer von zwölf Monaten und nicht nur von sechs Monaten, weil in aller Regel auch heute noch das Sprachproblem ganz entscheidend ist. Zudem sollten Flüchtlinge während ihrer gesamten Ausbildung und zwei Jahre nach dem erfolgreichen Abschluss von Abschiebung befreit werden. Das heißt, wir müssen eine Sicherheit schaffen nicht nur für diejenigen, die bei uns sind, sondern auch für die Unternehmen, die in diesem Fall die Ausbildungsleistungen erbringen.

Die Vorrangprüfung für alle Flüchtlinge muss ersatzlos entfallen, und die Zeitarbeit muss für Flüchtlinge geöffnet werden. Vor allem brauchen wir eine **Flexibilisierung** im **Mindestlohnbereich**. Anerkannte Flüchtlinge sollten im Hinblick auf die Mindestlohnregelungen als langzeitarbeitslos gelten, da die meisten von ihnen zuvor über einen längeren Zeitraum keiner bezahlten Arbeit nachgehen konnten oder nachgegangen sind. Zudem sollte die Ausnahme vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neueren Beschäftigung auf zwölf Monate verlängert werden.

Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt bleibt dabei die **Beschleunigung** der **Anerkennungsverfahren**. Wenn die Flüchtlinge heute in Deutschland ankommen und erfahren, dass sie frühestens im August nächsten Jahres ihren Antrag stellen können, dann ist das nicht nur ein Ausweis von mangelnder Integrationsfähigkeit unseres Landes, sondern - -

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Das mache ich sofort. Früher haben Sie uns auch immer gesagt, wir seien schuld an dem, was die Union mache.

### (Beifall FDP)

Aber unabhängig davon ist es völlig egal, wer daran schuld ist. Wir müssen das Problem bewältigen, weil die Frustration, acht, neun oder gar zehn Monate nichts tun zu dürfen und zu können, weil man bis dahin keinen Antrag hat stellen können, die schlimmste Erfahrung ist, die Menschen machen können, wenn sie in unserem Land ankommen. Denn das ist nicht der Ausweis dafür, dass wir sie integrieren wollen, sondern das ist der Ausweis dafür, dass wir sie auf die lange Bank schieben.

### (Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben lange und intensiv über verschiedene Facetten geredet. Aber, Frau Kollegin Beer, Ihr Beitrag von heute zieht mir wirklich die Schuhe aus. Wie Sie wissen, bin ich ein Vertreter der Meinungsfreiheit. Jeder darf sagen, was er denkt. Aber dass Sie glauben, Deutschland könnte sich im Rahmen der Europäischen Union einer Bitte des Nachbarlandes Frankreich entziehen, geht völlig fehl. Wir sind die Ersten, die den Franzosen bei ihrer Bemühung, mit dem Terror fertig zu werden, die Hand gereicht haben. Wenn Sie glauben, wir könnten uns dem entziehen, dann ist dieser Gedanke, wie ich finde, europafeindlich.

## (Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Wie wäre es denn umgekehrt? Wer Solidarität von anderen einfordert, muss Solidarität gewähren.

Ich will Ihnen noch einmal erklären, was den IS von allen anderen unterscheidet. Diese Organisation verfügt bereits über staatliche Strukturen. Dort werden Menschen im Rahmen der Armee vereidigt, wie es bei anderen Armeen auch der Fall ist. Es geht nicht darum, dass sich IS an irgendeine Konversation hält, was Kriegsrecht oder anderes angeht, sondern das sind Menschen, staatliche Einrichtungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, andere Länder massiv zu bekämpfen, und zwar im Rahmen eines asymmetrischen Krieges.

### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer?

### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sofort. Ich sehe das auch, Herr Präsident. Ich werde gleich darauf zurückkommen. Ich will nur versuchen, das noch einmal zu erklären.

Ich habe niemals gesagt - ich wäre der Letzte, der das tun würde -, dass man mit Bomben oder Bodentruppen oder durch die Vernichtung des IS den Terror insgesamt bekämpfen könnte. Ich sage nur dieses: Wenn die westliche Staatengemeinschaft darauf nicht **reagiert**, und zwar **mit Waffengewalt**, dann ist das eine Einladung an die Terroristen aus Syrien und dem Irak, ihre Angriffe auf die westliche Wertegemeinschaft fortzusetzen.

Ihr Vorschlag, den Sie hier eingebracht haben, erinnert mich daran, dass Sie sagen: Wenn bei uns zu Hause eingebrochen wird, dann sind wir selbst schuld daran, dass eingebrochen worden ist. Wir hätten ja Tür und Fenster auflassen können, dann wäre nicht eingebrochen worden.

Verstehen Sie? Sie müssen also bestimmte Aktivitäten bekämpfen. Ich bin sehr froh darüber, dass ich heute Morgen im Gegensatz zu dem, was der Herr Minister heute gesagt hat, hören konnte, dass auch die SPD-Bundestagsfraktion dieser Auffassung ist und dass auch bei den auswärtigen Sprechern der Grünen mittlerweile die Erkenntnis wächst, dass man dieses Problem mit Worten allein nicht bewältigen kann. Selbstverständlich müssen wir Integrationsleistungen erbringen. Aber die Menschen, die aus Belgien oder aus Frankreich diese Terroraktivitäten veranstaltet haben, haben sich nicht mehr als Belgier oder Franzosen verstanden, sondern als Mitglieder des IS. Das ist der Unterschied.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt, Frau Abgeordnete Beer, dürfen Sie Ihre Zwischenfrage stellen.

## Wolfgang Kubicki [FDP]:

In der Reihenfolge Frau Beer und dann Herr Dr. Stegner.

(Heiterkeit)

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja.

**Angelika Beer** [PIRATEN]: Lieber Herr Kollege Kubicki, würden Sie mir zustimmen, dass der Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag

nicht automatisch voraussetzt, sich militärisch solidarisch in Europa zu zeigen, sondern beinhaltet, dass die EU-Mitgliedstaaten aufgerufen oder gebeten werden, gemeinsam und solidarisch zu handeln? Es gibt keine Definition, dass dies nur militärisch sein kann. - Das ist die erste Frage.

Würden Sie mir zweitens zustimmen, dass dieser Artikel verbunden ist mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, die dann nämlich mandatieren müssten. Das ist eine andere Diskussion. Wenn es ein solches Mandat geben sollte, dann hätten wir eine völlig andere Diskussion über die Frage, über welche Art der deutschen militärischen Beteiligung wir reden müssten. Dies sollten wir dann auch tun.

## Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Kollegin Beer, ich stimme Ihnen in dem ersten Teil Ihrer Frage und Ausführung ausdrücklich nicht zu, weil Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag - der Bündnisfall in der Europäischen Union - alle Länder verpflichtet, entsprechende Anforderungen des anfragenden Staates mit den Möglichkeiten des eigenen Staates zu befriedigen.

Niemand von uns kommt auf die Idee, dass die Bundeswehr momentan mit Bodentruppen in Syrien einmarschieren sollte. Wir haben weder die Kapazitäten noch die Fazilitäten. Das geht überhaupt nicht.

Aber wenn die Franzosen uns morgen bitten würden, dass unsere Tornado-Aufklärungsjäger versuchen sollten, in das irakische oder syrische Gebiet hinein Aufklärung zu betreiben, wären wir in der Lage, das zu tun und würden das wahrscheinlich auch tun und auch tun müssen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Mit Bundestagsmandat!)

Zur zweiten Frage der Mandatierung: Selbstverständlich sind wir der Auffassung, Deutschland könnte sich nur im Rahmen eines UN-Mandates an kriegerischen Aktivitäten beteiligen, weil der Rest Beteiligung an einem Angriffskrieg wäre, was von Verfassungs und von Rechts wegen - also auch strafrechtlich - verboten wäre.

Aber ich bin mittlerweile völlig relaxt bei der Frage, ob in der nächsten Woche bereits ein entsprechendes Mandat erteilt wird, nachdem Russland und Frankreich nahezu gleichlautende entsprechende Resolutionen im **Weltsicherheitsrat** eingebracht haben und ich momentan nicht sehe, dass die Chi-

nesen - das wären die Einzigen, die das verhindern könnten -

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

in dieser Frage mit Nein stimmen würden.

Die Frage stellt sich für uns momentan erst dann, wenn sie an uns gerichtet wird. Aber gleich zu erklären, dass, egal wer uns fragt, wir sofort Nein sagen, würde dazu führen, dass Sie den EU-Vertrag schlicht und einfach ignorieren können.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Sie haben Ja gesagt, bevor Sie gefragt worden sind!)

- Ach, Frau Beer!

### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt hat der Abgeordnete Dr. Stegner die Bitte zu einem Statement geäußert. - Bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner** [SPD]: Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, eigentlich tue ich mich schwer mit der Nachfrage, weil wir gestern vereinbart hatten, die Debatten nicht zu verbinden und ich es eigentlich auch nicht schlau finde, sie zu verbinden.

(Zuruf SPD: Genau!)

Ich respektiere, dass Sie Ihre Auffassung dazu verändert haben. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich mitnichten zu denen gehöre, die sagen, man könnte den IS wüten lassen, ohne etwas dagegen zu unternehmen. Aus meiner Sicht wäre das komplett unverantwortlich.

Trotzdem möchte ich Ihre Zuspitzung - nur deswegen habe ich mich hier gemeldet - zu sagen, das sei europafeindlich, wenn man nicht automatisch Ja dazu sagt, sehr in Frage stellen; denn die Frage, wie man das am effektivsten unterbindet, ist eine, über die man sehr wohl sehr unterschiedlicher Meinung sein kann. Dass es unterbunden werden muss, ist fraglos so.

Ich empfand es als einen großen Fortschritt, dass bei der **Syrien-Konferenz**, die nicht zuletzt durch Frank-Walter Steinmeier mit angeschoben worden ist, unversöhnliche Gegner wie Saudi-Arabien und Iran, aber auch Russland und Amerika erklärt haben, dass sie über einen Waffenstillstand in Syrien und über das Unterbinden von Stellvertreterkriegen, die dort geführt werden, eine gemeinschaftliche Front gegen den IS aufbauen wollen. Zweitens reden wir darüber, dass dem IS

die finanziellen Ressourcen entzogen werden, die allein ihn in die Lage versetzen, sein Netzwerk zu finanzieren.

Es gibt schon eine ganze Menge Möglichkeiten jenseits des Die-Andere-Wange-Hinhaltens, was hier, glaube ich, niemand vertritt. Denn mit Ihrer Beschreibung des IS haben Sie durchaus recht, aber Ihre Antwort finde ich ein bisschen übertrieben, aus einer veränderten eigenen Position zu sagen, das sei nun geradezu europafeindlich. Ich würde mir doch ein bisschen mehr Differenzierung wünschen. Denn das Ringen um den richtigen Weg, Herr Kollege Kubicki, muss man schon in aller Ernsthaftigkeit unternehmen. Ich glaube schon, dass das Militärische immer die letzte Option ist.

Ich habe mir den Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag noch einmal angeschaut. Wenn Sie den Text genau lesen - ich will ihn hier nicht vorlesen - -

# Wolfgang Kubicki [FDP]:

Doch, machen Sie das bitte einmal!

Ich kann ihn gern vorlesen, denn dort steht Folgendes:

"Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt."

Dann folgt noch ein weiterer Satz. Dies zeigt schon, dass ich recht habe mit dem Hinweis, dass es sich um eine differenzierte Fragestellung handelt, über die man entscheiden muss. Ich wäre mit der Totalität des Arguments ein bisschen vorsichtig, das Sie angebracht haben. Um nicht mehr geht es mir.

- Sehr verehrter Kollege Dr. Stegner, vielen Dank für diesen Hinweis. Nach wie vor verpflichtet Artikel 42 EU-Vertrag, wenn durch die Europäische Union festgestellt worden ist - das ist übrigens gerade mit Zustimmung des bundesdeutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier passiert -, dass der entsprechende "Bündnisfall" Europas eingetreten ist, den Anforderungen des anersuchenden Staates im Rahmen der eigenen Möglichkeiten nachzu-

kommen. Das heißt nicht mehr, dass der Bündnisfall nicht gegeben ist, sondern nur noch, dass wir noch entscheiden können, wie wir dem im Rahmen der eigenen Möglichkeiten nachkommen. Wenn Sie das nicht tun und wenn die Franzosen sagen, die Deutschen haben Aufklärungskapazitäten, die wir nicht haben und die wir anfordern, und die Deutschen Nein sagen, kann ich Ihnen garantieren: Dann zerbricht Europa. Denn dann macht der Vertrag selbst keinen Sinn mehr. Nicht mehr und nicht weniger wollte ich sagen.

Die Idee, dass wir eine **Syrien-Konferenz** haben, finde ich ganz toll, dass nämlich die Nachbarstaaten an einen Tisch kommen, die das vorher nicht taten. Aber zu glauben, dass ihre Ergebnisse ohne militärische Gewalt durchzusetzen wären, ist ein bisschen naiv. Ich glaube nicht, das der IS sich damit zufrieden geben wird in der staatlichen Struktur, was er bisher schon nicht macht.

Wenn Sie das also durchsetzen wollen, geht das auch nur mit militärischer Macht oder es geht gar nicht. Nicht mehr und nicht weniger wollte ich sagen. Das löst nicht jedes Problem, aber die Nichtreaktion darauf verschärft die Problemlage. Davor will ich nur warnen.

### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

## Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern, ja.

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich habe auch nicht gesagt, dass das ohne militärische Möglichkeiten geht, aber ich will Ihnen ein Beispiel aus dieser Syrienkonferenz nennen. Da heißt es ja, dass möglicherweise die Russen mit einem Teil der Assad-Truppen, die bisher etwas anderes tun, und die Amerikaner mit dem Teil oppositionsmilitärischer Kräfte, die in Syrien operieren, dass sie dort nicht Bürgerkrieg treiben und weiterhin Fassbomben fliegen und Anderes, sondern dass beide Kräfte - geleitet durch die Amerikaner auf der einen und die Russen auf der anderen Seite - sich darauf konzentrieren, den IS zu bekämpfen. Das könnte zum Beispiel als Er-

gebnis einer solchen Syrienkonferenz herauskommen.

Jetzt überschreiten wir weit das, was man im Landtag bereden kann, aber ich will es trotzdem sagen, weil mir die Eindimensionalität ein bisschen viel war,

## (Zuruf Christopher Vogt [FDP])

zu sagen, da kommt jetzt sozusagen eine militärische Automatik in die Logik hinein. Dagegen wollte ich mich ein bisschen stellen, weil ich wirklich glaube: Wir Deutschen sollten uns sehr genau überlegen, was wir tun. Dass da Widerstand geleistet werden muss, ist keine Frage, aber ich habe Ihnen ein Beispiel dafür genannt, wie eine militärische Komponente vielleicht auch aussehen könnte, die dann möglicherweise so realisiert werden kann.

### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, Herr Kollege Dr. Stegner, aber auch Ihre Schilderung, die Sie abgegeben haben, beinhaltet den Begriff "kämpfen". Das heißt: Es muss irgendwann irgendjemand - an welcher Seite auch immer - kämpfen, um diesem IS-Spuk ein Ende zu bereiten.

Ich wäre froh, wenn das die Amerikaner und Russen gemeinsam erledigen würden. Aber so zu tun, als würden wir auf Anfrage sofort sagen können: "Nein, macht ihr das mal", halte ich mittlerweile im Rahmen der europa- und weltpolitischen Lage für nicht mehr hinnehmbar.

Herr Kollege Dr. Stegner, wir sind doch bereits involviert. Mit Ihrer - nicht persönlich - und der Unterstützung der Union liefern wir deutsche Waffen in dieses Kriegsgebiet an die Peschmerga, übrigens sogar ganz ordentliche. Wir haben dort deutsche Soldaten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich habe mich dagegen ausgesprochen!)

- Ja, das ist ja in Ordnung, aber Sie können trotzdem doch nicht sagen: Ich war es nicht. - Sie greifen mich jetzt an, und Ihre Partei und Ihre Regierung beschließen die Lieferung von deutschen Waffen an die Peschmerga und die Kampfausbildung der Peschmerga, was nichts anderes ist als eine Beteiligung Deutschlands an diesem Konflikt. Das ist zwar nicht unmittelbar mit Truppen der Fall, aber es ist eine Beteiligung Deutschlands an diesem Konflikt. Machen wir uns doch da nichts vor.

Noch einmal: Ich bin der Letzte, der sagt, wir brauchten unbedingt Krieg. Ich sage nur: Der IS braucht eine entsprechende Antwort. Wenn wir so tun, als müssten wir unser Land nur weiter öffnen und dann würde nichts passieren, locken wir geradezu diejenigen an, die die westliche Staatengemeinschaft auseinanderdividieren wollen, weitere Aktivitäten zu unternehmen, anstatt dem entgegenzuwirken. Das ist eine der Maßnahmen.

Ich finde, wenn unsere französischen Freunde - übrigens unter einer sozialistischen Regierung, Herr Kollege Dr. Stegner, und nicht unter einer konservativen beziehungsweise rechten Regierung - sagen: "Wir nehmen die Kriegserklärung des IS jetzt an und reagieren entsprechend", wären wir die Letzten, die berufen wären, die Franzosen dafür zu schelten.

(Beifall FDP, CDU, SSW und vereinzelt SPD)

Und auch das sage ich: Da haben Sie recht, Herr Kollege Dr. Stegner. Da haben Sie völlig recht. Mit alldem, was Sie sagen, haben Sie völlig recht. Wenn es der **Staatengemeinschaft** insgesamt gelingt, den **Raum zu befrieden**, das heißt, in dem Raum die Perspektive eines Lebens zu ermöglichen, wird die Anzahl der Flüchtlinge abnehmen. Wenn die Menschen das Gefühl haben, sie könnten in Sicherheit dort mit einer eigenen Perspektive leben, werden sie in ihrem Heimatland bleiben und nicht gezwungen sein zu fliehen. Auch das muss doch ein Ziel unserer Aktivitäten sein. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU und Flemming Meyer [SSW])

### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

### Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt wieder zur Flüchtlingspolitik zurückkommen.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke!)

Der Ton in der **Flüchtlingspolitik** wird härter, vor allem vonseiten Berlins. Aber auch in unseren Nachbarländern ändern sich die Positionen und Vorgehensweisen. Der Ruf wird laut, die **Aufnahmepolitik** zu **verschärfen**. Dazu muss man aber auch sagen, dass seit dem Sommer eigentlich nichts anderes geschehen ist. Woche für Woche werden neue Maßnahmen verkündet oder stehen zur Verhandlung. Und dabei kann jeder sehen, dass sich die Dinge nur in eine ganz bestimmte Richtung entwickeln, nämlich zu einer Verschärfung der bisherigen Asylregelungen.

Für uns als SSW steht in dieser Hinsicht eigentlich fest, dass das Asylrecht eben nicht ausgehöhlt werden darf. Im Moment, muss man sagen, stehen wir kurz davor. Asyl auf Zeit wird da vorgeschlagen. Sichere Herkunftsstaaten haben wir schon beschlossen, und es werden sicherlich noch neue Diskussionen dazu kommen. Die Streichung der Rechtsmittel ist in der Diskussion immer wieder gern genommen.

All diese Dinge, die derzeit diskutiert werden, können letztendlich ein Ausdünnen des Asylrechts bedeuten. Davor kann und muss ich an dieser Stelle nur warnen. Das **Recht auf Asyl** ist ein grundlegendes und individuelles Menschenrecht. Wir dürfen nicht nachlassen, dieses Recht zu verteidigen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Birgit Herdejürgen [SPD])

Die Politik darf jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken und den scheinbar einfachsten Weg wählen, bei dem nur noch Asyl für diejenigen gilt, die zuerst da waren. Auch die Errichtung von Grenzzäunen oder Ähnlichem wären sicherlich eine verhältnismäßig einfache und plakative Lösung. Jedoch handelt es sich dabei um nicht mehr als einen Placeboeffekt. Ein Grenzzaun um das gesamte deutsche Bundesgebiet wird die Menschen jedenfalls nicht davon abhalten, ihren Weg zu uns zu finden.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Und auch Grenzkontrollen oder Schleierfahndungen werden sie wohl kaum aufhalten können. Fakt ist doch, dass im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage schlichtweg keine einfachen Lösungen möglich sind. Man darf sie auch gar nicht in irgendeiner Art und Weise in die Diskussion bringen, weil das die Menschen verblendet.

Die Bestrebungen vonseiten des Bundesinnenministers, syrische Flüchtlinge beispielsweise nach einem Jahr wieder zurück in ihre Heimat zu schicken, sind schlichtweg zynisch. Ein Syrer kann derzeit nicht zurückkehren. Das wissen wir. Dazu brauche ich an dieser Stelle eigentlich auch nichts weiter anzufügen. Wieder einmal wird die einfachste Lösung

(Lars Harms)

hervorgetan, was nach meiner Auffassung an Zynismus und Absurdität kaum zu übertreffen ist.

Was auch nicht weiter angehen kann, ist die Tatsache, dass die verlauteten **Zusagen**, die in Bezug auf das **BAMF** gemacht worden sind, bisher nicht in die Tat umgesetzt worden sind. Von der großen Ankündigung, die Behörde mit 1.000 zusätzlichen Mitarbeitern zu unterstützen, ist bisher nichts erreicht worden. Die Folge ist dann eben, dass die Leute acht, neun oder zehn Monate perspektivlos in den Einrichtungen herumhängen müssen, nichts zu tun haben und sich nichts mehr wünschen, als endlich etwas tun zu dürfen und sich endlich gegenüber der neuen Gesellschaft, in die sie eingewandert sind, öffnen zu können. Ich glaube, es ist nicht zu akzeptieren, dass es so lange dauert, bis die Menschen beim BAMF eingestellt werden.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN])

Warum das so ist, wüsste ich an dieser Stelle auch gern einmal. Es bleibt unverständlich. Wertvolle Zeit geht an dieser so entscheidenden Stelle verloren - Zeit, die wir wahrscheinlich nicht im Überfluss haben, die Flüchtlinge erst recht nicht. Ohne offiziellen Bescheid vonseiten der Behörden kann eine Integration nur erschwert angegangen werden. Und genau das wollen wir nicht: Menschen in der Warteschleife verharren lassen.

In einem Kommentar der "Tagesschau"-Redaktion war es vor einigen Tagen ganz ähnlich formuliert:

"Jeder Schritt, der das Warten der Flüchtlinge in den Camps, Turnhallen und Unterkünften verlängert, ist Desintegration mit Methode."

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Harte Worte, die es aber deswegen nicht weniger wert sind, gehört zu werden.

Leider ist es derzeit so, dass sich Wunsch und Realität immer weiter voneinander entfernen. An dieser Stelle muss dringend gegengesteuert werden. Und das geht nur, wenn die Arbeitsverträge für die 1.000 neuen Mitarbeiter beim BAMF endlich ausgestellt werden.

Auf der anderen Seite gibt es aus unserer Sicht auch Erfreuliches vonseiten der Bundesrepublik zu berichten. So ist es beispielsweise nicht zur Errichtung der intensiv diskutierten Transitzentren, in Anlehnung an das Flughafenmodell, gekommen. Wir begrüßen die Entscheidung, die betroffenen Flüchtlinge wie in der Vergangenheit nach rechtsstaatlichen Prinzipien zu behandeln. Ohnehin würde die viel erörterte Zielgruppe der Balkanflüchtlinge lediglich ungefähr 5 % der Gesamtzahl der zu uns kommenden Menschen ausmachen. Was sich in Bezug auf die verbleibenden 95 % ändern oder gar verbessern soll, wurde einfach ausgeklammert, meine Damen und Herren. Eigentlich ist auch das ein Zeichen: Die Politik unterhält sich über 5 % der Menschen, und über die anderen 95 %, bei denen wirklich Aufgaben zu erledigen sind, redet kein Mensch. Das ist ein Armutszeugnis, insbesondere für die Bundespolitik. Ich glaube, da muss sich sehr viel ändern.

### (Beifall SSW und PIRATEN)

Auf Landesebene hat die rot-grün-blaue Regierung das jedenfalls nicht getan und hat im Allgemeinen die 100 % im Blick. Um das nachzuvollziehen, braucht man sich nur die **Nachschiebeliste zum Haushalt** ansehen. Mit den Änderungsvorschlägen zum Haushaltsentwurf zeichnet sich eine strategische Aufstockung der Behörden und anderer Einrichtungen bei uns im Land ab. Diese soll zu einer Entlastung und zu einer Besserstellung in Bezug auf Flüchtlinge und Asylbewerber bei uns in Schleswig-Holstein führen.

Zweifelsfrei ist dies eine große haushälterische Herausforderung, die auch in Zukunft nicht von Anpassungen frei sein wird, meine Damen und Herren. Aber es ist notwendig, diese Herausforderung anzugehen. Sie ist es auch wert, in den Hausberatungen - ich nenne es mal so - kreativ vorzugehen. Ja, natürlich, wir müssen möglicherweise die Gesetze zur Schuldenbremse ändern; aber wir tun das, damit wir tatsächlich die Flüchtlingskrise bewältigen können. Das ist die eigentliche Aufgabe; darüber sollten wir bei diesem Thema diskutieren.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, dass das, was wir beim Haushalt machen, genau die richtige Antwort auf die Herausforderungen ist.

Für das kommende Jahr wird es daher einen höheren Personalstand an den Familiengerichten geben. Auch für die regelmäßig anfallenden Ausgaben, wie etwa für Dolmetscher an Gerichten, werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Zudem werden die heutigen und künftigen Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer zusätzlichen Summe von 180 Millionen € unterstützt. Darüber hinaus wurden zusätzliche Mittel für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, Deutschkurse für Flüchtlinge, die Betreuung

### (Lars Harms)

von geflüchteten Kindern in den Kitas sowie für die IT-Ausstattung in den Erstaufnahmeeinrichtungen bereitgestellt.

Hinzu kommen 300.000 € für die kreisfreien Städte, die besonders von Transitflüchtlingen betroffen sind. Damit werden insbesondere Flensburg, Kiel und Lübeck entlastet, und das, obwohl dies streng genommen keine **Aufgabe des Landes** ist, meine Damen und Herren. Deswegen ist es jedoch nicht weniger wichtig, den weiterreisenden Männern und Frauen beim Zwischenstopp bei uns im Land einen vernünftigen Aufenthalt gewähren zu können.

Ich sage vor dem Hintergrund auch, dass wir das schon die ganze Zeit machen: Wir schauen als Land nicht nur danach, was unsere ureigensten Aufgaben ist, sagen nicht, dass das vielleicht andere, etwa die Kommunen, machen müssten. Nein, wir schauen uns das gemeinsam mit den Kommunen an und sind bereit, die Kommunen zu unterstützen. Das haben wir in der Vergangenheit gezeigt, und das werden wir auch in der Zukunft so tun. Es führt zu den starken haushälterischen Belastungen. Ich sage es noch einmal: Das ist die Antwort auf die wichtigste Herausforderung, die wir dieses Jahr und in den nächsten Jahren haben. Ich glaube, wir gehen die Herausforderung richtig an.

Was aus unserer Sicht allerdings nicht zu einem vernünftigen Aufenthalt, egal ob nun kurz- oder langfristig, gehört, sind Gutscheine, elektronische Konsumkarten oder Ähnliches. Der Vorrang von Sach- gegenüber Geldleistungen für Asylbewerber ist unserer Meinung nach weder zeitgemäß noch finanziell vorteilhaft. Ganz im Gegenteil: Sachleistungen haben etwas Erniedrigendes. Sie entmündigen die Flüchtlinge zusätzlich und beinträchtigen sie in ihrer eigenständigen Lebensführung. Spätestens, wenn man vorm Regionalbus steht, der zum Fußballverein in den Nachbarort fährt, ist Bargeld unerlässlich.

(Beifall SSW, SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, es ist ganz banal: **Integration** heißt manchmal eben auch, sich eine Brause in der lokalen Sportschänke kaufen zu können.

Zur Problematik kommt hinzu, dass Sachleistungen für die Kommunen besonders kostspielig sind, weil sie die Vergabe der Sachleistungen gründlich administrieren müssen. Eventuell müssen die Sachen sogar noch lagern und dementsprechend den Bestand kontrollieren, abrechnen und managen. Wir als SSW meinen, dass ein kompletter Verzicht auf Bargeldauszahlungen für Flüchtlinge einfach völlig

lebensfremd ist und den Kommunen wahnsinnig teuer zu stehen kommt. Wir sollten die Kommunen nach Möglichkeit vor diesem Unsinn bewahren. Daher haben wir auch Bedenken, wenn es um die Einführung einer Zahlungskarte geht, wie es gerade in Baden-Württemberg der Fall ist. Wir wollen jedenfalls keinen Gutschein auf Umwegen, meine Damen und Herren.

Klar ist, dass wir in diesen Zeiten herausgefordert sind und dabei den einen oder anderen Umweg in Kauf nehmen müssen. Doch gilt es, diesen vor Krieg und entsetzlichsten Erfahrungen fliehenden Menschen gerecht zu werden. Unsere Aufgabe ist es, ihr Leid und ihre Würde ernst zu nehmen. Davon sollten wir uns um nichts in aller Welt abbringen lassen, schon gar nicht in Haushaltsdebatten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die einzige Fraktion, die noch deutlich mehr als eine Minute Redezeit hat, ist die CDU-Fraktion. Diese Redezeit nimmt jetzt Frau Abgeordnete Astrid Damerow in Anspruch. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

### **Astrid Damerow** [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erkenne die Irritation und gestehe: Ich war einem Missverständnis unterlegen. Wir hatten uns den Redebeitrag aufgeteilt. Die Kollegin Nicolaisen hat zunächst zu unserem eigenen Antrag gesprochen. Ich werde mich jetzt noch einmal mit den anderen Themen auseinandersetzen.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, allein im Oktober dieses Jahres haben fast 55.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Das ist mehr als in jedem anderen Monat in diesem Jahr. Deutschland und damit auch Schleswig-Holstein erreichen damit absehbar die **Grenzen** ihrer **Leistungsfähigkeit**.

Wir haben den Punkt, an dem der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben ausreichend wahrzunehmen, bereits vielfach überschritten. Bei der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen muss sich der Staat auf **ehrenamtliche Kräfte** verlassen. Wir alle wissen: Ohne die gewaltigen Anstrengungen unserer Bevölkerung und ohne die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement wären viele Dinge, die in den

(Astrid Damerow)

vergangenen Monaten geleistet wurden, überhaupt nicht möglich gewesen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Bund und Länder haben sich in diesem Jahr auf verschiedene Maßnahmen geeinigt, die dauerhaft zur Entspannung der Lage hier in unserem Land beitragen sollen. Der Bund entlastet die Länder und Kommunen finanziell. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ist erweitert worden - ich weiß, dass das von einigen in diesem Haus durchaus kritisch gesehen wird. Die Zahl der Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge soll weiter aufgestockt werden.

Natürlich wünschen auch wir uns, dass dies wesentlich schneller geht, denn auch für uns ist es nicht akzeptabel, dass **Asylantragstellungen** eine derartig lange Zeit beanspruchen, vor allem, dass es Monate dauert, bevor man überhaupt den Antrag stellen kann. Auch wir halten das für völlig inakzeptabel. Ich könnte hier noch wesentlich mehr aufzählen.

Ebenso entscheidend wird aber auch sein, wie Europa als Ganzes mit der Thematik der Flüchtlingswelle umgeht. Ein **gemeinsames Vorgehen Europas** ist weit und breit nicht zu erkennen. Die Einigung, lediglich 160.000 Flüchtlinge in Europa zu verteilen, musste hart errungen werden, und die Umsetzung klappt - so würde ich es einmal sagen - eigentlich überhaupt nicht.

(Regina Poersch [SPD]: 30 sind schon verteilt!)

- 30 sind schon verteilt, ja. Solange wir nicht europaweit zu einer solidarischen Flüchtlingsaufnahme kommen, ist es natürlich nur folgerichtig, wenn Deutschland auch wieder zum Dublin-III-Verfahren zurückkehrt. Eine Abschaffung von Dublin III, für die ich durchaus hohe Sympathie hege - ich denke, das ist hier schon bekannt -, kann nur funktionieren, wenn wir europaweit zu einheitlichen Aufnahmemechanismen und zu einer gerechten Verteilung aller Flüchtlinge kommen.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

Sobald sich alle Länder daran beteiligen, kann das auch etwas werden. Im Moment ist das aber überhaupt nicht abzusehen.

(Unruhe - Zurufe)

- Kollegin Midyatli!

(Serpil Midyatli [SPD]: Das war eine Reaktion darauf, dass Frau Beer geklatscht hat!)

- Ach so! Ebenso unverzichtbar ist natürlich auch, dass wir innerhalb der EU endlich dazu kommen, unsere Außengrenzen vernünftig zu sichern. Das haben wir in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt, und dies rächt sich jetzt. Auch hier in diesem Haus haben wir häufig über den Sinn und die Notwendigkeit der Sicherung der EU-Außengrenzen diskutiert. Wir waren immer unterschiedlicher Ansicht. Ich denke, heute wären wir froh, wenn wir damals andere Entscheidungen getroffen hätten:

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

denn Schengen kann nur funktionieren, wenn wir sichere EU-Außengrenzen haben. Dabei bedeutet Sicherung im Übrigen nicht automatisch Abschottung.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu, Herr Kubicki. Es geht hier nicht um Abschottung,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sondern?)

sondern es geht schlicht und ergreifend darum, an unseren Grenzen zu erkennen, festzulegen, zu registrieren, wer nach Europa kommt. Natürlich muss Europa für die Menschen, die des Schutzes bedürfen, offen bleiben, aber wir müssen dies auch organisieren können, und das können wir nur mit funktionierenden Außengrenzen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was heißt das denn?)

Im Übrigen müssen wir uns dann auch in der Folge einmal darüber unterhalten, was Schutzbedürftigkeit bedeutet. Wie werden wir in Zukunft damit umgehen, wenn Menschen nicht direkt aus Kriegsgebieten zu uns fliehen, sondern wenn Menschen aus Flüchtlingslagern rund um die Kriegsgebiete fliehen? Auch da werden wir endlich Diskussionen führen müssen, und wir werden uns auch einigen müssen. Ich denke, auf lange Sicht werden wir hier zu grundsätzlich anderen Entscheidungen kommen müssen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Nein, ich meinte damit die Frage: Ist ein Flüchtling, der aus einem Flüchtlingslager, beispielsweise aus der Türkei, kommt, ein Flüchtling im Sinne des Gesetzes und der **Genfer Flüchtlingskonvention**, wie wir sie heute verstehen? - Das wird keine sehr angenehme Diskussion werden, aber vor dem Hintergrund der schieren Zahlen und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die gesamte EU nicht in

# (Astrid Damerow)

der Lage ist, hier solidarisch zu agieren, werden wir um diese Diskussion nicht herumkommen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir brauchen im Übrigen auch eine Sicherung unserer deutschen Grenzen. Auch hier geht es nicht um Abschottung, sondern hier geht es darum, dass wir konsequent feststellen, wer in unserem Land ist. Es ist nicht hinzunehmen, dass sich circa 300.000 Menschen unregistriert irgendwo in Deutschland aufhalten.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Jürgen Weber [SPD])

Wir werden uns dann auch - so unangenehm das ist, es ist hier bereits angeklungen - über die **Frage des Familiennachzugs** unterhalten müssen. Damit will ich nicht per se sagen, dass es ihn nicht geben soll, aber wir müssen dieses Thema diskutieren, denn jedem von uns ist klar - das ist hier allgemein mehrfach erwähnt worden -, dass die wahre Aufgabe, vor der wir alle stehen, nicht die logistische Organisation der Unterbringung ist, sondern die **Integration** der Menschen, die zu uns kommen, wenn sie dann in den Kommunen sind.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Da wird dann auch das Thema des Familiennachzugs noch einmal zu erörtern sein.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Natürlich müssen wir viele Mechanismen zur Integration - die Kollegin Midyatli hat das vorhin sehr deutlich gesagt - weiter intensivieren. Vieles ist schon passiert, gerade im Bereich Sprache. Wir werden uns aber auch, das hat Herr Kubicki vorhin ausgeführt, im Bereich der Arbeitsaufnahme noch einmal deutlich anschauen müssen, welche Hindernisse es hier gibt, welche wir möglicherweise beseitigen können. Ich möchte hier auch erwähnen, dass wir selbstverständlich auch unsere Kommunen finanziell so ausstatten müssen, dass sie die Aufgabe der Integration auch leisten können.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Deshalb bedauern wir es außerordentlich, dass die Landesregierung hier mit der kommunalen Familie nicht zu einer Einigung gekommen ist.

Ebenso deutlich ist aber auch, dass wir die Sorgen und Ängste unserer Bürger ernst nehmen müssen, dass wir feststellen müssen, dass das Sicherheitsempfinden unserer - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Die ganzen armen Bürger, die unfreiwillig in der rechten Ecke

sitzen! Jetzt kommt dieser Quatsch wieder! Es steht mir echt bis hier!)

- Herr Präsident, darf ich noch zu Ende reden?

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben das Wort noch für ungefähr 10 Sekunden

#### **Astrid Damerow** [CDU]:

Wir müssen feststellen, dass sich unsere Bürger zunehmend unsicher fühlen. Ich finde, auch darauf muss man eine Antwort geben, gerade vor dem Hintergrund, dass unsere Polizei andere Aufgaben wahrnehmen muss. Ich denke, da ist es nicht unlauter, wenn man einmal die Anregung gibt, Herr Innenminister, dass möglicherweise vielleicht auch die **Bundeswehr** im Wege der **Amtshilfe** hier unsere Landespolizei entlasten kann, damit diese ihren ureigensten Aufgaben wieder nachkommen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

- Ich meinte im Rechtswege der Amtshilfe -

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, jetzt müssen Sie wirklich zum Schluss kommen.

#### **Astrid Damerow** [CDU]:

- beispielsweise in der besonderen Aufbauorganisation, ich meinte nicht für polizeiliche Aufgaben, um das ganz deutlich zu sagen. Die Bundesverteidigungsministerin hat dies angeboten. Ich finde, das ist eine Prüfung wert.

Die Empörung der Kollegin Midyatli - -

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz.

#### **Astrid Damerow** [CDU]:

Ich formuliere den letzten Satz, Herr Präsident,

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

sofern die Kollegin Midyatli mich lässt. Ich habe in meiner ganzen Rede bewusst keinen Bezug auf die Ereignisse Ende letzter Woche genommen. Was ich aber schon sagen möchte, Kollegin Beer, ist: Integration dient in meinem Verständnis nicht in erster Linie dazu zu verhindern, dass Flüchtlinge zu Terroristen werden, sondern sie dient in erster Linie dazu, dass wir mit den Flüchtlingen und zum Woh-

#### (Astrid Damerow)

le der Flüchtlinge hier gemeinsam und gedeihlich leben können. Alle anderen Querverbindungen weise ich von mir.

(Zurufe)

- Nein, Kollegin Beer. - Nein, die Kollegin Beer hat es vorhin noch einmal betont. Integration dient nicht in erster Linie dazu, Terrorismus zu verhindern.

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, ich habe wirklich viel Geduld, aber bitte!

#### **Astrid Damerow** [CDU]:

Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Danke schön. Jetzt kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben, danach Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

# Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist jetzt eine ganz interessante Strategie der CDU, eine recht versöhnliche Integrationsrede zu halten, sodass man selbst überlegt, ob man nicht seinen eigenen Redebeitrag vielleicht auch ein bisschen runterfahren sollte, um Sie nicht zu scharf anzuschießen. Außerdem bin ich angeschlagen, sodass ich sowieso nicht so sehr zu Schärfe neige. Wir haben heute auch genügend Kriegsrhetorik gehört. Aber dann, wenn alle anderen ihre Redezeit - ich meine: selbst Schuld - schon aufgebraucht haben, hier noch einmal so etwas loszulassen, Frau Damerow, erfordert eine Erwiderung.

Erstens. Bei meinen Besuchen in den Erstaufnahmeeinrichtungen habe ich, ehrlich gesagt, überall schon Bundeswehrangehörige gesehen, die Betten aufstellen und Essen austeilen. Insofern ist es ein guter Vorschlag, aber es wird schon gemacht.

Zweitens. Zur Einigung mit den Kommunen: Es ist in der Sache logisch, wenn man verhandelt, dass immer zwei Parteien bei der Frage, wann und ob es eine Einigung gibt, dazugehören. Ich bin fest davon überzeugt, dass es diese Regierung sehr bald schaffen wird, mit den **Kommunen** eine **Einigung** zu erreichen, aber dann müssen sich Kreise und Gemein-

den, die gemeinhin als eins gesehen werden, auch konstruktiv einbringen.

Dritter Punkt: sichere Außengrenzen. Wenn Sie von Registrierung sprechen, liebe Frau Damerow, dann wird durchaus von vielen geteilt, dass das passiert. Aber "sichern" hat für mich immer irgendetwas davon, dass ich mich abschotten muss von anderen, sichern vor einem Feind oder so etwas. Das kann eben nur mit Gewalt funktionieren. Ich sehe dieses Szenario zum Glück noch nicht, dass wir auf Flüchtlinge schießen. Es wird im Übrigen auch immer sehr hart von allen kritisiert, wenn die Türkei, wie das zurzeit passiert, kurdische Flüchtlinge aus Kobane abschießt, die dort dann in Krankenhäusern unter schrecklichsten Bedingungen leben müssen, und wir bezahlen sie praktisch dafür, wir erwarten, dass die die Grenzen schützen. Das ist absurd.

Ich glaube - das wurde schon oft genug gesagt -, wir können Flüchtlingszuströme nur verändern, wenn wir etwas in den Herkunftsländern tun und nicht dadurch, dass wir von vermeintlich sicheren Außengrenzen sprechen.

Viertens. Gegen konsequentes Registrieren hat niemand etwas. Wenden Sie sich bitte schön an Ihre Bundesregierung und insbesondere Ihren Bundesinnenminister und Ihren Kanzleramtschef, damit das Bundesamt so ausgestattet wird, dass das passieren kann. Wir haben doch gar nichts dagegen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ob das in einer Zone, einer Transitzone oder einem wie auch immer genannten Registrierungszentrum geschieht, ist mir völlig egal. Es kann einfach in der Erstaufnahme in Neumünster passieren. Da müssen keine neuen **Einreisezentren** geschaffen werden, sondern die können gern morgen in Neumünster anfangen und die Leute registrieren. Das wäre super.

Letzter Punkt: Integration ohne Familie. Liebe CDU, wenn Sie sagen, Sie seien die Familienpartei, und Große Anfragen zu Kitas stellen, wie können Sie dann darüber nachdenken, dass, wenn wir über Integration reden, der **Familiennachzug** begrenzt werden muss?

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende.

# Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben hier lauter Männer, deren Familien dann trotzdem kommen - nur nicht legal, sondern übers

#### (Eka von Kalben)

Mittelmeer. Ich glaube nicht, dass Sie das wollen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Als Nächste hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

# **Jette Waldinger-Thiering** [SSW]:

Ich muss leider etwas auf die Rede der von mir sehr geschätzten Kollegin Astrid Damerow erwidern. Ich bin es leid, von der CDU immer wieder zu hören, wenn wir keine **Ehrenämtler** hätten, würde diese großartige Landesregierung mit den großartigen Beamten und Mitarbeitern der Verwaltung diese Flüchtlingsaufgabe nicht stemmen können.

#### (Vereinzelter Beifall CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein nehmen sich dieser Aufgabe an und engagieren sich. Das ist keine Schande, das ist keine Lückenbüßerei, sondern das ist eine großartige Sache, dass sie dies endlich tun, dass sie sagen: Wir sehen, dass das eine große Aufgabe für Schleswig-Holstein ist, eine große Aufgabe für die Bundesrepublik und Europa; wir bringen uns hier ein.

Das hat nichts damit zu tun, dass die Landesregierung, die Beamten und Verwaltungsmitarbeiter dies nicht meistern könnten. Ich finde das toll.

(Christopher Vogt [FDP]: Wer hat etwas anderes gesagt?)

Ich finde es großartig, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein erkannt haben, dass man sich einbringen kann in dieser Notsituation, in der wir uns alle befinden.

(Vereinzelter Beifall SPD - Unruhe)

Ein weiterer Punkt ist der Familiennachzug. Ich finde es beschämend, dass die CDU darüber nachdenkt, den **Familiennachzug** zu begrenzen, und den Flüchtlingen, die zu uns kommen, die Möglichkeit verwehren will, ihre Familien nachzuholen, und damit für den einen gilt, was für den anderen nicht gelten soll. Wieso will es die CDU untersagen, dass die Familien der Flüchtlinge nachziehen?

(Astrid Damerow [CDU]: Das habe ich nicht gesagt! - Unruhe - Glocke Präsident)

Ich finde das unter humanitären Gesichtspunkten schrecklich.

Es wird immer wieder, auch von der CDU, laut gefordert: Wir möchten noch mehr Polizei, weil mehr Polizei unsere innere Sicherheit stärkt. - Wenn wir an jeder Ecke noch mehr Polizisten haben, wird das unsere innere Sicherheit nicht stärken.

(Anhaltende Unruhe)

Damit versuchen Sie nur, den Schein nach außen zu wahren. Ich finde es nicht in Ordnung, dass immer mehr innere Sicherheit dazu gebraucht wird, irgendwelche Stimmen zu fangen und immer mit dem Argument zu kommen, wenn wir mehr Polizei hätten, werde sich alles lösen. Ich finde es sehr schade, dass die CDU immer wieder auf dieses Pferd setzt, Hauptsache, wir können noch ein bisschen rechter um die Ecke laufen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort.

# **Stefan Studt**, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der aktuellen Flüchtlingssituation haben wir momentan sicher eine der größten Herausforderungen zu bewältigen, vor denen unser Land und unsere Gesellschaft je standen. Lassen Sie es mich gleich zu Beginn sagen: Ich bin unverändert davon überzeugt, dass wir diese aktuellen Herausforderungen gemeinsam bewältigen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir - da schließe ich Bund und Kommunen ausdrücklich ein - haben den gesetzlichen und politischen Auftrag, die organisatorischen Voraussetzungen der drei **Säulen der Flüchtlingspolitik** Unterbringung, Asylverfahren und Integration zu schaffen und ein ordnungsgemäßes Funktionieren zu gewährleisten.

Es ist ein Gebot der Humanität - da stimme ich mit unserer Bundeskanzlerin überein - und daher mein und unser oberstes Ziel, allen ankommenden Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf anzubieten und die notwendige Betreuung, Versorgung und Sicherheit zukommen zu lassen. Insofern sind die Anstrengungen, die wir unternehmen, alternativlos.

Daneben sehe ich uns in der Verantwortung, die Kommunen so weit wie irgend möglich zu unterstützen. Dazu gehört eine angemessene und rücksichtsvolle Kreisverteilung, aber natürlich auch die Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal betonen: Die aktuelle Situation im Land ist weder eine Krise noch eine Katastrophe. Dies sind Begriffe, die für die zuständigen Heimatländer der Flüchtlinge gelten und dort beseitigt werden müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Flüchtenden benötigen eine Perspektive, um entweder Teil unserer Gesellschaft zu werden oder irgendwann in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Meine Damen und Herren, ich erwarte, dass wir bis zum Ende des Jahres in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen und Landesunterkünften **Platz für bis zu 25.000 Flüchtlinge** schaffen können. Damit könnten die täglich 200 bis 400 zu uns kommenden Flüchtlinge sicher untergebracht werden, wenn wir die Kreisverteilung auf dem aktuellen, vertretbaren Niveau halten.

Daneben haben wir es mit einer beträchtlichen Zahl von **Transitflüchtlingen** zu tun, etwa 800 bis 1.000; in der Spitze reisen pro Tag sogar 2.000 Menschen über Schleswig-Holstein überwiegend in Richtung Schweden. Nach Einführung der Grenzkontrollen in Schweden hat sich die Zahl etwas reduziert, allerdings findet erwartungsgemäß eine Verlagerung von den Fährverbindungen Kiel und Lübeck in Richtung Flensburger Bahnhof statt. Aber auch das funktioniert immer noch in wunderbarer Weise. Dank an dieser Stelle an Frau Abgeordnete Lange.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Hauptaugenmerk liegt nach wie vor darauf, im gesamten Land die Voraussetzungen für eine ausreichende Zahl von **Unterkünften** zu schaffen. Ich gehe davon aus, dass die skizzierten Herausforderungen auch im kommenden Jahr fortdauern, sodass ich es für geboten halte, an bestehenden Standorten von Erstaufnahmeeinrichtungen die Kapazitäten abgestimmt zu erhöhen und sämtliche Möglichkeiten im Land zu nutzen, um den zu uns kommenden Menschen die notwendige Unterbringung entweder in festen Gebäuden oder in Wohncontainern gewähren zu können.

Ich bin den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden an den Standorten unserer bestehenden und geplanten Erstaufnahmeeinrichtungen außerordentlich dankbar, dass wir in zum Teil sehr komplexen Gesprächen immer wieder gute Lösungen erzielen. Ich will deutlich sagen: Jeder Bürgermeister, jede Region mit einer Erstaufnahme leistet einen echten solidarischen Beitrag für alle anderen Kommunen im Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei den vielen Diskussionen um die geeigneten Standorte setzen wir bewusst darauf, Unterkünfte möglichst in oder zumindest nah an die Städte und Gemeinden zu bringen und nicht weit außerhalb auf die grüne Wiese. Es reicht aber auch nicht, den Asylsuchenden einfach nur ein Dach über dem Kopf anzubieten. Ich möchte, dass die Menschen nach ihrem strapaziösen Weg nach Deutschland endlich wieder ein Gefühl von Sicherheit bekommen. Deshalb erlebe ich gerade in diesen Zeiten ganz besonders durch die gelebte Willkommenskultur in Schleswig-Holstein immer wieder beeindruckende Situationen. Wir - Haupt- und Ehrenamt gemeinsam - zeigen immer wieder das freundliche Gesicht, welches die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner jeden Tag auszeichnet.

Meine Damen und Herren, wenn ich die Themen "Sicherheit" und "Schutz für Erstaufnahmeeinrichtungen" anspreche, nehme ich gern die besondere Leistung unserer Landespolizei auf. Herr Abgeordneter Kubicki, auch Ihren Vorschlag nehme ich gern mit zu prüfen, ob es weitere Möglichkeiten gibt, die besondere Überstundenbelastung entsprechend anzuerkennen.

Die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind für die Flüchtlinge in den Einrichtungen mittlerweile wichtige Ansprechpartner. Sie zeigen durch ihren Einsatz, dass Sicherheit und Autorität durchaus ein menschliches Gesicht haben können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei leisten sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen, aber auch im Rahmen der Unterstützung bei der Erfassung von Flüchtlingen, der Akquise von Unterbringungsmöglichkeiten und dem Aufbau von Erstaufnahmeeinrichtungen einen ganz erheblichen Anteil. Wir haben von der Frau Abgeordneten von Kalben schon gehört: Natürlich ist Bundeswehr von Beginn an, seit es die "Helfenden Hände" gibt, in unseren Einrichtungen, sei es, um beim Aufbau zu unterstützen, bei Essens- und Bekleidungsausgaben oder ganz aktuell bei Registrierungsarbeiten. Das haben wir lange aufgenommen.

Ich bin dankbar, dass wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land an dieser Stelle so positiv entwickeln können.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Blick auf die Kriminalitätsentwicklung möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal betonen: Rechtsfreie Räume, religiös beziehungsweise weltanschaulich motivierte Parallelgesellschaften oder gar eine Paralleljustiz außerhalb unserer Rechtsordnung lassen wir natürlich nicht zu. Ich will es auch einmal sagen: Wir haben zurzeit keine Hinweise darauf, dass es aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus systematisch zu Begehungen von Straftaten jedweder Art kommt. Dies betrifft immer wiederkehrende Gerüchte, dass insbesondere Eigentumsdelikte aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus begangen werden, aber auch die Frage nach dem ausreichenden Schutz für Frauen und Kinder in unseren Einrichtungen. Sehr gut nachvollziehen kann ich den gemeinsamen Antrag, der hierzu vorliegt, insbesondere zur Unterbringung von Frauen. Ich verstehe dies als Zielvorstellung. Sehen Sie mir aber auch nach, dass wir in dem schnellen Aufbau und bei der schnellen Personalbeschaffung sicherlich nicht sofort diesen tollen und richtigen Standard leisten können. Das ist in der jetzigen Phase von Beginn an nicht möglich. Aber ich verstehe den Auftrag. Ich nehme ihn entsprechend an.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Umso wichtiger ist es, jetzt so schnell wie möglich Voraussetzungen zu schaffen, damit sich unsere Landespolizei verstärkt wieder ihren originären Aufgaben zuwenden kann. Herr Kubicki, eines möchte ich aus aktuellem Anlass klarstellen: Es gibt keine politische Maßgabe, dass irgendwie irgendeine Art von flüchtlingsbezogenen Straftaten und Taten nicht tatsächlich dargestellt werden. Es gibt keine Vorgabe, Statistiken zu schönen oder gar Taten unter den Teppich zu kehren. Wir haben in der letzten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses darüber gesprochen, wie wir diese Taten erfassen wollen, wie flüchtlingsbezogene Taten definiert werden. Das können wir gern im Fachausschuss fortsetzten, sodass wir da eine gemeinsame Verständigung haben.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Angelika Beer [PIRATEN])

Ich habe es bereits an anderer Stelle schon gesagt: Um die Belastung der Polizei zu reduzieren, ist mein Ziel, dass wir im Sommer des kommenden

Jahres so weit sind, die besondere Aufbauorganisation sukzessive wieder aufzulösen. Bis dahin muss das Landesamt für Ausländerangelegenheiten mit den Personalzuwächsen aufgestellt und organisiert sein, damit die Aufgaben Betreiben der Einrichtung und der Verfahren wieder vollständig übernommen werden können. Unser Ziel ist es natürlich, möglichst schnell wieder zur taggenauen Erfassung zu kommen, zur medizinischen Untersuchung, zur ID-Behandlung und bestenfalls auch zur zeitnahen Antragsannahme beim BAMF. Das haben wir schon gehört. Es ist ein immer wiederkehrendes Drama, dass diejenigen, die heute kommen, ihren Stempel in die entsprechende Bescheinigung bekommen, im August vorzusprechen. Seit wenigen Tagen verzichtet das BAMF auf diesen Stempel. Jetzt gibt es überhaupt keine zeitliche Perspektive mehr. Das sind genau die Dinge, die es für uns alle schwierig machen, dass wir in der Organisation, in der Planung auf den Bund angewiesen sind. Aber - das will ich deutlich sagen - noch viel schwieriger ist es für die Menschen, die als Antragsteller zu uns kommen, hier im Ungewissen leben, die in der Tat lange auf die entsprechende Entscheidung warten müssen. Das ist die eigentliche Zumutung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Denjenigen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, wollen und müssen wir von Beginn an die notwendigen Integrationsschritte zugänglich machen. Wir haben schon gehört - das ist sicherlich zutreffend -: **Sprache** ist und bleibt das A und O, bleibt der **Schlüssel für die ersten Integrationsschritte**. Wir machen das mit den Willkommenskursen, den WISH-Kursen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Darüber hinaus gilt, das fortzuführen, die Integrationskurse zu öffnen und hinreichend Möglichkeiten bereitzustellen. Ich weiß, dass wir in den Einrichtungen noch nicht in jedem Bereich so weit sind, das anbieten zu können. Manchmal fehlen die Räume. Aber auch da ist das Ziel, das entsprechend schnell nachzuholen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal betonen - das ist hier schon deutlich geworden -: Natürlich braucht das Ehrenamt Hauptamt, und das Hauptamt braucht das Ehrenamt. Deshalb bemühen wir uns auf Landesebene mit allen Kräften, im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen schnellstmöglich hauptamtliches Personal einzustellen. Daneben muss die Hilfe der Freiwilligen gut organisiert und aufeinander abgestimmt sein. Der vorliegende Antrag rennt daher bei uns offene Türen ein. Natürlich geht es dabei auch darum zu schauen, wo der

eine oder andere Flüchtling im **Ehrenamt** mitwirken kann, wo er mithelfen kann. Das ist eine Frage, die uns häufig erreicht. Es gibt viele Organisationen, Initiativen, Vereine, die sich für ein aktives Freiwilligenengagement der Flüchtlinge entsprechend verwenden. Das nehmen wir gern auf.

Beides ist gut, beides muss auch deutlich hervorgehoben werden, beides muss man fördern. Deshalb haben wir zur **Unterstützung von ehrenamtlicher Tätigkeit** von und mit Flüchtlingen ein in der Nachschiebeliste unterlegtes Unterstützungsprogramm dargestellt. Dazu gehören der Aufbau des Projektes "Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe" ebenso wie Koordinierungsstellen auf Kreisebene, von denen wir schon gehört haben.

Es geht hier um Qualifizierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten und um die **Koordinierungs- und Organisationstätigkeit** im Rahmen des Engagements für Flüchtlinge. Dafür sind insgesamt 2,5 Millionen € vorgesehen.

Zu den **Freiwilligendiensten** will ich nur einen kurzen Hinweis geben. In der Tat ist es gut und richtig, dass der Bund diese Dinge regelt. Das sollten wir als Land nicht tun. Täten wir das und regelten das anders, lägen die Kostenfolgen möglicherweise bei uns. Ich finde das Konzept des Bundes überzeugend. Das ist ein guter Ansatz. Da wollen wir gern aufsetzen.

Mit Blick auf die weiteren Integrationsschritte sage ich Ihnen: Die Mehrzahl derer, die heute zu uns kommen, wird bei uns bleiben. Sie werden morgen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sein. Sie werden Wohnraum brauchen, arbeiten wollen, in die Schule gehen wollen und entsprechende Ausbildungen machen, vielleicht auch Sport treiben oder anderen Hobbys nachgehen wollen. Das vordringliche Thema im Moment bleibt für uns aber Unterbringung, Unterbringung in den Kommunen. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen, die wir entsprechend unterstützen wollen. Das ist mit dem Wohnungsbauprogramm unterlegt, zu dem ich Ihnen gleich noch etwas ausführen werde.

Wir müssen im Grunde aber auch über die Kehrseite sprechen. Das ist etwas, was richtig und wichtig zu betonen ist. Wir haben auch die Situation derjenigen, die nicht bei uns bleiben können. Im Mittelpunkt stehen aber auch da in Zukunft die Sicherheit und die Würde des Einzelnen. Trotzdem werden die Kreisausländerbehörden und das Landesamt die im Oktober angepassten Rechtsregelungen konsequent und angemessen anwenden. Das wichtigste Ziel - wir haben gerade in der letzten

Woche ein Projekt mit der Diakonie auf den Weg gebracht - bleibt das **Rückkehrmanagement**, bleibt die Rückkehrberatung. Vorrangiges Ziel ist, frühzeitig die freiwillige Ausreise zu fördern und zu unterstützen. Die Zahl derjenigen, die freiwillig ausreisen - das ist an den Zahlen erkennbar -, ist hoch und wird höher. Ich hoffe, dass wir das weiter steigern können. Der aktuelle Stand, Ende Oktober: 684 freiwilligen Ausreisen stehen 421 Abschiebungen im Jahr 2015 gegenüber.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch einmal: Wir leben in einer besonderen Lage, sicherlich noch einmal etwas schwieriger durch die Ereignisse von Freitag/Samstag und Montag/Dienstag. Lassen Sie uns diese Dinge gemeinsam bewältigen, lassen Sie uns gemeinsam in den Ausschüssen darüber diskutieren, wie man es am besten machen kann. Dann bin ich mir sicher: Wir schaffen es. - Danke.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SSW)

#### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten 40 Sekunden überzogen. Die Redezeit steht allen Fraktionen zur Verfügung. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Sachanträge, welche ich der Reihe nach abarbeiten werde. Ich werde Sie jedes Mal fragen, ob ein Überweisungsantrag gestellt wird, wenn es sich um einen Antrag handelt, der noch nicht in einem Ausschuss beraten worden ist, und dann darüber abstimmen lassen. Ansonsten werde ich in der Sache abstimmen lassen.

Zunächst Punkt 19, Stärkung des ehrenamtlichen Engagement - Freiwilligendienste weiterentwickeln - Migranten besser integrieren, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3459, und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3589. - Sehe ich einen Überweisungsantrag?

(Petra Nicolaisen [CDU]: Ja!)

- Die CDU beantragt, beide einzeln in den Innenund Rechtsausschuss zu überweisen. Dies ist ein Antrag zur Überweisung beider Anträge.

Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion. Wer die Drucksache 18/3459 überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimment-

haltungen? - Dann wird über diesen Antrag gleich in der Sache abgestimmt.

Der Antrag auf Überweisung gilt auch für den Antrag in der Drucksache 18/3589. Wer ihn überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ich mache das alles einzeln der Reihe nach. - Da gibt es kaum noch Stimmen. Gegenstimmen gegen die Überweisung des Antrags?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war doch gerade eben!)

- Es wurde ein Antrag auf Überweisung gestellt. Darüber wird jetzt abgestimmt. Danach wird in der Sache abgestimmt. Jetzt frage ich, ob jemand gegen die Überweisung des Antrags der Koalition ist. Dann bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Dann ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW die Überweisung beider Anträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Sachabstimmung. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich schlage vor, nach § 75 der Geschäftsordnung des Landtages abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. -Widerspruch sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/3459 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion ist mit den Stimmen aller anderen Fraktionen außer den Stimmen der natürlich dafür stimmenden CDU-Fraktion dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag von SPD, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW in der Drucksache 18/3589 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Piratenfraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion ist der Antrag angenommen.

Jetzt komme ich zu Tagesordnungspunkt 27, Einrichtung eines Ausschusses für Integrations- und Flüchtlingspolitik. Es handelt sich um einen Antrag der Fraktion der PIRATEN. Wird Überweisung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir in der Sache ab.

Wer dem Antrag in der Drucksache 18/3531 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Piratenfraktion. Alle?

(Uli König [PIRATEN]: Alle!)

- Okay. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ich sehe nicht, wofür der Abgeordnete Breyer ist. Er hat nicht teilgenommen. Ich werte das so, dass er nicht an der Abstimmung teilgenommen hat. Dann gab es nur einige Stimmen der Piratenfraktion gegen die Stimmen der anderen Fraktionen und bei Nichtbeteiligung des Abgeordneten Breyer.

(Volker Dornquast [CDU]: Wir haben uns enthalten!)

- Die CDU hat sich enthalten. Danke schön für den Hinweis. Das nehme ich für das Protokoll gern mit auf

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Beschlussempfehlungen. Dabei geht es um Anträge, über die bereits im Ausschuss beraten wurde. Deswegen gibt es hierzu keine Überweisungsanträge, sondern es wird in der Sache abgestimmt.

Zunächst kommen wir zu Tagesordnungspunkt 41, Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsforder Landstraße, für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber. Das ist ein Antrag der Landesregierung in der Drucksache 18/3507. Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses von heute finden Sie in der Drucksache 18/3546. Heute Mittag ist das beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag in der Drucksache 18/3507 unverändert anzunehmen.

Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist dann gegen die Stimmen der FDP-Fraktion mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 45, Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein koordinieren. Das ist ein Antrag der Piratenfraktion in der Drucksache 18/3413. Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses liegen in der Drucksache 18/3550 vor. Der Ausschuss empfiehlt mit Zustimmung der Antragsteller, den Antrag in der Drucksache 18/3413 für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Dann kommen wir jetzt zu Tagesordnungspunkt 46, Rechtsfreie Räume verhindern. Das ist ein Antrag

der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/3421. Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses liegen in Drucksache 18/3551 vor. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag in der Drucksache 18/3421 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Piratenfraktion. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Gegenstimmen der FDP und Stimmenthaltung der CDU ist die Beschlussempfehlung so angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 47, Für eine neue Flüchtlingspolitik - "unsichere Herkunftsländer" festlegen. Das ist ein Antrag der Fraktion der PIRATEN in der Drucksache 18/3342. Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses liegen Ihnen in der Drucksache 18/3552 vor. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ist das somit von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 48, Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Das ist ein Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/3353. Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses liegen Ihnen in der Drucksache 18/3553 vor. Ich lasse über den Antrag in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen.

Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist mit den Stimmen der FDP, der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Piratenfraktion und bei Enthaltung der CDU-Fraktion so angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 59, Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften. Das ist ein Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/3426. Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses liegen Ihnen in Drucksache 18/3554 vor.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktionen von CDU und PIRATEN in Drucksache 18/3591 vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das ist einstimmig. Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 18/3591 angenommen.

Ich lasse nun über den Ursprungsantrag in der Drucksache 18/3426 in der soeben geänderten Fassung - also das, was wir gerade beschlossen haben - abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist auch wieder einstimmig.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 51, Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/2160 sowie zum Bericht der Landesregierung - Menschwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein - in der Drucksache 18/2190. Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses liegen Ihnen in der Drucksache 18/ 3556 vor. Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in der Drucksache 18/2160 sowie des Berichts der Landesregierung in der Drucksache 18/ 2190. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 52, Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge. Das ist ein Antrag der Fraktion der PIRATEN in der Drucksache 18/3396. Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses liegen Ihnen in der Drucksache 18/3557 vor. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW, der Stimme des Abgeordneten Breyer sowie den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der restlichen PIRATEN so angenommen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 32, dem letzten für heute.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Es liegt noch ein Antrag in der Drucksache 18/3590 vor!)

- 18/3590?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Den haben wir nicht!)

Welcher Tagesordnungspunkt ist das, Frau Herdejürgen? - Frau Abgeordnete, können Sie mir bitte noch einmal den Tagesordnungspunkt nennen, unter dem der Antrag einsortiert ist?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Der Antrag in der Drucksache 18/3590! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir haben ihn nicht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Worum geht es denn? - Serpil Midyatli [SPD]: Es geht um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge! - Weitere Zurufe)

- Das ist also inzwischen geklärt. Ich habe es hier nicht bei meinen Unterlagen. Besteht bei der CDU noch Redebedarf zu diesem Punkt? - Das sehe ich nicht.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Nein, es ist erledigt!)

- Es ist erledigt. Danke.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf: Berichtsantrag - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

(Zurufe)

- Wir kommen jetzt zum Thema bezahlbaren Wohnraum. Wenn Sie ein anderes Thema behandeln wollen, dann gern.

# Berichtsantrag - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3523

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Der Innenminister hat es in seiner Rede eben schon angekündigt, dass er zu diesem Thema reden möchte. Wenn er das soll, dann bitte ich Sie jetzt um Ihr Handzeichen.

(Wortmeldung Hans-Jörn Arp [CDU])

- So sieht das die Tagesordnung vor.

#### Hans-Jörn Arp [CDU]:

Also, nach dem, was uns vorliegt, Herr Präsident, ist jetzt Tagesordnungspunkt 32 dran.

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nein.

#### Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja. Das war der Tagesordnungspunkt, über den wir gesprochen haben. Wenn es gepasst hätte, hätten wir diesen Tagesordnungspunkt eigentlich von heute Nachmittag auf heute Mittag vorziehen wollen. Das hat heute Mittag nicht gepasst. Deshalb ist jetzt für uns Tagesordnungspunkt 32 dran. - Zurufe

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten und bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer zu mir zum Präsidium.

#### Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident, wie es so ist, der Klügere gibt nach. Wir behandeln jetzt Tagesordnungspunkt 23, und Tagesordnungspunkt 32 behandeln wir dafür morgen früh.

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nach dem gesetzten Punkt setze ich, was immer Sie möchten. - Wir kommen jetzt wie vorgesehen zu Tagesordnungspunkt 23, Berichtsantrag - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Mit dem Antrag ist ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Wer diesen Bericht hören will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das ist erheblich. Wer ist dagegen? - Ich sehe keinen. Herr Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Sie haben jetzt das Wort zu Ihrem Bericht.

# **Stefan Studt**, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gern berichte ich zu Tagesordnungspunkt 23 und der Einfachheit halber in der Reihenfolge der angesprochenen Punkte.

Zunächst zum Bereich Landesplanung: Die Landesplanung wird Gemeinden und Städte dabei unterstützen, sinnvolle und ortsangepasste Lösungen für die erhöhte Wohnungsnachfrage zu entwickeln. Vor allem die zentralen Orte und Stadtrandkerne bieten aufgrund ihrer Infrastruktur gute Voraussetzungen, um Flüchtlinge und Asylsuchende zu integrieren und ihnen dort auch längerfristig eine Perspektive zu geben.

Für den Wohnungsbau in diesen Städten und Gemeinden gibt es seitens der Landesplanung keine quantitativen Beschränkungen. Damit aber auch

Gemeinden, die einen begrenzten wohnbaulichen Entwicklungsrahmen haben, dem erhöhten Wohnungsneubaubedarf ausreichend Rechnung tragen können, wird es seitens der Landesplanung zwei Erleichterungen geben.

Erstens. Neue kommunale Unterkünfte und Wohnungen, die der vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen dienen, werden nicht auf den wohnungsbaulichen Entwicklungsrahmen angerechnet.

Zweitens. Wird durch den Bau von Mietwohnungen im geförderten Geschosswohnungsbau für einkommensschwache Personengruppen, zu denen auch Flüchtlinge und Asylsuchende zählen, der wohnbauliche Entwicklungsrahmen überschritten, so prüft die Landesplanung im Einzelfall, ob von dem entsprechenden Rahmen abgewichen werden kann.

Darüber hinaus wird der **wohnbauliche Entwick- lungsrahmen** im Frühjahr 2016 auf Basis der neuen Prognose sowieso überprüft und im Zuge der
Fortschreibung des Landesentwicklungsplans dann
entsprechend angepasst.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Danke. - Zum Bauordnungsrecht: Die Landesbauordnung ist ein Regelungswerk zur Gefahrenabwehr. Deshalb sind dort lediglich diejenigen Mindestanforderungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass die öffentliche Sicherheit - insbesondere Leben und Gesundheit - nicht gefährdet werden. Der Raum für Standardabsenkungen oder - wie es im FDP-Antrag heißt - Dispensmöglichkeiten ist daher außerordentlich begrenzt. Zudem gibt es in der Landesbauordnung bereits jetzt eine Reihe von Möglichkeiten, um im Einzelfall Erleichterungen und Abweichungen zuzulassen.

Ein Beschluss der Landesregierung zur gesetzlichen **Standardabsenkung** in diesem Bereich ist in Vorbereitung. Es soll eine bis zum 31. Dezember 2019 befristete Sonderregelung in der Landesbauordnung geben. Es sind Erleichterungen bei der Pflicht zur Herstellung von Stellplätzen, bei der Erfüllung der Anforderungen der Barrierefreiheit und den Abstellräumen sowie bei der Mindestdeckenhöhe vorgesehen. Änderungen im Natur- und Denkmalrecht sowie im Vergaberecht werden darüber hinaus ebenfalls noch geprüft.

Zu Punkt zwei des FDP-Antrags sei vorweggeschickt, dass vor dem Hintergrund der Landesbauordnungsreform von 2009 für weitere Verfahrensvereinfachungen nur wenig Raum bleibt. Vorgesehen ist jedoch, dass über die **Baugenehmigung**  nunmehr innerhalb von lediglich zwei Wochen nach Vorliegen des gemeindlichen Einvernehmens zu entscheiden ist. Die **Frist für die Behördenbeteiligung** wird von vier auf zwei Wochen reduziert. Von Vorschlägen, insbesondere temporäre Unterkünfte zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden zu errichten ohne eine Baugenehmigung zu erteilen, halte ich aber gar nichts. Brandschutzkonzept und Standsicherheitsnachweis für diese Sonderbauten sind und bleiben bauaufsichtlich zu prüfen, denn es gilt, mögliche Planungsfehler durch eine bauaufsichtliche Kontrolle zu vermeiden, damit das Risiko bei der Personenrettung nicht auf die Feuerwehren verlagert wird.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich kurz erwähnen, dass die Bauministerkonferenz am 29. und 30. Oktober 2015 in Dresden einstimmig beschlossen hat, dass es bei den Standards zum Brandschutz und zur Standsicherheit bei der Unterbringung von Flüchtlingen keine Abstriche geben wird. Allerdings besteht die Möglichkeit, das reguläre Baugenehmigungsverfahren für Sonderbauten zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden vorübergehend zu verschlanken. Regelungstechnisch bedeutet dies, dass das vereinfachte Genehmigungsverfahren mit Ausnahme der erwähnten Bereiche von Standsicherheit und Brandschutz für entsprechend anwendbar erklärt wird. Diesen Regelungsvorschlag werden wir - wie es üblich ist - nach der ersten Kabinettsbefassung unverzüglich dem Landtag zur Kenntnisnahme zu-

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag zur vorübergehenden Aussetzung der EnEV 2016 hat die jüngste Bauministerkonferenz auch eine Position bezogen. Eine strukturelle Neukonzeption der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes ist im Jahr 2016 notwendig. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, in der insbesondere die Bau- und Umweltressorts der Länder und des Bundes vertreten sein werden, hat den Auftrag, bis Mitte 2016 entsprechende Modelle zu erarbeiten.

Zum dritten Punkt: Die Vorschläge für kostengünstiges Bauen werden aktiv von uns aufgegriffen. Dazu hat mein Haus am 12. November 2015 die Kommunen im Rahmen einer weiteren Informationsveranstaltung zusammen mit den kommunalen Landesverbänden, der Investitionsbank und der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen informiert. Zugleich wurde ein sogenannter aufwachsender Leitfaden zum erleichterten Bauen von Wohnungen und Unterkünften veröffentlicht. Er gibt Kommunen und Investoren Hinweise zur zügi-

gen Planung und Umsetzung aus planungsrechtlicher, baurechtlicher, vergaberechtlicher und förderrechtlicher Sicht.

Auf der Veranstaltung wurden ferner die Ergebnisse eines Anfang Oktober vom Innenministerium initiierten Markterkundungsverfahrens für einen rationellen und schnellen Bau kommunaler Unterkünfte und Wohnungen zur Unterstützung der Kommunen und Investoren veröffentlicht. Dafür ist eine Kooperation zwischen dem Innenministerium mit dem Baugewerbeverband, dem Bauindustrieverband und der Architekten- und Ingenieurkammer sowie der Industrie- und Handelskammer des Landes ins Leben gerufen worden.

Meine Damen und Herren, die bestehende **soziale Wohnraumförderung** des Landes soll über den Rahmen von bisher vorgesehenen 20 Millionen € für Flüchtlingswohnungen erweitert werden. Mit der Entscheidung der Landesregierung zur sogenannten Nachschiebeliste ging auch das Bekenntnis zu einem neuen großen Wohnbauprogramm einher. Ziel des Programms ist es, perspektivisch bis zu 20.000 Wohnungen neu zu errichten. In einem ersten Schritt sollen 5.000 Wohnungen geschaffen werden. Dazu stellt das Land im Jahr 2016 aus den Bundesmitteln Wohnungsbau 12 Millionen € als Zinszuschüsse zur Verfügung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unter Berücksichtigung einer insgesamt steigenden Nachfrage, regional angespannten Wohnungsmärkten und des Bemühens um Integration muss der Neubau von bezahlbarem Wohnraum intensiviert werden. Das Programm wird zurzeit ausgearbeitet und abgestimmt. Es wird sich an Kommunen und Investoren richten, die in Partnerschaft mit der örtlichen Kommune neuen Wohnraum schaffen, also an die gesamte Wohnungswirtschaft. Neuen Initiativen zu steuerlichen Anreizinstrumenten, die neben der unmittelbaren Förderung eine wichtige Maßnahme zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus darstellen können, steht das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten aus wohnungspolitischer Sicht aufgeschlossen gegenüber, allerdings bleibt neben den fiskalpolitischen Auswirkungen zu prüfen, ob eine Beschränkung auf Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten sinnvoll ist, oder ob der steuerliche Anreiz nicht grundsätzlich gewährt werden sollte.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, auch an dieser Stelle und in diesem Handlungsfeld ist diese Landesregierung sehr aktiv und unterstützt die

Kommunen bei dieser gewiss nicht einfachen Aufgabe. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Zeit steht nun auch allen Fraktionen zur Verfügung. - Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt.

#### **Christopher Vogt** [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Innenminister für seinen umfassenden Bericht. Uns ist dieses Thema sehr wichtig gewesen. Ich glaube, die Herausforderungen, die bereits in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zukommen werden, sind sehr gewaltig.

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Rede eine Reihe von Maßnahmen angesprochen und haben auf vieles verwiesen, was Sie prüfen wollen. Aber ich glaube, unter dem Strich ist das, was die Landesregierung plant, angesichts der Herausforderungen, vor denen wir in diesem Bereich stehen, viel zu wenig. Ich glaube nicht, dass Sie damit dem Problem Herr werden können.

Herr Minister, mir ist auch klar, dass der Fokus in Ihrem Hause im Moment durchaus noch auf anderen Punkten liegt, zum Beispiel auf der weiteren Ausweisung und Organisation von Erstaufnahmeeinrichtungen. Aber ich glaube, Sie müssen in den nächsten Monaten den Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit auf diesen Bereich legen, über den wir gerade sprechen. Wenn die Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen jetzt im kommenden Winter untergebracht sind, dann werden sie durchaus die Hoffnung haben, dass sie schon im Frühjahr in vernünftigen Wohnungen untergebracht werden. Der Mangel hieran ist zurzeit aber bereits ganz massiv. Selbst in Städten wie zum Beispiel Brunsbüttel wo wir in den letzten Jahren schon immer sehr viel Leerstand gehabt haben, sind wir bereits an der Grenze angekommen. Deshalb müssen wir deutlich mehr Tempo machen und deutlich mehr Maßnahmen ergreifen.

Meine Damen und Herren, es fehlt in unserem Bundesland bereits heute in Bereichen der Zentren, also gerade im Hamburger Umland, in Teilen Kiels und Lübecks, **bezahlbarer Wohnraum**, gerade für junge Menschen, für Familien und auch für ältere

## (Christopher Vogt)

Menschen. Die Landesregierung versucht, diesem durch Zuzug und mangelnde Bautätigkeit entstandenem Problem und der damit einhergehenden Mietpreissteigerung durch die **Mietpreisbremse** Herr zu werden. Ich glaube, das ist unsinnige Symbolpolitik, die zumindest auf mittlere Sicht das Problem eher noch verschärfen wird, als dass sie es abmildern wird.

# (Beifall FDP)

Wir wissen doch eigentlich alle, dass unter dem Strich nur verstärkte Bautätigkeit hilft. Aufgabe der Politik ist es aus unserer Sicht, endlich die Rahmenbedingungen dafür deutlich zu verbessern, damit mehr gebaut werden kann. Diese Rahmenbedingungen sind bis heute aus meiner Sicht leider nicht geschaffen worden. Stattdessen ist die Wohnungsbaupolitik auf Bundes- und auf Landesebene in den letzten zwei oder drei Jahren vor allem dadurch geprägt, dass der Staat zum größten Kostentreiber geworden ist und zum größten Hindernis für neuen Wohnraum, nämlich durch Steuern und Abgaben, durch immer mehr Auflagen und durch sinnlose Beschränkung des Wohnungsbaus.

Wir haben es derzeit und wohl auch in den nächsten Monaten und Jahren mit sehr vielen Menschen zu tun, die als Flüchtlinge zu uns kommen und die zuwandern. Das ist natürlich auch eine Herausforderung für das Bildungssystem, die Schulen und die Hochschulen, ganz besonders für den Arbeitsmarkt und, wie ich glaube, auch ganz besonders für den Wohnungsmarkt. Viele Menschen, die jetzt noch in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind, werden schon in wenigen Monaten vernünftigen Wohnraum brauchen.

Die Kommunen kaufen heute schon - das weiß doch jeder hier im Saal - in großem Stil Wohnungen und Häuser auf dem Markt auf. Das ist natürlich auch ein Problem für viele Menschen, die ein geringes Einkommen haben und ebenfalls Eigentum kaufen wollen. Selbst in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins stößt das an Grenzen. Deshalb muss das Land deutlich mehr tun. Wir brauchen also sehr schnell sehr viel neuen Wohnraum. Es gibt nach wie vor einen anhaltend starken Drang in Richtung der Zentren, gerade von jungen Menschen, aber eben auch von anderen Menschen, die eher in die urbaneren Zentren streben, auch in unserem Bundesland.

Was passiert momentan? Ich bin, ehrlich gesagt, fassungslos darüber, dass die Verschärfung der EnEV, also der Energieeinsparverordnung, jetzt Realität werden soll beziehungsweise bereits Reali-

tät geworden ist. Alle Vertreter der Wohnungsbauwirtschaft haben dringend davon abgeraten. Die haben auf Bundesebene gesagt: Tut das nicht. Das würde den Wohnungsbau auf einen Schlag um bis zu 8 % verteuern. Es wurde trotzdem von der Bundesbauministerin gemacht. Frau Hendricks - Herr Kollege Matthiessen, ich weiß nicht, ob Sie diese kennen; ich glaube, Sie kennen nicht sehr viele hat gesagt: "Wir wollen trotzdem Vorreiter im Bereich Klimaschutz sein." Ich glaube jedoch, das passt einfach nicht zusammen. Aus meiner Sicht muss die EnEV eher entschärft und auf EU-Recht zurückgeführt werden, statt diese immer weiter zu verschärfen.

#### (Beifall FDP)

Herr Minister, Sie haben die Landesplanung angesprochen und gesagt, das sei alles in Ordnung so. Ich glaube das, ehrlich gesagt, nicht. Ich glaube nicht, dass bei der Landesplanung alles so bleiben kann, wie es ist. Der Landesentwicklungsplan ist ja auf völlig anderen Grundlagen entstanden. Deswegen müssen Sie nach meiner Meinung bei der Landesplanung nacharbeiten, ebenso bei der Landesbauordnung. Aus meiner Sicht muss auch die Bauleitplanung nach dem Bundesbaugesetz vereinfacht werden. Über das Vergabegesetz und über das Denkmalschutzgesetz möchte ich an der Stelle erst gar nicht reden.

Ein weiterer Punkt, den wir abgefragt haben, betrifft die Grunderwerbsteuer. Wir haben in Schleswig-Holstein - darüber müssten wir uns auch einmal näher unterhalten - die höchste **Grunderwerbsteuer** in ganz Deutschland. Ich meine, wenn man einerseits einen Appell vonseiten der Regierung an die Wohnungswirtschaft richtet, sie möge doch mehr tun, aber gleichzeitig sagt, von höheren Steuern und Abgaben könne man aber nicht absehen, dann ist das aus meiner Sicht scheinheilig.

Sie haben auch das Thema Musterhäuser, also das Thema zeitgemäßes Bauen angesprochen. Ich glaube, es kann einen Beitrag leisten, dass man versucht, Standardhäuser zu schaffen. Das kann aber nur ein kleiner Beitrag sein; dadurch wird man dem eigentlichen Problem nicht Herr werden.

Herr Minister, in Zusammenarbeit mit den Kommunen ist auch das Thema schnellere Genehmigungsverfahren ganz wichtig; denn daran scheitert auch manches. Ich glaube, auch insoweit muss deutlich mehr getan werden. Ich bin auch der Auffassung, man sollte keine Sonderrechte schaffen für Flüchtlingsunterkünfte, sondern man sollte gleiches Recht für alle schaffen. Man muss insgesamt Büro-

#### (Christopher Vogt)

kratie abbauen und sollte keine Sonderrechte schaffen.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Abschließend möchte ich sagen, dass das Bauen von Wohnraum für alle wieder einfacher, günstiger und schneller machbar werden muss, Blockaden müssen gelöst werden, echte Anreize müssen geschaffen werden. Es geht, Herr Minister, nicht um einzelne kleine Punkte, wie Sie sie genannt haben, sondern es müssen echte Anreize geschaffen werden. Insoweit steht die Landesregierung in der Verantwortung, und dieser Verantwortung müssen Sie auch gerecht werden, sonst beseitigen wir die Probleme aus unserer Sicht nicht. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

#### **Peter Lehnert** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst, mich beim Kollegen Vogt ausdrücklich für die Einbringung des Berichtsantrages zu bedanken. Dieser gibt uns heute die Gelegenheit, über die dringend erforderlichen Maßnahmen zur schnelleren Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu debattieren und entsprechende Initiativen zügig auf den Weg zu bringen.

Die derzeitige Situation im Bereich der Wohnraumversorgung ist in Schleswig-Holstein strukturell sehr unterschiedlich. Diese Tatsache haben nicht nur verschiedene Gutachter festgestellt. Vielmehr wissen wir durch zahlreiche Debatten in dieser Legislaturperiode, wie sich die Lage in den letzten Jahren entwickelt hat.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, insbesondere auf die sich deutlich zuspitzende Situation im Bereich des Hamburger Umlandes einzugehen. Herr Vogt hat dies bereits ebenfalls schon getan. Dies tue ich nicht nur in meiner Funktion als direkt gewählter Abgeordneter eines Wahlkreises, der direkt an Hamburg angrenzt, sondern auch mit der Erfahrung eines langjährigen ehrenamtlichen Kommunalpolitikers.

Wir haben in den Jahren bis 2010 beobachten müssen, dass der **Rückgang der Bauaktivitäten** zu einer signifikanten Lücke im Bereich der Wohnraumversorgung im Hamburger Umland geführt hat. Auch wenn die Zahl der Baugenehmigungen seit

diesem Zeitpunkt erfreulicherweise wieder zugenommen hat, bleibt festzustellen, dass dieser Zuwachs nicht ausreicht, um die Situation im Hamburger Umland nachhaltig zu entlasten. Deshalb müsste die Landesregierung jetzt eigentlich in enger Abstimmung mit den Kommunen in der betroffenen Region für eine zügige und ausreichende Zurverfügungstellung von Wohnbauflächen Sorge tragen.

Dabei ist es selbstverständlich erforderlich, neben der Förderung des Geschosswohnungsbaus auch eine deutlich steigende Zahl von Flächen für den Eigenheimbau zur Verfügung zu stellen. Die derzeit historisch niedrigen Zinsen erlauben es einer deutlich gestiegenen Anzahl von Haushalten, sich nicht nur den Wunsch nach Wohneigentum zu erfüllen, sondern sie sind auch ein aktiver Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut.

Hierbei sollte der Schwerpunkt in einer räumlichen Verdichtung liegen, um allen Gemeinden in der Nähe zur Metropole Hamburg aufgrund ihrer günstigen Lage die Möglichkeit auf Ausweisung zusätzlicher Bauflächen zu eröffnen. Zusätzliche **Pendlerverkehre** könnten übrigens weitgehend über einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr bewältigt werden.

Der damalige Innenminister Andreas Breitner hat völlig zu Recht in seinen Ausführungen im Landtag im März 2014 darauf hingewiesen, dass insbesondere im Hamburger Randgebiet zusätzlicher Neubau im großen Umfang notwendig sei, um weiteren Druck auf den Wohnungsmarkt und zusätzliche Verdrängungseffekte zu verhindern. - So damals die Ausführungen von Herrn Breitner.

Für diese Aussage in seinem Bericht wurde der Innenminister damals von der Kollegin Midyatli ausdrücklich gelobt und herzlich beglückwünscht. Ich hoffe, dass sich an dieser damals formulierten Unterstützung vonseiten der SPD trotz der zwischenzeitlich erfolgten beruflichen Veränderung von Herrn Breitner nichts substanziell geändert hat.

Durch den massiven Zuzug von Menschen aus Hamburg und die dramatisch ansteigende Zahl von Asylbewerbern ist jetzt endlich ein schnelles und entschlossenes Handeln dringend notwendig. Deshalb muss die Landesregierung jetzt dafür Sorge tragen, dass im Rahmen der **Regionalplanung** die eingetretene Realität nicht nur zur Kenntnis genommen wird, sondern vor allem die bisher gültigen planerischen Beschränkungen aus dem Jahre 2010 in den betroffenen Regionen gelockert oder zeitlich befristet ausgesetzt werden. Nur mit entsprechender

(Peter Lehnert)

**Flexibilität** und in weitgehender Eigenverantwortung können sich die Kommunen vor Ort auf die sich abzeichnenden Herausforderungen im Bereich des Wohnungsbaus schnell einstellen.

Die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker sind vor Ort sicherlich am besten in der Lage, die aktuelle Situation realistischer einzuschätzen. Sie benötigen dafür allerdings dringend die helfende und flexible Unterstützung von der in der Staatskanzlei angesiedelten Landesplanung. Nur durch schnelle Änderungen in den entsprechenden Vorgaben, klare Flexibilisierung und Ausweitung der Möglichkeiten, Bauland zu schaffen, sowie klare rechtliche Vereinfachungen und Verfahrensbeschleunigung können wir es gemeinsam schaffen, den enormen Siedlungsdruck zu bewältigen und den damit verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Sprengstoff zu entschärfen. Dabei hilft uns sicherlich nicht die Einrichtung neuer Arbeitskreise, sondern nur, endlich politisch zu handeln. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Hölck das Wort.

#### Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den **Bedarf an bezahlbarem Wohnraum**, den hat es schon vor dem Zustrom der Flüchtlinge gegeben, nämlich dort - im Hamburger Umland, in Kiel und in Lübeck -, wo die Wohnungsmärkte angespannt waren und sind. Die Situation wird sich nun durch den Zustrom der Flüchtlinge verschärfen. Das ist eindeutig und klar.

Deshalb stehen wir vor der Herausforderung, den Wohnungsbau drastisch anzukurbeln. Dabei dürfen wir Zugezogene und Eingesessene nicht gegeneinander ausspielen.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Flüchtlinge und andere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen dürfen auf dem Wohnungsmarkt nicht zu Konkurrenten werden. Wer diesen Grundsatz nicht befolgt, gefährdet den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren und in der Gesellschaft.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Bürgerinnen und Bürger mit mittleren oder unteren Einkommen, die schon lange auf eine bezahlbare Wohnung gewartet haben, sollen auch eine bekommen. Eine Benachteiligung darf es nicht geben, das würden viele nicht akzeptieren. Deshalb wollen wir bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen. Wir brauchen Eigentum, wir brauchen frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungsbau. Die soziale Durchmischung ist von besonderer Bedeutung, sie ist die Basis der Integration in den Stadtteilen. Deshalb müssen wir Städtebau- und Wohnungsbaupolitik zusammen denken.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

Wenn wir es schaffen wollen, im Jahr 2016 5.000 neue Wohnungen zu errichten, wenn wir es schaffen wollen, in den nächsten vier Jahren 20.000 neue Wohnungen zu bauen, brauchen wir schnellere Genehmigungsverfahren, ausreichend Bauland, attraktive Förderbedingungen und Kapazitäten in der Bauwirtschaft.

Sehr verehrte Damen und Herren, die Bauwirtschaft ist am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, die Kapazitäten sind ausgeschöpft, und die Bauwirtschaft diktiert zurzeit vielerorts die Preise. Deshalb können Standardabsenkungen einen Beitrag dazu leisten, wenigstens teilweise die Baukosten zu senken. Geschosswohnungsbau zur Unterbringung von Flüchtlingen kann erst einmal auf die barrierefreie Erreichbarkeit der Obergeschosse verzichten. Wichtig ist, dass die Möglichkeit zur Nachrüstung eines Fahrstuhls besteht und dies jederzeit möglich ist. Auch kann man erst einmal auf Balkone verzichten. Aber da wird es schon interessant, denn Häuser ohne Balkone werden schnell als Häuser für Flüchtlinge und Arme stigmatisiert. Für einen gewissen Zeitraum ist das akzeptabel, damit wir vorankommen, aber nur wenn gleichzeitig darauf geachtet wird, dass Vorrichtungen zur späteren Montage von Balkonen vorgesehen werden, damit eine nachträgliche Aufwertung der Gebäude erfolgen kann.

Als ein möglicher Weg sei hier das sogenannte **Kieler Modell** genannt, das bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Die Diskussion über Rauchmelder und Wasserzähler sollten wir in diesem Zusammenhang nun wirklich nicht mehr führen. Der Brandschutz muss weiterhin umfänglich gelten, hier sind Abstriche abzulehnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vielfach wird auch ein befristetes Aussetzen der Energieeinsparverordnung diskutiert. Wohnungen, die wir heute bauen, die halten 80, 100, 120 Jahre oder sogar noch länger. Bundesweit gibt es einen

#### (Thomas Hölck)

Bedarf bis 2016 von 350.000 neuen Wohnungen. Wenn man die EnEV nur für ein Jahr aussetzen würde, dann würden im Bundesgebiet 350.000 neue Wohnungen in der Landschaft herumstehen, die einen erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß hätten. Können wir das wirklich wollen? - Ich bin der Meinung, das sollten wir uns ersparen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten uns stattdessen ganz andere **Kostentreiber** im Wohnungsbau angucken, zum Beispiel die Stellplätze. **Stellplätze** sind im Wohnungsbau ein enormer Kostenfaktor. Je nach Lage und Ausführung - -

(Zuruf und Heiterkeit SPD)

- Ich sprach von Kostenfaktor, lieber Kollege aus Ostholstein. Je nach Lage und Ausführung kann ein Stellplatz bis zu 400 € pro Quadratmeter Wohnraumbaukosten ausmachen - 400 €! Deshalb sind die Überlegungen des Innenministers und des Ministeriums richtig, die Anzahl der Stellplätze pro Wohnung zu reduzieren. Gleiches gilt für die Anforderungen an die Größe der Abstellplätze und die Mindestdeckenhöhe.

Jede zusätzlich neu gebaute Wohnung erhöht das Angebot und schafft quantitative Entlastung. Der Haushalt, der eine neue Wohnung bezieht, scheidet im Regelfall für längere Zeit aus dem Kreis der Wohnungsuchenden aus. Bei aller Neubaueuphorie: Die große Masse der Neubauten gehört dahin, wo der Bedarf nachhaltig gegeben ist, nicht nur für fünf Jahre, sondern über einen langen Zeitraum hinweg.

(Beifall SPD)

Deshalb müssen wir Fehlanreize vermeiden, verbesserte steuerliche Förderungen oder Zuschüsse zu Investitionen in den sozialen Wohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten sind durchaus zu prüfen. Ein steuerliches Anreizinstrument könnte zum Beispiel eine degressive Abschreibung - zeitlich befristet und regionalisiert - sein. Flächendeckende Steuersubventionen mit der Gießkanne darf es nicht geben, weil dann Fehlanreize geschaffen werden, die wir nicht wollen.

Alle diese Überlegungen sind jedoch ohne **Bauland** null und nichtig. Wir brauchen eine Offensive für die Bereitstellung und Bevorratung von Bauland. Die Kommunen - da, wo der Bedarf am größten ist - sind gefordert, alle Register zu ziehen, um Bauland zu schaffen.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Bau einer Wohnung ist kein Hexenwerk. Die einzelnen Stellschrauben so zu verändern, dass wir in Fahrt kommen, ist jetzt unsere Aufgabe. Zugegeben, das ist eine sehr diffizile Aufgabe. Aber sie ist lösbar. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt SSW)

## **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

# **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Antragsteller fühlt man geradezu eine aufgeregte Erwartung, dass nun endlich alle Standards, Regeln und lästigen Gesetze geschliffen werden mögen, um einer befreiten Bauwirtschaft den magentafarbenen Teppich auszurollen - den Flüchtlingen sei Dank! Gut ist nur, dass diese neoliberalen Träume Träume bleiben werden.

Erstens ist zu unterscheiden zwischen Erstaufnahmeeinrichtung, kommunalen Wohnungen bis hin zur dauerhaften Unterbringung. Diese Differenzierung war schon im Papier der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin zu lesen. Das hat der Bauminister auch dargestellt.

Dass in einer **Erstaufnahmeeinrichtung** der Nachweis von Kfz-Stellplätzen entbehrlich ist und andere Maßstäbe an die Barrierefreiheit gelegt werden können, ist in Ordnung. Barrierefreiheit ist dann aber schon in der nächsten Stufe, wenn es um kommunale Unterbringung geht, natürlich nicht verzichtbar.

Bei den drei wesentlichen Säulen der Bauordnung, **Standsicherheit, Brandschutz und Wärmeschutz** - eigentlich gehört auch der Schallschutz noch dazu -, sind wesentliche Änderungen nicht sinnvoll. Ansonsten möge die FDP, die da gerade kopfschüttelnd sitzt - sie hat ja die Weisheit mit Löffeln gefressen -, ihre Forderung nach Standardabsenkungen und Dispensmöglichkeiten diesbezüglich konkretisieren. Ich habe in Ihrem Beitrag dazu nichts gehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Eine Statik, Herr Vogt, muss erstellt werden, in manchen Fällen auch eine Prüfstatik. Dies dient ge-

#### (Detlef Matthiessen)

nauso der Gefahrenabwehr wie der Brandsicherheit. Wenn die FDP da etwas absenken will, soll sie es bitte schön einmal sagen. Für die Minimierung der Transmissionswärmeverluste beim Wärmeschutz entsteht für die Gesamtbaumaßnahme nicht etwa durch 5 cm mehr oder auch weniger Dämmung mehr Aufwand. Gar keinen Wärmeschutz will wahrscheinlich selbst die FDP nicht. Wenn wir da jetzt drangehen, dann sollte man bei Gebäuden, die schließlich 50 Jahre und länger stehen werden - das hat der Kollege Thomas Hölck schon ausgeführt -, die Dämmung für Winddichtigkeit und Vermeidung von Kältebrücken natürlich ordentlich machen, denn nach Baufertigstellung kommt man an die Dämmung nur mit unvertretbar hohem Aufwand wieder ran.

(Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter!

# **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Ich möchte gerne weiterreden.

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Okay.

# **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich gehe gleich auf den, der sich gerade gemeldet hat, ein. Er redet von 8 % Baukosten. Ich frage mich: Was ist darunter zu verstehen?

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Ich bin jetzt dran; Sie waren eben dran. - Sie sagen hier an diesem Mikrofon, dass die **EnEV** 8 % mehr **Baukosten** bedingt. Solch einen gewaschenen Blödsinn mögen Sie mal, bitte schön, in der Ausschussberatung erläutern. Das kann sich ja nur auf die Gesamtkosten beziehen - worauf auch sonst? Es geht wohl um die Differenz zwischen den Kosten, die durch die aktuelle EnEV entstehen, und den Kosten, die durch die zukünftige EnEV, die für 2016 geplant ist, entstehen werden. Rechnen Sie mir das mal vor!

Ich unterstütze in diesem Zusammenhang den Beschluss der Bauministerkonferenz, die Novellierung der EnEV, der Wärmeschutzverordnung auf Bundesebene, die seit längerer Zeit für 2016 geplant ist, nicht zu verschieben.

# (Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die bayerische Landesregierung hat jedoch bei der Bauministerkonferenz beantragt, die Verschärfung der Energieeinsparverordnung bis 2021 auszusetzen. Als Begründung wurde die Notwendigkeit genannt, schnell Flüchtlingsheime zu bauen. Damit konnten sich die Bayern glücklicherweise nicht durchsetzen. Die EnEV - auch daran möchte ich erinnern - regelt ja nicht nur das Bauen für Flüchtlinge, sondern gilt für alle Baumaßnahmen. Vor dem von mir genannten Hintergrund der Ökonomie von Aufwand und Nutzen sind Änderungen der EnEV sehr sorgfältig abzuwägen. Der Minister erwähnte, dass da extra eine Kommission eingesetzt wird.

Wenn man einen Bau dämmt und dann eine Wand davorsetzt, dann ist eine zukünftige Verbesserung des Wärmeschutzes nur bei Rückbau der außenliegenden Wand möglich. Da knalle ich doch lieber heute fünf Zentimeter mehr Dämmung drauf. Dadurch entstehen - anders, als Sie behaupten - nicht Mehrkosten von 8 %; das ist eher im Promillebereich.

Über Erleichterungen bei der Deckenhöhe, bei Kfz-Stellplätzen, bei der Größe von Abstellräumen kann man natürlich reden, genauso über eine verkürzte TÖB-Beteiligung oder über Fristen für die Erteilung der Baugenehmigung. Gut ist auch die Regelung - der Minister hat sie erwähnt; vielleicht hat es nicht jeder gehört -, dass 20 % Flüchtlinge unterzubringen sind. Das sorgt für eine Durchmischung und ist etwas anderes als die französische Banlieue-Politik, deren Folgen wir jetzt gerade spüren; denn es waren auch Franzosen, die in Paris die Sprengsätze gelegt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, man erlebt und erfährt vieles im Zusammenhang mit **Flüchtlingen**. In meinem Umfeld, im Amt Hütten, erlebe ich einen hoch engagierten Amtsdirektor,

(Vereinzelter Beifall SPD)

einen Traum von einer kommunalen Sozialarbeiterin, Helfer aus der Kirchengemeinde, Ortsgruppen des Roten Kreuzes, Sportvereine sowie viele Einzelpersonen, die helfen. Es gibt Spenden und Arbeit, die letztendlich vom **Hauptamt** und natürlich auch von **Ehrenamtlichen** organisiert werden müssen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den vielen Bürgerinnen und Bürgern zu danken, auch den

#### (Detlef Matthiessen)

Menschen in der Verwaltung, die viel mehr tun, als sie müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

auch denen, die Wohnraum zur Verfügung stellen. In jeder kleinen Gemeinde, ob sie Hütten, Ascheffel oder Damendorf heißt, gibt es Kümmerer, die sich der Flüchtlinge annehmen. Es kann uns wirklich stolz machen. Es funktioniert gut. Dafür ein großes Dankeschön, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was hier in einem Oppositionsantrag der FDP schnell aufgeschrieben und der Landtagverwaltung zugeleitet ist, das ist im Verwaltungshandeln und bezogen auf die Politik der Landesregierung mühsame Arbeit im Kleinen und Großen. Die **Deregulierungsbäume der FDP** wachsen eben nicht in den Himmel. Wir brauchen Augenmaß, um einschätzen zu können, was geht und was nicht geht. Mein Bauminister Stefan Studt hat in seinem Bericht Grenzen aufgezeigt und Möglichkeiten dargelegt, wie wir besser, schneller und kostengünstiger auf die Flüchtlingssituation reagieren können. Das hat er mal wieder gut gemacht. Darum sage ich auch ihm: danke schön!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bei den parlamentarischen Begriffen müssen wir mal überlegen, ob sie immer passend sind.

Meine Damen und Herren, dass Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

# **Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst einmal möchte ich klarstellen, dass es selbstverständlich ist, dass der Wohnraum, der zur Unterbringung von Flüchtlingen erforderlich ist, bereitgestellt werden muss. Ich will allerdings anmerken, dass ich bis heute nicht verstehe, warum wir so starre Regelungen haben, die dazu führen, dass Kommunen, die noch Wohnraum übrig hätten, nicht mehr Menschen aufnehmen können als Kommunen, in denen das nicht der Fall ist. Dieses starre Regelungssystem ist definitiv ein Stolperstein.

Richtig ist auch, dass ungeachtet der Unterbringung der Flüchtlinge die Situation der Schleswig-Holsteiner im Bereich des Wohnungsmarktes nicht in Vergessenheit geraten darf. Das, was die Landesregierung jetzt an **sozialem Wohnungsbau** ankündigt, klingt zwar gut; Fakt ist aber, dass dieses Offensivchen - so nenne ich es mal - nichts daran ändert, dass wir in der Summe weit weniger Sozialwohnungen haben als noch vor wenigen Jahren oder Jahrzehnten. Selbst mit 20.000 neuen Wohnungen so wie Sie es planen, Herr Innenminister - können Sie die Zahl der Sozialwohnungen, wenn die Umsetzung gelingt, vielleicht gerade mal auf gleicher Höhe halten. Das heißt, von einem drastischen Ausbau, von dem hier gesprochen wurde, kann überhaupt keine Rede sein.

(Lars Winter [SPD]: Es ist besser, ein einziges kleines Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen!)

- Besser wäre ein großes Licht! Ich sage gleich etwas dazu, Herr Kollege,

(Beifall SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Bravo!)

damit es auch bei Ihnen zur Erleuchtung kommen möge.

Fakt ist, dass die allerwenigsten Menschen in Schleswig-Holstein tatsächlich in den Genuss einer Sozialwohnung kommen. Schauen Sie sich die Zahlen an: Wir haben 600.000 Menschen und Familien in Schleswig-Holstein, die zur Miete wohnen. Da kann nur ein kleiner Bruchteil überhaupt von Sozialwohnungen profitieren, zumal neue Studien zeigen, dass nur ein kleiner Teil der Sozialwohnungen tatsächlich Bedürftigen zugutekommt -

(Uli König [PIRATEN]: Ja!)

einfach deswegen, weil die **Einkommensgrenzen** gar nicht dauerhaft kontrolliert werden, gar nicht geschaut wird, ob sie eingehalten werden. Schon nach zwei bis drei Jahren fallen 30 bis 40 % der Bewohner von Sozialwohnungen aus dem Anspruch heraus, zeigen Untersuchungen. Vor dem Hintergrund ist das auch nicht die Lösung.

Ich möchte am Rande Folgendes anmerken: Es wundert mich schon sehr, dass ich von den Grünen nichts zum Thema **Flächenverbrauch** höre, wenn wir darüber sprechen, dass für den Wohnungsbau neue Flächen gefunden und ausgewiesen werden sollen. Das hätte ich an der Stelle schon erwartet.

Für mich ist ein anderer Gesichtspunkt entscheidend: Alle Anstrengungen zum Bau neuer Wohnungen können das Problem nicht lösen, dass bezahlbarer Wohnraum in Schleswig-Holstein fehlt.

#### (Dr. Patrick Breyer)

Das sieht man, wenn man einfach die Zahlen ins Verhältnis setzt. Gemessen an der Gesamtzahl von 600.000 Mietern können Neubauten immer nur einem kleinen Bruchteil helfen. In vielen Regionen unseres Landes - das haben sowohl der Kollege Lehnert als auch andere Abgeordnete gesagt - suchen Menschen vergeblich nach bezahlbaren Wohnungen. Es sind insbesondere junge Menschen, es sind Studenten, aber auch Rentenbezieher, es sind Menschen mit geringem Einkommen oder auch kinderreiche Familien. Das gilt insbesondere für die Inseln und für die Tourismusgebiete. Da ist die Lage besonders krass. Auf Sylt etwa drohen ganze Orte zu verweisen und zu Geisterstädten zu werden, weil sich die Menschen ihre Heimat nicht mehr leisten können. Es gilt aber auch für die Ballungsräume, das heißt für den Hamburger Rand und für die Städte an der Ostküste. Zu hohe Mieten können die Menschen im Extremfall zur Wohnungsaufgabe zwingen oder Familien in den Bezug von Sozialleistungen treiben.

#### (Zurufe SPD)

Die Diakonie geht davon aus, dass schätzungsweise inzwischen 10.000 **Menschen** in unserem Land **obdachlos** sind - so viele wie noch nie in der Vergangenheit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Vor diesem Hintergrund bleibt unsere Forderung - ich bringe sie jedes Mal bei diesem Thema vor -: Wir müssen den Bestand an bezahlbarem Wohnraum schützen. Da tun Sie eben nichts. Wir müssen wirksam gegen zu starken Mietenanstieg vorgehen.

#### (Beifall PIRATEN)

Dass die Landesregierung, Herr Innenminister, gerade einmal in 12 oder 15 von 1.000 Gemeinden in Schleswig-Holstein den Mietanstieg im Bestand und bei der Neuvermietung begrenzen will, ist Ausdruck eines außerordentlichen politischen Versagens.

# (Zurufe SPD)

Wir müssen uns nur die Situation anschauen: Wir haben überdurchschnittlich hohe Mieten, kaum Leerstand und kaum günstige Wohnungen, und das in weit größeren Teilen des Landes, nicht nur in 12 oder 15 von 1.000 Gemeinden. So ist es.

(Olaf Schulze [SPD]: Das hat damit doch nichts zu tun!)

Wegen eines politisch dahingerechneten Punktesystems bleiben sowohl bei der Mietpreisbremsenverordnung als auch bei der Kappungsgrenzenverordnung weite Teile der Tourismusgebiete, des Hamburger Rands und der Städte an der Ostküste kom-

plett schutzlos. Der Innenminister hat bei der **Mietpreisbremse** die Hürden sogar noch höher gelegt als bei der letzten Miniverordnung.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Von daher können die Grundeigentümer und die Wohnungseigentümer unter ihrem Cheflobbyisten Breitner diese Verordnung als Erfolg ihrer Lobbyarbeit feiern. Aber Leittragende sind eben junge und ältere Menschen, Einkommensschwache und kinderreiche Familien in unserem Land.

(Beifall PIRATEN - Olaf Schulze [SPD]: Bla, bla, bla!)

Wir PIRATEN fordern deswegen, die Spielräume zur Dämpfung steigender Mieten zugunsten der Mieter endlich vollständig zu nutzen.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Konkret brauchen wir die Kappungsgrenzenverordnung und Mietpreisbremse für die Insel- und Bädergemeinden alle, für das Hamburger Umland komplett und auch für die Universitätsstädte Flensburg, Kiel und Lübeck,

(Beate Raudies [SPD]: Das ist doch Ouatsch!)

wie es im Übrigen auch der Mieterverein fordert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Außerdem müssen wir endlich eine kommunale Handhabe gegen das Leerstehenlassen oder die Zweckentfremdung von Wohnungen schaffen, wie wir es vor über einem Jahr schon beantragt haben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn Insulaner ihre Heimat verlassen müssen, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können, wenn Flüchtlinge in Zelten leben müssen, dann müssen doch die Kommunen gegen das Leerstehenlassen von Wohnungen oder gegen ihre Zweckentfremdung zur gewerblichen Vermietung einschreiten können.

(Volker Dornquast [CDU]: Wo ist denn das der Fall? - Lars Harms [SSW]: Wo leben Flüchtlinge in Zelten? - Nirgendwo! - Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Weitere Zurufe)

Genau diese Handhabe gibt es in Hamburg, in Berlin, in Nordrhein-Westfalen oder in Bayern längst.

(Zurufe)

Nur in Schleswig-Holstein geschieht seit über einem Jahr nichts.

(Zuruf Olaf Schulze [SPD])

# (Dr. Patrick Breyer)

Gerade wegen des zusätzlichen Wohnungsbedarfs der Flüchtlinge muss unser entsprechender Gesetzentwurf aus dem letzten Jahr dringend aufgegriffen werden.

(Beate Raudies [SPD]: Der hilft nicht! Meine Güte!)

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Hölck?

# **Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Das tue ich, ja.

**Thomas Hölck** [SPD]: Herr Kollege Breyer, können Sie einmal sagen oder beschreiben, wo in Schleswig-Holstein Flüchtlinge in Zelten leben?

- Lieber Herr Kollege, ich habe mich eben auf mehrere Bundesländer bezogen, wie Sie gehört haben, unter anderem auf Hamburg, wo das tatsächlich der Fall ist.

(Sandra Redmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Wir haben auch hier gehört, dass unser Ministerpräsident Albig gesagt hat, er könne heute nicht mehr ausschließen, was er noch vor einem Jahr als undenkbar bezeichnet hätte.

(Sandra Redmann [SPD]: Sie müssen nicht immer Behauptungen aufstellen, Herr Breyer! - Volker Dornquast [CDU]: Bleib doch mal bei der Realität!)

- Aber wir sind uns doch einig, dass es heute um bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein geht, richtig?
- Nehmen wir das als Nachfrage, Herr Präsident?

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie hatten das ja zugelassen, und es gab noch eine Nachfrage. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

# **Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Herr Kollege Hölck, Fakt ist, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt - im Hamburger Rand, in Städten der Ostküste, auf den Inseln, in den Tourismusgebieten -, und dass die Verordnung, die hier Mietanstieg dämpfen soll, gerade einmal in 12 oder 15 von

1.000 Gemeinden gelten soll, das heißt, weite Teile dieses Gebietes schutzlos lassen und dass wir bis heute in Schleswig-Holstein keine Handhabe dagegen haben, wenn komplette Wohnungen einfach leer stehen gelassen werden, bei größter Wohnungsnot,

(Beate Raudies [SPD]: Wo stehen denn Wohnungen leer?)

wenn Wohnungen zur Ferienvermietung zweckentfremdet werden, zum Beispiel auf Sylt, wo wirklich händeringend nach Wohnraum gesucht wird. Deswegen stimme ich Ihnen nicht zu. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum, und der wird dringend gesucht.

(Beate Raudies [SPD]: Von wem?)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

So, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

# **Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bessern Sie die Kappungsgrenzenverordnung und die Mietpreisbremsenverordnung nach. Greifen Sie das **Wohnraumsicherungsgesetz** von uns auf. 600.000 Menschen und Familien in Schleswig-Holstein warten darauf, dass Sie endlich handeln. Wir PIRATEN werden nicht aufhören, darauf zu pochen. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

#### Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

#### Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dass wir uns in dieser Wahlperiode bereits öfter mit dem Thema **Schaffung und Förderung von Wohnraum** befasst haben, macht deutlich, dass es hierbei um ein politisches Thema geht, bei dem absolut Handlungsbedarf besteht. Das bestreitet niemand.

Es gibt aber auch Gründe für diesen Engpass, und die sind, wie so häufig, in den Fehlern der Vergangenheit zu finden. Anstatt dafür zu sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum vorgehalten und gebaut wird, wurden seinerzeit Bürokomplexe oder teures Eigentum gebaut. Solche Fehler holen uns jetzt ein.

#### (Flemming Meyer)

Nicht erst seit dem Flüchtlingszustrom stehen wir vor dem Problem, dass uns bezahlbarer und angemessener Wohnraum fehlt. Dieses Problem spüren wir seit Jahren, aber der Druck nimmt jetzt eben zu. Nun ist es ja nicht so, dass wir dem untätig zugesehen hätten; denn es ist tatsächlich unschwer zu erkennen, dass sich in Sachen Wohnraumförderung bei uns im Land gerade jetzt sehr viel bewegt. Von den verschiedensten Seiten - sowohl von privat als auch von öffentlich - wird kräftig agiert. Wir sorgen dafür, dass dies so fortgesetzt werden kann.

Mit der Errichtung des Wohnraumförderungsprogramms 2015 bis 2018 haben wir für Schleswig-Holstein ein Finanzprogramm auf die Beine gestellt, dass insbesondere die soziale Wohnraumförderung im Visier hat. Das Programmvolumen für die soziale Wohnraumförderung beläuft sich auf 90 Millionen € jährlich - über den gesamten Planungszeitraum gesehen sind dies 360 Millionen €. Zudem sind für das Projekt "Neues gemeinschaftliches Wohnen für Flüchtlinge" mindestens 20 Millionen € vorgesehen.

Wichtig ist aber, dass dieses Programm flexibel auf die verschiedenen Regionen und Bedarfe im Land angewendet werden kann; denn der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein lässt sich nicht über einen Kamm scheren. Die Bevölkerungsstrukturen und die Bedarfe im ländlichen Raum sind eben anders als in den Städten. Mit dem Programm werden die kommunalen beziehungsweise regionalen Förderbudgets fortgesetzt. Damit gewährleisten wir der kommunalen Ebene **Planungssicherheit** in Bezug auf die **Wohnraumförderung**.

Doch jedes Förderprogramm ist nur so effektiv, wie es die Rahmenbedingungen zulassen. Wenn es jetzt darum geht, zügig Wohnraum zu schaffen, dann müssen auch die entsprechenden rechtlichen Vorgaben dieser Zügigkeit angepasst werden. Das packt die Landesregierung bereits an. Das Innenministerium hat jüngst einen aufwachsenden Leitfaden zum erleichterten Bauen von Wohnungen und Unterkünften in Schleswig-Holstein herausgegeben. Der Leitfaden gibt Hinweise zugunsten kurzfristiger und zügiger Planungs- und Umsetzungsszenarien und richtet sich entsprechend an die Kommunen und Investoren. Er beinhaltet eine aktuelle Auflistung - er stammt aus dem November 2015 - von rechtlichen Rahmenbedingungen, Vereinfachungen, Klarstellungen und Hinweisen auf mögliche Standardabsenkungen. Es gibt sie also bereits, die Vereinfachungen und die Standartabsenkungen. Dieser Leitfaden ist, wie schon gesagt, aufwachsend. Es kann durchaus sein, dass künftig noch weitere Möglichkeiten gefunden werden. Jedoch ist so etwas immer eine Gratwanderung; denn eingeführte Standards haben meist ihre Berechtigung. Daher sollte immer abgewogen werden, wie weit Vereinfachungen und Standardabsenkungen der Sache letztendlich noch dienen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Alles in allem halte ich fest, dass der Wohnungsbau dank der Initiativen aus dem Innenministerium immer noch auf einem sehr guten Weg ist und dass es jetzt insbesondere auf die kommunalen Planungsprozesse ankommt, wie der Wohnungsbau sich dann wirklich vor Ort entwickelt. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Das Wort für eine persönliche Erklärung hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

# **Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]:

Danke, Herr Präsident. - Christopher Vogt, der Präsident hat mich wegen unparlamentarischer Ausdrücke ein bisschen gerügt. Das wollte ich natürlich zurücknehmen.

(Zurufe)

- Ich habe wohl gesagt, dass sei gewaschener Blödsinn, was er erzählt hat. Das bezog sich lediglich darauf, dass ich seine Ausführungen zu der Anwendbarkeit der EnEV 2016 für unklug hielt. Ansonsten bitte Schwamm drüber, ich möchte mich dafür entschuldigen. Es muss nicht sein, dass man hier unparlamentarisch redet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, PIRATEN und SSW)

# **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/3523 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen schönen

Abend und gute Gespräche. - Tschüss, schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:29 Uhr